

Als Reihe herausgegeben von Ulf Brunnbauer,
Konrad Clewing und Oliver Jens Schmitt

HANDBUCH ZUR GESCHICHTE SÜDOSTEUROPAS

BAND 3:

**STAATLICHKEIT UND POLITIK
IN SÜDOSTEUROPA NACH 1800**

Herausgegeben von Konrad Clewing und Hannes Grandits

Redaktion: Edvin Pezo

**DE GRUYTER
OLDENBOURG**

ISBN 978-3-11-079993-4
e-ISBN (PDF) 978-3-11-097992-3
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-098017-2

Library of Congress Control Number: 2024942149

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2024 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Coverabbildung: Ferdinand I., Kg. von Bulgarien, Minister und Abgeordnete nach einer Sitzung der Nationalversammlung, 1908 (retuschierte Person gemäß Original)

Fundort: Dържавна агенция „Архиви“ (Sofia); Fond 1303K (Nikola Mušanov)/1/128/2 (Wikimedia Commons: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:BASA-1303K-1-128-2-National_Assembly_of_Bulgaria,_1908.jpg)

Satz und Layout: Tanja Jentsch – www.7Silben.de

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

www.degruyter.com

6. ZWEITER WELTKRIEG UND BESATZUNGSHERRSCHAFT IN SÜDOSTEUROPA

6.1 SÜDOSTEUROPA IM KALKÜL DER „ACHSENMÄCHTE“

Das seit den Pariser „Vorortverträgen“ politisch in Sieger- und Verliererstaaten gesplante Südosteuropa (vgl. Beitrag MANER, Kap. 4.2.2) hatte sich seit der Weltwirtschaftskrise zunehmend in ein „Informal Empire“ des „Dritten Reiches“ verwandelt.¹ Ziel der politischen und wirtschaftlichen Offensive Deutschlands war die Schwächung des französischen Einflusses in der Region (durch Unterminierung der „Kleinen Entente“, die spätestens mit der Zerschlagung der Tschechoslowakei gegenstandslos wurde) sowie die Einbeziehung Südosteuropas in einen deutsch dominierten „Großwirtschaftsraum“, der möglichst autark sein sollte. Der Mangel Deutschlands an lebens- und kriegswichtigen Gütern – darunter fast sämtliche für eine moderne Rüstung erforderlichen Metalle sowie Treibstoffe u. auch Nahrungsmittel – sollte durch Einrichtung eines blockadesicheren kontinentalen Großwirtschaftsraums behoben werden. Die Frage, inwieweit Südosteuropa das Deutsche Reich mit kriegs- und lebensnotwendigen Gütern im Konfliktfall versorgen könnte, hat die Reichsbehörden sowie eine Reihe wirtschaftswissenschaftlicher Institute im Vorfeld des Zweiten Weltkriegs eingehend beschäftigt.² An Südosteuropa knüpften sich hohe Erwartungen. Das gilt für die Getreideversorgung ebenso wie für das rumänische Erdöl, die Versorgung mit Eisenerzen, Kupfer, Chrom, Bauxit u. a. Rohstoffen. Zwar gingen die Planer davon aus, dass die südosteuropäischen Staaten die deutschen Versorgungslücken nicht vollständig würden schließen können, aber sie konnten – theoretisch u. gemäß der dt. Modellrechnungen von 1939/1940 – dazu einen wesentlichen Beitrag leisten. Zu diesem Zweck hatte die Reichsregierung die südosteuropäischen Staaten durch Clearingverträge (also die gegenseitige Verrechnung von Schuldverpflichtungen) sowie Lieferung von Rüstungs- und Industriegütern eng an Deutschland gebunden und auch die zuvor antirevisionistischen Staaten (Rumänien, Jugoslawien) in eine politisch gefährliche

* Holm Sundhausen hat Anfang Februar 2015 als erster der beteiligten Autoren eine umfassende Textversion zu seinem Kapitel vorgelegt; bald darauf, am 21. Februar 2015 verstarb er. Das Manuskript war im Text schon sehr weit gediehen und wurde in der Bearbeitung durch Redaktion und Bandherausgeber außer bei den Anmerkungen nah am Originalzustand belassen (vgl. auch oben Seite 6). Dadurch blieb auch die von Sundhausen an dieser Stelle vorgenommene Konzentration auf die von den „Achsenmächten“ besetzten Länder erhalten. Im Text wurde insgesamt nur behutsam eingegriffen, während im wissenschaftlichen Apparat viele Fußnoten ergänzt oder auch hinzugefügt wurden. Für ergänzende Literaturhinweise zu Griechenland, Rumänien und Bessarabien sei an dieser Stelle Nikolas Pissis und Svetlana Suveica gedankt.

1 SCHRÖDER, Südosteuropa als „Informal Empire“ Deutschlands, bzw. RISTOVIĆ, Nemački „novi poredak“, sowie die Beiträge in SACHSE (Hg.), „Mitteleuropa“ und „Südosteuropa“ als Planungsraum.

2 SUNDHAUSSEN, Wirtschaftsgeschichte Kroatiens, 36ff.; zum Beispiel Bulgariens WIEN, Markt und Modernisierung; zu Jugoslawien HADŽI-JOVANČIĆ, The Third Reich and Yugoslavia.

6. ZWEITER WELTKRIEG UND BESATZUNGSHERRSCHAFT IN SÜDOSTEUROPA

Abhängigkeit gebracht. Der Öl-Waffen-Pakt vom Mai 1940 zwischen Deutschland und Rumänien (rum. Öl gegen dt. Waffen) galt als Meilenstein in der Rohstoffsicherungspolitik.³ Mittels Unternehmensverflechtung versuchte man ferner, den Einfluss des britischen und französischen Kapitals zurückzudrängen und den deutschen zu stärken. Britisch-französische Versuche, die Erdölförderung in Rumänien zu sabotieren, den Transport nach Deutschland zu sperren oder die Belieferung des „Dritten Reiches“ mit anderen kriegswichtigen Rohstoffen zu vereiteln, scheiterten am Druck deutscher Diplomaten. „Spät, zu spät mußte London erkennen“, kommentiert Bernd-Jürgen Wendt die britische Südosteuropapolitik, „daß es vor dem Kriege dem Donau-Balkan-Raum keine zuverlässige Alternative zu einer Satellitenrolle im deutschen ‚Großwirtschaftsraum‘ aufgewiesen und praktisch nichts getan hatte, um zusammen mit Frankreich und den USA die wirtschaftliche Selbständigkeit des Südostens als Grundlage auch der politischen Souveränität zu stabilisieren.“⁴ Bereits wenige Monate nach Kriegsbeginn 1939 musste man sowohl in Großbritannien als auch in den südosteuropäischen Staaten selbst feststellen, dass der deutschen Wirtschaftsexpansion in den zu diesem Zeitpunkt noch nicht selbst im Krieg stehenden Donau-Balkan-Raum vorerst nicht wirksam begegnet werden konnte.

Prominente Vertreter von Wirtschaft und Politik in Deutschland zählten Südosteuropa zum deutschen „Lebensraum“. Der Terminus „Lebensraum“ bezog sich also keineswegs ausschließlich auf (in Osteuropa gesuchte) Gebiete, „in denen Deutschland siedeln oder leben will“, sondern auch auf jenen Raum, „mit dem Deutschland zusammenleben und Wirtschaft treiben will“. „Deutschland und die Länder des Südostens“, erklärte das Vorstandsmitglied der IG Farbenindustrie AG, Max Ilgner, auf einer Tagung des Mitteleuropäischen Wirtschaftstags⁵ im September 1940,

bilden zusammen einen Lebensraum, der unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Interessen Italiens allen beteiligten Ländern eine weitgehende wirtschaftliche Ergänzungsmöglichkeit gibt und der bei einer verständnisvollen Bereitschaft aller Länder zusammenzuarbeiten in der Lage ist, die notwendigen Bedürfnisse gegenseitig und weitgehend zu decken.⁶

Dieses Konzept der „Ergänzungswirtschaft“ lief auf eine Festschreibung der an diesem Punkt verteilten Rollen hinaus: Südosteuropa sollte auch künftig in erster Linie Agrar- und Rohstofflieferant für das hochindustrialisierte Deutschland bleiben.

Unklar blieb die Abgrenzung zwischen einem deutschen und einem italienischen „Lebensraum“ im Südosten. Dabei spielte neben der wirtschaftlichen auch die geopolitische Argumentation (im Hinblick auf künftige Weltmachtansprüche Deutschlands) eine wichtige Rolle. Südosteuropa wurde in diesem Zusammenhang von der „Reichsstelle für Raumordnung“ in zwei Zonen aufgeteilt, von denen die erste die Zugänge vom Donauraum zur Adria und Ägäis umfasste und von den Höhenzügen östlich der Morava-Vardar-Senke begrenzt wurde, während die zweite Zone

³ Detailliert vgl. MARGUERAT, Le III^e Reich et le pétrole roumain.

⁴ WENDT, England und der deutsche „Drang nach Südosten“, 510.

⁵ Zu dessen Rolle vgl. FREYTAG, Deutschlands „Drang nach Südosten“.

⁶ Vortrag am 2. Sept. 1940, s. HASS/SCHUMANN (Hgg.), Anatomie der Aggression, Dok. 16, 91–99.

beiderseitig des Balkangebirges verlief und in der Hauptrichtung nach dem Schwarzen Meer gewendet war. „Die eine zielt über das Mittelmeer nach Nordafrika, Ägypten und der syrischen Küste zu, die andere über das Marmarameer und über das Schwarzmeer nach Vorderasien, Südrußland, den Kaukasus und über Batum, Erzerum nach Transkaukasien und Iran.“ Südosteuropa und das Schwarze Meer hätten also „nicht nur die Funktion der ergänzenden Wirtschaft [...] des Großdeutschen Raumes“, sie seien „vielmehr zum Ausgleichs- und Übergangsraum“ nach Nordafrika, Vorder- und Mittelasien geworden. „Hierin liegt die gewaltige und nicht zu übersehende Bedeutung des Donaurooms und der Länder an der unteren Donau, die sie für sich haben und die ihnen im Zusammenhang und in ihrer Funktion als Ergänzung des mitteleuropäischen Raumes zukommt.“⁷

Diese geopolitische Argumentation und ihre praktische Umsetzung beschwor allerdings die Gefahr eines Konflikts mit dem verbündeten Italien herauf, das am 10. Juni 1940 an der Seite Deutschlands gegen Frankreich und Großbritannien in den Weltkrieg eingetreten war. Dem Achsenpartner war schon zuvor von Hitler eine gleichberechtigte und selbständige Stellung bei der Führung im europäisch-afrikanischen Großraum zugesprochen worden. Als Standardthese für die NS-Auslandspropaganda wurde festgelegt, dass Italien „seinen unantastbaren Lebensraum zu beanspruchen [habe], den es im Interesse Gesamteuropas auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet frei gestalten wird“.⁸ Sein „Lebensraum“ sollte außer Nord- und Ostafrika das Mittelmeergebiet umfassen, wo Italien seit langem territoriale Ambitionen verfolgt hatte. Weitaus stärker noch als Deutschland war Italien auf die Einfuhr kriegswichtiger Rohstoffe (Steinkohle, Eisen, Kupfer, Mineralöl, technische Fette, Kautschuk etc.) angewiesen, deren Zufuhr unter normalen Verhältnissen überwiegend zur See, durch die „drei Tore des Mittelmeers“, die Straße von Gibraltar, den Suezkanal und die Dardanellen erfolgte. Solange jedoch die beiden ersten Wege von Großbritannien und der dritte von der Türkei kontrolliert wurden, musste Italien ein besonderes Interesse am ungestörten Handelsverkehr mit dem Donau-Balkanraum in seinem „Rücken“ haben. Der Anteil Südosteuropas am italienischen Außenhandel war denn auch – nach dem tiefen Einschnitt durch die vom Völkerbund im Zusammenhang mit der Abessinien-Krise gegen Italien verhängten Sanktionen – in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre stark gestiegen.⁹

Die prekäre außenwirtschaftliche Lage Italiens und sein machtpolitisch wie strategisch begründetes Interesse am Donau-Balkan-Raum und insbesondere an den Anrainerstaaten des Mittelmeers war jedenfalls ein Faktor, der deutscherseits bei der „Neuordnung“ Südosteuropas schwerlich übergangen werden konnte. Hitler hatte daher im Frühjahr 1938 – in Anerkennung von

⁷ Aufzeichnung der Reichsstelle für Raumordnung vom 16. April 1941, zitiert nach SUNDHAUSSEN, Wirtschaftsgeschichte Kroatiens, 50.

⁸ Standardthesen und Richtlinien für die deutsche Auslandspropaganda (gRS) vom 5. November 1942, zitiert nach GRUCHMANN, Der Zweite Weltkrieg, 109.

⁹ Vgl. zu den italienisch-deutschen Beziehungen hinsichtlich des Mittelmeerraums bzw. zur Idee der italienischen Vormachtstellung dort RODOGNO, Fascism's European Empire, 17–41 (Kap.: Italo-German Relations in Mediterranean Europe), bzw. 42–71 (Kap.: The New Mediterranean Order); BAUM/WEICHOLD, Der Krieg der „Achsenmächte“ im Mittelmeer-Raum; s. a. FONZI, Besatzungswirtschaft in Süd- und Südeuropa; RISTOVIĆ, Mussolini ante portas.

Italiens nachgiebiger Haltung beim „Anschluss“ Österreichs – dem Duce „ewige Dankbarkeit“ gelobt und die Adria sowie das Mittelmeer als italienisches Interessengebiet anerkannt. Anlässlich der „Verselbständigung“ der Slowakei im März 1939 versicherte Außenminister Joachim von Ribbentrop (1938–1945) der italienischen Führung noch einmal „klar und eindeutig“, dass nach Hitlers Willen das deutsche Desinteressement an den Mittelmeerländern stets „ein unabänderliches Gesetz unserer Außenpolitik“ sein werde.¹⁰ Bei einer Besprechung mit Mussolini am 15. April 1939 in Rom bekräftigte auch der Chef der deutschen Luftwaffe, Hermann Göring, dass man in Berlin „absolut“ auf dem Standpunkt stehe, dass „Jugoslawien hundertprozentig zu dem Interessengebiet Italiens gehöre“. Deutschland sei an Jugoslawien „nur“ wirtschaftlich interessiert.¹¹ In der deutschen Aufzeichnung über die Gespräche, die Ribbentrop vom 19.–22. September 1940 mit Mussolini und Außenminister Galeazzo Ciano (1936–1943) in Rom führte, heißt es schließlich: „Bezüglich Griechenlands und Jugoslawiens betonte der [Reichsaußenminister], daß es sich hier um ausschließlich italienische Interessen handele, deren Regelung Italien allein zu bestimmen habe, [...]“¹² Deutscherseits verstand man dies allerdings als Wechsel auf die Zukunft; Vorrang hatte zunächst der Kampf gegen England und in diesem Kontext die von Hitler geforderte italienische Eroberung Ägyptens.

Mit der Errichtung des italienischen Protektorats im halbannektierten Albanien (s. u.) im Jahre 1939 und dem Angriff auf Griechenland im Oktober 1940 schickte sich Italien an, den östlichen Teil des Mittelmeerraums zu beherrschen. Die verschiedentlich erwogenen Pläne für einen Krieg gegen Jugoslawien wurden allerdings auf Einspruch Hitlers zurückgestellt. Offen bleibt, wie Hitler tatsächlich über die Bildung eines separaten italienischen „Lebensraums“ auf dem europäischen Kontinent dachte. In NS-Kreisen scheint man gern an den Großraumplänen aus der ersten Hälfte der dreißiger Jahre festgehalten zu haben, zumindest was Ost- und Südosteuropa betraf: Errichtung eines „stählernen Kerns“ mit Deutschland, Österreich, Böhmen und Mähren und dem polnischen Westen als integrierenden Bestandteilen im Zentrum Europas, daran anschließend ein „Ostbund“ mit Polen, den baltischen Staaten, Ungarn, den Balkanländern, der Ukraine, dem Wolgaland und Georgien, „ein Bund wohl, aber“, wie Hitler 1934 in einem Gespräch erläutert haben soll, „nicht gleichberechtigter Partner, wohlverstanden, ein Bund von Hilfsvölkern, ohne Heer, ohne eigene Politik, ohne eigene Wirtschaft. [...] Die Zeit der kleinen Staaten ist vorbei.“¹³ 1940/1941 dürften diese Vorstellungen bei verschiedenen Ämtern und Funktionären nach wie vor lebendig gewesen sein, mit dem Unterschied allerdings, dass man eine Art italienischer Subsphäre in Teilen Südosteuropas anzuerkennen bereit war, hinsichtlich Jugoslawiens jedoch mit großen wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Vorbehalten.

¹⁰ Schreiben Ribbentrops an Ciano, v. 20. März 1939, in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie D (1937–1945), Bd. 6, Dok. 55, 53; vgl. auch CIANO, Tagebücher 1939–1943, Einträge vom 17. u. 20. März 1939.

¹¹ Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie D (1937–1945), Bd. 6, Dok. 205, 207.

¹² Zitiert nach: Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie D (1937–1945), Bd. 11, 1/4, 1, Dok. 73, 101; s. a. SCHREIBER, Deutschland, Italien und Südosteuropa, 368ff.

¹³ RAUSCHNING, Gespräche mit Hitler, 118.

6.2 DIE ERSTE RUNDE TERRITORIALER „NEUORDNUNG“ (1938–1940)

Die Neugestaltung der politischen Landkarte Südosteuropas setzte schon vor Kriegsbeginn ein (s. zu den vorangegangenen außenpolit. Neuorientierungen in der Zwischenkriegszeit den Beitrag MANER, Kap. 4.3.2). Schauplatz war die damalige Tschechoslowakei. Während der „Sudetenkrise“ gelang es der „Slowakischen Volkspartei“ des im August 1938 verstorbenen Andrej Hlinka, den tschechoslowakischen Staatspräsidenten Edvard Beneš (1935–1938, 1945–1948) am 23. September 1938 ultimativ zur Annahme der slowakischen Autonomieforderungen zu zwingen und am 6. Oktober 1938 im Abkommen von Sillein/Žilina die Autonomie zu proklamieren.¹⁴ Der katholische Priester Jozef Tiso, der 1922 von Papst Benedikt XV. (1914–1922) den Ehrentitel „Monsignore“ erhalten hatte und als Nachfolger von Hlinka die Führung der „Slowakischen Volkspartei“ übernahm, wurde im März 1939 Ministerpräsident. Zuvor, am 8. November 1938, verkündete er die Einpartei herrschaft. Anfang November, im Ersten Wiener Schiedsspruch der Außenminister Deutschlands und Italiens, Ribbentrop und Ciano, verlor die autonome Slowakei Teile der Südslowakei (10.423 km² mit 859.885 Einwohnern) an Ungarn. Mit Hilfe eines Ultimatums gegenüber Jozef Tiso forcierte Hitler die Unabhängigkeitserklärung der Slowakei, die am 14. März 1939 erfolgte. Während deutsche Truppen bereits Mährisch-Ostau (Ostrava) besetzten, reiste der tschechoslowakische Staatspräsident Emil Hácha (1938–1945) noch am selben Abend nach Berlin, wo ihn Hitler massiv unter Druck setzte und ihm eröffnete, der Einmarsch der deutschen Truppen sei unabwendbar. Hácha unterzeichnete in den frühen Morgenstunden des Folgetages ein ihm vorgelegtes Abkommen über den „Schutz“ des tschechischen Volkes durch das Deutsche Reich. Die Wehrmacht rückte in Brünn (Brno) und Prag ein. Hitler traf am Abend des 15. März in Prag ein und proklamierte am folgenden Tag das „Protektorat Böhmen und Mähren“, das die überwiegend tschechisch besiedelten Gebiete (in Böhmen, Mähren u. Tschechisch-Schlesien) umfasste, als Teil des Großdeutschen Reiches, womit – für alle Welt offen erkennbar – das nationale Selbstbestimmungsrecht, auf das sich Hitler bis dahin berufen hatte, ad acta gelegt wurde.¹⁵ Die Slowakei hatte sich wie gesehen bereits einen Tag zuvor zu einem unabhängigen Staat unter deutschem Schutz erklärt (Gesetz v. 14. März 1939). Nominell garantierte das Deutsche Reich durch Vertrag vom 18./23. März 1939 für 25 Jahre die territoriale Integrität und „Unabhängigkeit“ der Slowakei. Außen-, Wehr- und Wirtschaftspolitik sollten jedoch im engsten Einvernehmen mit dem Deutschen Reich geführt und die Stationierung deutscher Truppen in der Westslowakei garantiert werden. Tiso wurde Staatspräsident. Am 4. April 1939 musste die Slowakei ungeachtet der deutschen Garantie erneut Gebiete an das revisionsbesessene Ungarn abtreten. Nach Beteiligung am Polen-Feldzug erhielt sie jedoch von Hitler die 1920 an Polen

¹⁴ Zum Folgenden vgl. HOENSCH, Grundzüge und Phasen der deutschen Slowakei-Politik, sowie im Detail TÖNSMEYER, Das Dritte Reich und die Slowakei; mit weiteren Literaturangaben und digitalisierten Quellen: Slowakei im Zweiten Weltkrieg (Bearb. KOLKOVÁ).

¹⁵ Vgl. BRANDES, Die Tschechen unter deutschem Protektorat, Teil I, sowie als Resultat der Arbeit von deutsch-tschechischen bzw. deutsch-slowakischen Historikerkommissionen die Beiträge in GLETTNER/LIPTÁK/MÍŠKOVÁ (Hgg.), Geteilt, besetzt, beherrscht; mit weiteren Literaturangaben und digitalisierten Quellen: Protektorat Böhmen und Mähren (Bearb. LEHR); zum Ersten Wiener Schiedsspruch: SIMON, Magyar idők a Felvidéken.

abgegebenen Gebiete zurück. Außenpolitisch trat die inzwischen von 24 Staaten anerkannte Slowakei am 24. November 1940 dem Dreimächtepakt und am 25. November 1941 dem Antikominternpakt bei. Innenpolitisch stand der 38.000 km² große „Schutzstaat“ des „Dritten Reiches“ mit 2,7 Millionen Einwohnern im Spannungsfeld zwischen den slowakischen Nationalsozialisten um Ministerpräsident Vojtech Tuka (1939–1944) und den Klerikal-Konservativen um Staatspräsident Tiso. Die 150.000 Slowakei-Deutschen waren im Landtag und durch einen Staatssekretär (Franz Karmasin) in der Regierung vertreten.

Nach Zerschlagung der Tschechoslowakei war die Bewahrung der Ruhe in Südosteuropa ein elementares Anliegen deutscher Außenpolitik, um jede Störung der kriegswichtigen Zufuhr von Rohstoffen und Agrarprodukten aus der Region zu vermeiden. Nur Albanien spielte dabei keine Rolle. Am 6. April 1939 stellte Italien, auch für ein machtpolitisches Gleichziehen mit der deutschen territorialen Expansion, dem albanischen König Zogu (1928–1939) ein Ultimatum zur Annahme eines Beistandspakts, der faktisch das Ende eines souveränen Albanien bedeutet hatte. Am Tag darauf marschierten italienische Truppen in Albanien ein, ohne auf größeren Widerstand zu stoßen, und Zogu begab sich ins Exil. Eine Versammlung albanischer Honoratioren setzte am 8. April eine neue Regierung unter Ministerpräsident Shefqet Vërlaci (1939–1941), einem Großgrundbesitzer aus Südalbanien, ein und bot wie von Rom gewünscht dem italienischen König Viktor Emanuel III. (1900–1946) die Krone Albanien in Personalunion an. Emanuel nahm das Angebot an, der bisherige Botschafter in Tirana wurde zum Statthalter des Königs in Albanien ernannt und das Land wurde unter Beseitigung seiner eigenen internationalen Position zügig „gleichgeschaltet“ (u. a. Bildung einer „Albanischen Faschistischen Partei“ mit versch. Unterorganisationen).¹⁶

Die trügerische Ruhe im übrigen Südosteuropa geriet einige Wochen später ins Wanken, als die Sowjetunion – gestützt auf Hitlers größten diplomatischen Coup, den Ribbentrop-Molotov-Pakt vom Aug. 1939 – Rumänien am 26. Juni 1940 ultimativ zur Abtretung Bessarabiens und der Nordbukowina aufforderte.¹⁷ Angesichts der Bedrohung durch drei revisionistische Nachbarstaaten, die Ansprüche auf Teile ihres Territoriums erhoben (Sowjetunion, Ungarn u. Bulgarien) sah die Bukarester Regierung auf deutschen Rat hin keine andere Möglichkeit, als dem Ultimatum nachzukommen. Bessarabien wurde anschließend aufgeteilt: Der größte Teil kam zur Moldauischen SSR, der Süden zur Ukrainischen SSR.¹⁸ Ungarn, das bereits mit dem Ersten Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938 die Südslowakei und die Karpatoukraine zurück-

¹⁶ Zu Einzelheiten vgl. FISCHER, *Albania at War*; HIBBERT, *Albania's National Liberation Struggle*; NEUWIRTH, *Widerstand und Kollaboration*; PEARSON, *Albania in the Twentieth Century*, Bd. 2; VILLARI, *L'Italia in Albania*; BASCIANI, *L'impero nei Balcani l'occupazione italiana*.

¹⁷ Zu Einzelheiten vgl. CONSTANTINU, 1941. *Hitler, Stalin și România*; CHICHCANU, *Le pacte Molotov-Ribbentrop*, bzw. allgemein WEBER, *Der Pakt*.

¹⁸ Siehe zu den diplomatischen Spannungen und dem Notenaustausch zwischen Rumänien und der UdSSR vom 26. bis 28. Juni 1940: *Preliminarii ale raptului Basarabiei și Nordului Bucovinei* (Hg. VĂRATIC); ȘIȘCANU, *Raptul Basarabiei* (Chișinău 1993); zur Durchführung der Evakuierung als auch zu den Vereinbarungen der rumänisch-sowjetischen Kommission in Odessa vgl. DERS., *Raptul Basarabiei* (Ploiești 2012); zum Verhalten der besarabischen Beamten während des Regimewechsels 1940 und danach, vgl. SUVEICA, *Loyalitäten im Zeitalter der Extreme*.

gewonnen hatte, fühlte sich nun ermuntert, auch gegenüber Rumänien auf eine Grenzrevision zu pochen. In Ausführung des Zweiten Wiener Schiedsspruchs Deutschlands und Italiens vom 30. August 1940 musste Rumänien einen weiteren empfindlichen Gebietsverlust hinnehmen. Nordsiebenbürgen mit dem Zentrum Klausenburg (Cluj/Kolozsvár) fiel an Ungarn, insgesamt 43.104 km² mit 2,53 Millionen Einwohnern, davon 1,2 Millionen Rumänen und 72.000 Deutsche. Über die gewaltigen Gebietsverluste herrschte in Rumänien große Empörung, die sich gegen König Carol II. (1930–1940) richtete und sich in einem Putschversuch der faschistischen und antisemitischen „Eisernen Garde“ bzw. der „Legion Erzengel Michael“ entlud (vgl. Beitrag MANER, Kap. 4.5.1). Um seine Macht zu sichern und den Forderungen der Protestierenden entgegenzukommen, setzte der König am 5. September den auch von Deutschland favorisierten General Ion Antonescu (1940–1944) als Ministerpräsidenten mit außerordentlichen Vollmachten ein. Dieser zwang seinerseits den König zur Abdankung zugunsten von Carols Sohn Mihai (I.). Der am 14. September 1940 proklamierte „nationallegionäre“ Staat, in dem sich Antonescu mit der „Legion“ unter Horia Sima (1940–1941) die Macht teilte, war nur von kurzer Dauer. Als die „Eiserne Garde“ im Januar 1941 mit einem Putsch die Macht an sich reißen wollte, wurde sie mit Billigung Hitlers zerschlagen.¹⁹

Gleich der Sowjetunion und Ungarn strebte auch Bulgarien nach einer Revision der nach dem Ersten Weltkrieg geschaffenen Grenzen. Mit dem rumänisch-bulgarischen Vertrag von Craiova vom 7. September 1940 verlor Rumänien die Süddobrudscha an Bulgarien.²⁰ Antonescu erhielt von Hitler im Gegenzug eine Garantie zum Schutz des stark geschrumpften Rest-Territoriums des einstigen „Großrumänien“. Zu diesem Zweck entsandte Hitler – ohne vorherige Absprache mit dem Bündnispartner Italien – eine deutsche Militärmission nach Rumänien, die offiziell der Ausbildung rumänischer Soldaten, inoffiziell dem Schutz der rumänischen Erdölfelder um Ploiești vor britischen Luftangriffen dienen sollte. Mit der Stationierung deutscher Truppen in Rumänien hoffte Antonescu seinerseits, die Sowjetunion vor einem Angriff abschrecken zu können.²¹

Der durch die Grenzrevisionen vom Spätsommer 1940 noch einmal „gerettete“ Frieden in der Region brach wenige Wochen später endgültig zusammen, als sich Mussolini – eifersüchtig auf Hitlers Erfolge u. gegen dessen Willen – für einen militärischen Alleingang in Griechenland entschied. Noch gut ein Jahr zuvor hatte er Griechenland als einen so armseligen „Knochen“ bezeichnet, dass sein Erwerb nicht das Leben eines einzigen „sardischen Grenadiers“ lohne.²² Nun hatte er seine Meinung geändert. Mehrere Forscher vermuten, dass die Entsendung deutscher Truppen nach Rumänien der berühmte Tropfen war, der das Fass zum Überlaufen brachte (Gerhard Schreiber): „Hitler stellt mich immer vor vollendete Tatsachen. Dieses Mal zahle ich ihm

¹⁹ Für Details s. BALOGH, A magyar-román kapcsolatok 1939–1940-ben; BALTA, Rumänien und die Großmächte; MANER, Parlamentarismus in Rumänien; HEINEN/Jens SCHMITT (Hgg.), Inszenierte Gegenmacht von rechts; SCHMITT, Căpitan Codreanu; DINU, Faschismus, Religion und Gewalt in Südosteuropa; DELETANT, Hitler's Forgotten Ally.

²⁰ Siehe ZNAMIEROWSKA-RAKK, Bulgarian Territorial Revisionism; zum jahrzehntealten bulgarisch-rumänischen Konflikt um die Dobrudscha IORDACHI, Diplomacy and the Making of a Geopolitical Question.

²¹ Zur Militärmission s. die Darstellung von FÖRSTER, Die Gewinnung von Verbündeten in Südosteuropa, 335ff.

²² SCHREIBER, Deutschland, Italien und Südosteuropa, 355, 383.

6. ZWEITER WELTKRIEG UND BESATZUNGSHERRSCHAFT IN SÜDOSTEUROPA

Tabelle 7: Die wichtigsten territorialen Veränderungen in Südosteuropa 1938–1940

Gebiet	von:	an:	Datum
Südslowakei	Tschechoslowakei bzw. Slowakei	Ungarn	1. Wiener Schiedsspruch, 2. Nov. 1938
Karpato-Ukraine	Tschechoslowakei bzw. Slowakei	Ungarn	Dito
Slowakei	Tschechoslowakei	Slowakei	Unabhängigkeitserklärung, 14. März 1939
Albanien		Italien	Beginn d. ital. Besetzung, 7. April 1939; Nationalvers. in Tirana beschließt Personalunion mit Italien, 12. April; damit Beseitigung Albanien als völkerrechtl. Subjekt
Bessarabien	Rumänien	UdSSR	Sowj. Ultimatum, 26. Juni 1940
Nordbukowina	Rumänien	UdSSR	Dito
Nordsiebenbürgen	Rumänien	Ungarn	2. Wiener Schiedsspruch, 30. Aug. 1940
Süddobrußscha	Rumänien	Bulgarien	Vertrag von Craiova, 7. Sept. 1940

mit gleicher Münze heim. Er wird aus den Zeitungen erfahren, daß ich Griechenland besetzt habe.“²³ Am 28. Oktober 1940 beschuldigte die italienische Regierung Griechenland in einem auf wenige Stunden befristeten Ultimatum, seinen Neutralitätsstatus verletzt und die Briten unterstützt zu haben. Diktator Ioánnis Metaxás (1936–1941) wies das Ultimatum zur Kapitulation mit dem berühmt gewordenen „Ochi“ (Nein) zurück. Kurz darauf starteten die Italiener von albanischem Boden aus eine überaus dilettantisch vorbereitete Offensive gegen Griechenland. „F.[ührer] robt, als er vom Angriff Italiens auf Griechenland hört“, notierte Gerhard Engel, Heeresadjutant bei Hitler.²⁴ Der italienische Angriff im Pindos-Gebirge wurde in der Schlacht von Metsovo am 11. November 1940 überraschend abgewehrt. Die Invasionsarmee wurde fast vollständig zerrieben. In einer Gegenoffensive besetzten griechische Truppen bis Mitte Februar 1941 sogar ein Drittel Albanien.²⁵ Großbritannien, das sich am 13. April 1940 für den Schutz Griechenlands verbürgt hatte, begann mit der Errichtung von Stützpunkten auf Kreta und entsandte später Truppen nach Piräus und Volos. Wegen der drohenden Gefahr der Errichtung einer alliierten Balkanfront (vergleichbar der Saloniki-Front von 1915; s. Beitrag PEZO, Kap. 3.4.2) befahl der konsternierte Hitler in den „Weisungen“ Nr. 18 und 20 vom 12. November respektive 13. Dezember

²³ Zitiert nach: ebd., 376.

²⁴ Vgl. Heeresadjutant bei Hitler 1938–1943 (Hg. von KOTZE), 88 (Eintrag v. 28. Okt. 1940); vgl. auch VATIKIOTIS, *Popular Autocracy in Greece*.

²⁵ CERVI, *The Hollow Legions*; MARGARITIS, *Προαγγελία θυελλωδών ανέμων*; RICHTER, *Griechenland im Zweiten Weltkrieg*, Bd. 1; CARR, *The Defence and Fall of Greece*; LORMIER, *La guerre italo-grecque*; FONZI, *Fame di guerra*.

1940 die Vorbereitung eines deutschen Angriffs auf Griechenland (Unternehmen „Marita“) für das folgende Frühjahr, um eine Gefährdung der rumänischen Erdölfelder durch britische Luftangriffe und eine Bedrohung der deutschen Südostflanke im künftigen Russlandfeldzug (Unternehmen „Barbarossa“) zu verhindern; nicht zuletzt aber auch, um das durch Mussolinis Misserfolg angeschlagene „Prestige“ der „Achsenmächte“ wiederherzustellen.²⁶ Das militärisch gedemütigte Italien, dessen Position im Mittelmeerraum empfindlich geschwächt worden war, musste sich nun endgültig von einer gleichberechtigten Rolle im Bündnis mit Deutschland verabschieden.

Dank intensiver Bemühungen der NS-Diplomatie traten Ungarn, Rumänien und die Slowakei in der zweiten Novemberhälfte dem Dreimächtepakt (bestehend aus Deutschland, Italien u. Japan) bei. Alle drei Länder hatten sich bereits in die nahezu vollständige Abhängigkeit vom „Dritten Reich“ manövriert.²⁷ Bulgarien folgte nach längeren Verhandlungen am 1. März 1941, nachdem Briten und Amerikaner wie auch die Sowjetunion vergeblich versucht hatten, es von diesem Schritt abzuhalten. Ausschlaggebend dürfte das Versprechen der Reichsregierung gewesen sein, Bulgarien einen Zugang zur Ägäis (auf Kosten Griechenlands) zu verschaffen.²⁸ Jugoslawien vollzog den Beitritt trotz schwerster Bedenken am 25. März im Wiener Schloss Belvedere, kurz vor Beginn des geplanten Angriffs auf Griechenland. Auch in diesem Fall spielten – neben der aussichtslosen militärischen Lage des Landes – territoriale Versprechungen (Zugang Jugoslawiens zum Hafen von Thessaloniki) eine Rolle. Reichsaußenminister Ribbentrop war zufrieden, dass „nunmehr praktisch der gesamte bisher neutrale Balkan sich im Lager der Ordnung befindet“ und dass die britischen „Einmischungsversuche“ in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens gescheitert seien. Jugoslawien werde bei der „Neuordnung Europas“ den „ihm gebührenden Platz auf dem Balkan einnehmen“.²⁹ Obwohl Hitler der Belgrader Regierung weitreichende (z. T. allerdings geheim gehaltene) Zugeständnisse gemacht hatte (so dass der jug. Beitritt zum Dreimächtepakt keine praktisch-militärische Bedeutung hatte), wurde die Regierung von Dragiša Cvetković (Ministerpräs. 1939–1941) und Vladko Maček (stellvertr. Ministerpräs.) am 27. März durch einen Putsch serbischer Offiziere mit Unterstützung der Special Operations Executive (S.O.E.), einer Sonderabteilung des britischen Nachrichtendienstes, entmachtet. Am 18. März war man innerhalb dieser Abteilung zu dem Schluss gekommen, dass die Cvetković-Regierung und Prinzregent Paul/Pavle Karadorjević (1934–1941) gestürzt werden müssten. Über den Luftwaffen-Attaché bei der britischen Gesandtschaft in Belgrad wurden Verbindungen zu den Generälen Bora Mirković und Dušan Simović hergestellt, die sich gleich anderen „politischen“ Offizieren in den jugoslawischen Streitkräften seit längerem mit Umsturzplänen gegen den Prinzregenten trugen.³⁰

²⁶ VAN CREVELD, *Hitler's Strategy 1940–1941*; VOGEL, *Das Eingreifen Deutschlands auf dem Balkan*, 419–441; PAPASTRATIS, *British Policy Towards Greece*.

²⁷ Vgl. DURUCZ, *Ungarn in der auswärtigen Politik des Dritten Reiches*, 25ff., bzw. *Allianz Hitler-Horthy-Mussolini* (Hgg. KEREKES/ÁDÁM); CASE, *Between States*; SOLONARI, *Purifying the Nation*, bzw. COLE, *Ebenen der „Kollaboration“*; HAUSLEITNER, *Auf dem Weg zur „Ethnokratie“*; TÖNSMEYER, *Kollaboration als handlungsleitendes Motiv?*

²⁸ BOHN, *Bulgariens Rolle im „wirtschaftlichen“ Ergänzungsraum Südosteuropa*, bzw. HOPPE, *Bulgarien. Hitlers eigenwilliger Verbündeter*.

²⁹ *Archiv der Gegenwart* 11 (1941), 4945f.

Die eigentliche Durchführung des unblutigen Putsches war das Werk von Bora Mirković, der auf die politische Unterstützung eines Teils der serbischen Oppositionsparteien, der orthodoxen Kirche und serbisch-nationalistischer Organisationen vertraute. Der junge König Peter/Petar II. Karađorđević (1934–1945) wurde (zu seiner eigenen Überraschung) im Zuge dessen vorzeitig für volljährig erklärt und ernannte den General der Luftwaffe Dušan Simović zum neuen Ministerpräsidenten (1940–1941). In den Morgenstunden des 27. März füllte sich die Belgrader Innenstadt mit einer begeisterten Menschenmenge. „Lieber Krieg als Pakt“ und „Lieber Tod als Sklaverei“ lauteten die Parolen.³¹ Während die Belgrader noch im Gefühl ihrer wiedererlangten Ehre und Freiheit auf den Straßen feierten und tanzten, beschloss Hitler in seiner Wut auf das „serbische Verschwörerpack“ am selben Tag, die Militäraktion gegen Griechenland auf Jugoslawien auszuweiten und Letzteres „als Staatsgebilde zu zerschlagen“ (Unternehmen „25“). Das Land, das er durch den Dreimächtepakt hatte binden wollen, war nun – so Hitler – abermals ein „unsicherer Faktor“ im Hinblick auf den bevorstehenden Griechenland – und „erst recht“ für den anschließend geplanten Russlandfeldzug geworden.³² Unter Beteiligung der Anliegerstaaten Ungarn, Bulgarien und Italien sollte der Überfall auf Jugoslawien so schnell wie möglich begonnen und mit „unerbittlicher Härte“ geführt werden. Nach Hitlers Ansicht war „damit zu rechnen, daß bei unserem Angriff sich die Kroaten auf unsere Seite stellen werden“, wofür ihnen „eine entspr[echende] politische Behandlung (spätere Autonomie)“ sichergestellt werden sollte.³³ Dass Generalstabschef Franz Halder (1938–1942) während der kurzen Autofahrt von Zossen (südl. von Berlin) in die Reichshauptstadt einen vorläufigen Operationsplan entwarf, hat jugoslawische Historiker nach dem Krieg zu der These verleitet, dass der 27. März für Hitler nur willkommener Anlass zur Durchführung einer längst getroffenen und vorbereiteten Entscheidung gewesen sei. Diese These lässt sich nicht belegen und steht im Widerspruch zu allen bisher bekannten Quellen. „Will man die Gründe zu dem bevorstehenden Konflikt mit Jugoslawien verstehen“, so heißt es in den Privatnotizen des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker,

so muß man – abgesehen von dem Urübel von Versailles – zurückgehen auf die Besetzung von Albanien durch Italien. [...] Aus Albanien entsprang der von uns leider geduldete Krieg mit Griechenland. Von da ab war der Balkanbrand kaum mehr vermeidlich. Unser Versuch, Jugoslawien unter Druck in die Achsenfront zu drängen, war vielleicht etwas zu sehr unter Zeitmangel ausgeführt. [...] Wie dem aber sei, nun hat Serbien umgeschmissen [...]. Belgrad wird demnächst noch die Rechnung zahlen und als Stadt sehr viel auszustehen haben. Wir lassen uns auf die dämmernde Vernunft nicht mehr ein, weil das Heft nicht mehr in der Hand der Vernünftigen ist.³⁴

³⁰ Siehe für die politische Konstellation in Jugoslawien am Beginn der 1940er etwa DJOKIĆ, *Elusive Compromise*, 223–268.

³¹ Vgl. PETRANOVIĆ/ŽUTIĆ (Hgg.), 27. mart 1941; MILOVANOVIĆ, *Vojni puč i 27. mart*, u. den Sammelband ĐORĐEVIĆ (Hg.), *Zbornik radova Okruglog stola; kritisch zum Putsch u. seinen Folgen* ĐIMI TRIJEVIĆ, *Srbija 1941*; s. a. HOPTNER, *Yugoslavia in Crisis*.

³² Aufzeichnung von Major E. J. Christian über die Besprechung in der Reichskanzlei am 27. März 1941, in: *Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal*, Bd. 28, Dok. PS-1746, hier 22ff.

³³ Aufzeichnung vom 27. März 1941: Besprechung über Lage Jugoslawien, in: *Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie D (1937–1941)*, Bd. 12,1/5,1, Dok. 217, 308.

³⁴ Die Weizsäcker-Papiere (Hg. HILL), Bd. 2, 243.

6.3 DER BALKANFELDZUG 1941 UND DIE ZWEITE RUNDE TERRITORIALER „NEUORDNUNG“

In den frühen Morgenstunden des 6. April begannen deutsche Flugzeuge ohne vorherige Kriegserklärung mit der Bombardierung Belgrads (Unternehmen „Strafgericht“). Vom Norden her marschierte die deutsche Wehrmacht in Jugoslawien ein und durchbrach von Bulgarien aus sowohl die jugoslawische Grenze im Süden als auch die griechische Verteidigungs- („Metaxás“-) Linie. Am 9. April nahm sie Thessaloniki ein. Am 10. April erreichte die Wehrmacht Zagreb/Agram, am 13. April fiel Belgrad, und vier Tage später, am 17. April, – nach dem Einmarsch ung. u. ital. Truppen in Jugoslawien – unterzeichnete General Danilo Kalafatović die „bedingungslose“ Kapitulation der jugoslawischen Armee. Rund 340.000 Offiziere und Soldaten serbischer und montenegrinischer Nationalität gerieten in deutsche Kriegsgefangenschaft (während Angehörige anderer Nationalität, sofern sie der Einberufung überhaupt gefolgt od. nicht desertiert waren, zumeist freigelassen wurden). König Peter und die Regierung von Ministerpräsident Simović begaben sich ins Exil (zuerst nach London, dann nach Kairo, schließlich wieder nach London).³⁵ Am 21. bzw. 23. April 1941 unterzeichnete der Kommandierende General des griechischen III. Armeekorps, General Georgios Tsolakoglu (ohne die dafür erforderliche Vollmacht zu besitzen), die „bedingungslose“ Kapitulation der griechischen Truppen, während die Bulgaren mit der Besetzung Makedoniens begannen. Die etwa 430.000 Männer der griechischen Armee wurden zu deutschen Kriegsgefangenen erklärt, zumeist aber nicht in Gefangenschaft genommen oder nach kurzer Zeit wieder entlassen. König Georg II. (1922–1924, 1935–1947) und Teile der Regierung von Emmanuél Tsuderós (1941–1944) zogen sich ins Exil zurück (mit wechselnden Standorten). Im Unterschied zu Jugoslawien sprach sich Hitler im Fall Griechenlands gegen eine Aufteilung des Territoriums aus. Über die künftigen Grenzen sollte erst anlässlich eines Friedensvertrags entschieden werden. Der „Blitzkrieg“ gegen Jugoslawien und Griechenland wurde durch die deutsche Luftlandung auf das von britischen Truppen gehaltene Kreta (Unternehmen „Merkur“) abgeschlossen (20. Mai–1. Juni).³⁶

Die Unternehmen „Marita“ und „25“ waren die letzten erfolgreichen „Blitzkriege“ Hitlers. Vor allem jugoslawische Historiker haben aufgrund einer Äußerung Hitlers vom 27. März 1941 die These vertreten, dass der Balkanfeldzug zu einer Verschiebung des „Barbarossa-Unternehmens“ um vier bis sechs Wochen geführt habe. Diese Verschiebung sei der Grund dafür gewesen, dass das „Blitzkriegs“-Konzept in Russland vor Wintereinbruch scheiterte. Damit habe der Staatsstreich in Belgrad einen entscheidenden Beitrag zum Ausgang des Weltkriegs geleistet.³⁷ Unstrittig ist, dass Deutschland und die deutsche Kriegswirtschaft unzureichend auf einen langen Krieg vorbereitet

³⁵ Einzelheiten u. a. bei OLSHAUSEN, *Zwischenspiel auf dem Balkan*, 97ff.; VOGEL, *Das Eingreifen Deutschlands auf dem Balkan*, 458ff.; PAVLOWITCH, *Hitler's New Disorder*, 17–20; DERS., *Yugoslavia in Exile*.

³⁶ Unter anderem RICHTER, *Griechenland im Zweiten Weltkrieg*, Bd. 1; STOCKINGS/HANCOCK, *Swastika over the Acropolis*; NESSOU, *Griechenland 1941–1944*; WOODHOUSE, *The Struggle for Greece*; RICHTER, *Die Operation Merkur*; SADLER, *Operation Mercury*; BEEVOR, *Crete 1941*.

³⁷ Vgl. die Diskussion und Literatur hierzu bei SUNDHAUSEN, *Wirtschaftsgeschichte Kroatiens*, 59 (Anm. 208).

waren. Der „Blitzkrieg“ hatte es dem „Dritten Reich“ erlaubt, „die Rolle einer Großmacht zu spielen, die es nicht mehr war. Er war eine Methode, den totalen Einsatz der Wirtschaft zu vermeiden, der zum ‚totalen Krieg‘ gehört. Für eine derartige Politik war ‚Breitenrüstung‘ notwendiger als ‚Tiefenrüstung‘.“³⁸ Überspitzt formuliert könnte man sagen: Wirtschaftlich (und damit letztlich auch militärisch) wurde der Ausgang des Zweiten Weltkriegs mit dem Scheitern des „Blitzkriegs“ in Russland entschieden. Aber hat der Putsch in Belgrad die Terminierung des „Barbarossa“-Feldzugs tatsächlich beeinflusst? Martin van Creveld hat dies in einer 1973 veröffentlichten Arbeit dezidiert verneint und auch empirisch überzeugend belegt.³⁹ Bei der zeitlichen Abstimmung der Unternehmen „Marita“ und „Barbarossa“ hatte sich schon vor dem Putsch in Belgrad herausgestellt, dass die im ersten Zeitplan vorgesehenen Termine für den Aufmarsch der deutschen Truppen in Bulgarien wegen außerordentlich ungünstiger Witterungsverhältnisse nicht eingehalten werden konnten, von den schwierigen Transportverhältnissen und den schleppenden diplomatischen Verhandlungen mit Bulgarien und der Türkei ganz zu schweigen. Bereits Ende Januar 1941 stand fest, dass der deutsche Angriff auf Griechenland nicht vor dem 1. April (statt des ursprünglich anvisierten 1. März) beginnen konnte. Der Staatsstreich in Belgrad vom 27. März hat diese Zeitplanung nur unwesentlich (um 6 Tage) verschoben und hat auch – entgegen den ursprünglichen Befürchtungen Hitlers – keinen Einfluss auf den Beginn des Unternehmens „Barbarossa“ gehabt. „Wäre der Umsturz der Regierung während der Barbarossa-Aktion eingetreten“, so Hitler am 27. März, „hätten die Folgen für uns wesentlich schwerwiegender sein müssen.“⁴⁰ Die Ereignisse in Belgrad bezeichnete er daher als „Entlastung“.⁴¹ Und alles schien nach seinem Wunsch zu laufen. Zehn Tage nach dem deutschen Einmarsch in die UdSSR (am 22. Juni 1941) rechnete Hitler angesichts enormer Anfangserfolge damit, „daß der Feldzug gegen Rußland innerhalb [von] vierzehn Tagen gewonnen“ sein werde. Diese gänzlich unrealistische Einschätzung der sowjetischen Widerstandsfähigkeit hat den „Blitzkrieg“ scheitern lassen – nicht der Putsch in Belgrad.

Am 10. April 1941 gegen Mittag marschierte eine Vorhut der 14. deutschen Panzerdivision kampfflos in Zagreb ein. Etwa anderthalb Stunden später erfolgte über den Rundfunk die Proklamierung des „Unabhängigen Staates Kroatien“. Für die Dreimächtepakt-Staaten reichte diese Verlautbarung aus, um vom staatlichen „Zerfall“ Jugoslawiens zu sprechen.⁴² Der ungarische Reichsverweser, Admiral Miklós Horthy (1920–1944), nutzte diese These, um den Einmarsch ungarischer Truppen nach Jugoslawien (zum „Schutz“ ung. Bürger) zu „rechtfertigen“.⁴³ Damit setzte er sich über den wenige Monate zuvor zwischen Budapest und Belgrad geschlossenen Freundschaftsvertrag hinweg. Auch der aus Protest gegen die beabsichtigte „Leichenfledderei“ gewählte Freitod des ungarischen Ministerpräsidenten (1939–1941) Pál Teleki (3. Apr.) vermochte Horthy nicht mehr umzustimmen. Im völkerrechtlichen Sinn konnte jedoch von einer „debellatio“ Jugo-

³⁸ MILWARD, Hitlers Konzept des Blitzkriegs, 24.

³⁹ VAN CREVELD, Hitler's Strategy 1940–1941.

⁴⁰ Im Gespräch mit dem bulg. Gesandten am 27. März 1941, s. OLSHAUSEN, Zwischenspiel auf dem Balkan, 52.

⁴¹ Ebd.

⁴² ČULINOVIC, Okupatorska podjela Jugoslavije, bzw. PAVLOWITCH, Hitler's New Disorder.

⁴³ FENYO, Horthy, Hitler and Hungary; SAJTI, Hungarians in the Voivodina.

slawiens keine Rede sein. Die *debellatio*, d. h. die Eroberung des gegnerischen Territoriums nach vollständiger Niederlage der feindlichen Streitkräfte, vernichtet die Existenz des kriegführenden Staates und lässt seine Souveränität erlöschen bzw. an den Rechtsnachfolger übergehen. Nach einem von der internationalen Rechtsprechung anerkannten Völkerrechtsgrundsatz kann eine *debellatio* jedoch solange nicht zum Staatsuntergang oder zu einer „legalen“ Annexion durch die siegreiche Macht führen, als die Regierung des besetzten Landes oder deren Alliierte (im vorliegenden Fall v. a. Großbritannien) der Besatzungsmacht die Herrschaftsrechte im Kampf streitig machen. Eine Konfliktpartei, repräsentiert durch eine Exilregierung (wie im Falle Jugoslawiens), ist völkerrechtlich nicht zum Untergang verurteilt, solange noch eine Armee im Felde steht, um ihr die verlorene Gebietshoheit zurückzugeben.⁴⁴ Das heißt: Jugoslawien war in den folgenden vier Jahren ein besetztes Land, in denen die Regeln des Kriegsrechts Gültigkeit behielten. Dessen ungeachtet wurde das Territorium Jugoslawiens, das in den Augen der Nazis eine Schöpfung des verhassten Versailler Systems war, in ein buntes Mosaik besetzter, annektierter und scheinsovereiner Gebilde zerstückelt. Kein anderes besetztes Land in Europa wurde derartig parzelliert. Das Banat und Serbien (letzteres etwa in den Grenzen vor dem Ersten Balkankrieg: „Predkumanovska Srbija“) unterstanden deutscher Besatzung; die Untersteiermark und Oberkrain wurden von Deutschland faktisch annektiert. Der restliche Teil Sloweniens (als Provinz Laibach/Ljubljana, ital. Lubiana), ferner Teile Dalmatiens mit den meisten vorgelagerten Inseln fielen an Italien, das auch die Kontrolle über das „unabhängige“, territorial gegenüber 1918 geschmälerte Montenegro gewann. Ungarn erhielt das Murgebiet, die Südbaranja und die Batschka, während der größere Teil Makedoniens und ein Gebietsstreifen in Ostserbien (Pilot) von Bulgarien besetzt und annektiert wurden. Westmakedonien, zwei Drittel Kosovos, das südlichste Montenegro und de facto (jedoch nicht de jure) die Çamëria (gr.: *Τσαμουριά*) in der Küstenregion des Epirus kamen an das nunmehrige „Großalbanien“ (vgl. Karte XIII), wo die Italiener Anfang Dezember 1941 den bisherigen Ministerpräsidenten Vërlaci durch Mustafa Merlika-Kruja ersetzten (der seinerseits im Jan. 1943 von Eqrem Bej Libohova abgelöst wurde).⁴⁵ Aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina entstand der „Unabhängige Staat Kroatien“. Auf ihn entfielen ca. 40 % des jugoslawischen Territoriums, auf die von Deutschland verwalteten oder annektierten Gebiete 28,4 %, auf die italienisch beherrschten Teile 15,6 %, auf die von Bulgarien annektierten Gebiete 11,4 % und auf die Erwerbungen Ungarns 4,7 % des zerschlagenen Staates.⁴⁶

Griechenland unterstand zu über 70 % italienischer Militärverwaltung. Hitler hatte sich lediglich die strategisch wichtigen Positionen um Thessaloniki und Piräus, einen Streifen an der griechisch-türkischen Grenze und einige Inseln gesichert (ca. 12 % des gr. Territoriums); der Rest – Westthrakien sowie die Inseln Thasos u. Samothrake – fiel an die Besatzungsmacht Bul-

⁴⁴ Zur Begründung der *Debellatio*sthese vgl. KELSEN, *The International Legal Status of Germany*; ausführlich TRESKOW, *Der Begriff der Debellatio*.

⁴⁵ Siehe zum albanischen Fall GURAKUQI, *Shqipëria dhe „Tokat e lirueme“*; an Quelleneditionen ist zu verweisen auf *Shqiptarët gjatë Luftës së Dytë Botërore* (Hgg. KABA/SYLA); *Tokat e liruara* (Hg. LITA).

⁴⁶ Vgl. die Zusammenschau bei SUNDHAUSSEN, *Okkupation, Kollaboration und Widerstand*, bzw. ausführlich ZAKIĆ, *Ethnic Germans and National Socialism in Yugoslavia*; TOMASEVICH, *War and Revolution in Yugoslavia*, Bd. 2.

6. ZWEITER WELTKRIEG UND BESATZUNGSHERRSCHAFT IN SÜDOSTEUROPA

garien.⁴⁷ Wenige Wochen später kam es noch einmal zu einer Veränderung: Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion – unter Beteiligung rum. Truppen – gewann Rumänien Bessarabien sowie die Nordbukowina zurück und richtete in der Ukraine das Besatzungsgebiet „Transnistrien“ ein (das wesentlich größer war als das heutige Transnistrien u. weiter nach Osten reichte).⁴⁸

Damit war die zweite, direkt im Krieg erfolgte Runde der territorialen „Neuordnung“ beendet.⁴⁹ Die Aufteilung des jugoslawisch-griechischen Raums war das Ergebnis improvisierter Entscheidungen Hitlers seit dem 27. März. Ein vorformuliertes Konzept fehlte. Dies lag nicht zuletzt an den ungewöhnlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen der NS-Besatzungsherrschaft im Südosten (im Unterschied zu derjenigen in West- u. Nordeuropa). Zu diesen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen gehörten: 1. die Unklarheit über die künftige Stellung Südosteuropas bzw. einzelner südosteuropäischer Staaten und Nationen im NS-Großraum; 2. die Notwendigkeit der Zusammenarbeit Deutschlands mit anderen Besatzungsmächten (allen voran mit Italien, ferner mit Ungarn u. Bulgarien) sowie 3. die außergewöhnliche ethnische/nationale Komplexität des jugoslawischen Raums. Hitler hat sich über die politische Stellung Südosteuropas im anvisierten NS-Großraum nie präzise geäußert. Zwar hatte die NS-Führung wiederholt die italienische „preponderanza“ im Mittelmeerraum anerkannt, aber jede klare Abgrenzung vermieden. Alles in allem war Hitlers politisches und territoriales Interesse an Südosteuropa marginal. Was ihn interessierte, war das Wirtschaftspotential der Region. Er versuchte im Frühjahr 1941, die territorialen Ambitionen seiner Verbündeten zu befriedigen, um sie damit an sich zu binden und zugleich den Besatzungsaufwand für Deutschland angesichts des bevorstehenden Russlandfeldzugs so gering wie möglich zu halten. Doch die Befriedigung (od. teilweise Befriedigung) der italienischen, ungarischen, bulgarischen, kroatischen und albanischen Forderungen führte auf längere Sicht nicht zu einer militärischen Entlastung Deutschlands, sondern riss alte Gräben auf, schuf eine Vielzahl neuer Fronten und kehrte die angestrebte militärische Entlastung Deutschlands in ihr Gegenteil um.⁵⁰

Infolge der slowakischen Staatsgründung, der Wiener Schiedssprüche, der Abtretung Bessarabiens und der Nordbukowina an die UdSSR, der Angliederung Nordsiebenbürgens an Ungarn, der Süddobruška an Bulgarien, der Zerstückelung Jugoslawiens, der Gründung „Großalbanien“, der Besetzung Griechenlands und der Rückeroberung Bessarabiens und der Nordbukowina durch Rumänien hatte sich die politische Landkarte Südosteuropas zwischen November 1938 und April 1941 wiederholt und von Grund auf verändert (vgl. Karte XV). Sieht man von seinem herablassenden Ton ab, hatte der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, sicher recht, als er am 21. April 1941 in sein Tagebuch notierte:

Im übrigen scheint mir die Neuordnung des Balkan, in Übereinstimmung zwischen dem Führer und Herrn von Ribbentrop, wie letzterer sagt, so zu erfolgen, daß keiner mit seinem Nachbarn sich vertragen kann. Also

⁴⁷ FLEISCHER, Im Kreuzschatten der Mächte.

⁴⁸ Vgl. SOLONARI, A Satellite Empire; DUMITRU, The State; DALLIN, Odessa; VÖLKL, Transnistrien und Odessa.

⁴⁹ Vgl. auch die Beiträge in CATTARUZZA/DYROFF/LANGEWIESCHE (Hgg.), Territorial Revisionism and the Allies of Germany.

⁵⁰ FLEISCHER, Deutsche Besatzungsherrschaft; s. a. die einsichtsreiche Studie von KOLIOPOULOS, Plundered Loyalties.

Der „Unabhängige Staat Kroatien“ (1941–1945)

Verhinderung der früheren Allianzen u. noch mehr. Ich frage mich nur, wer diesen Sack voll von Flöhen jetzt im Kriege hüten wird.⁵¹

Nach dem Sturz Mussolinis (25. Juli 1943) und der Kapitulation Italiens (3. Sept.) kamen fast alle der bis dahin von Italien besetzten Gebiete unter deutsche Militärverwaltung,⁵² wobei der „Unabhängige Staat Kroatien“ und Bulgarien kleinere Geländegewinne verzeichnen konnten. Aus den italienischen Provinzen Udine (slowen. Videm), Görz/Gorizia/Gorica, Triest/Trieste/Trst, Pola/Pula und Fiume/Rijeka sowie den seit 1941 teils italienisch annektierten jugoslawischen Provinzen Ljubljana (ital. Lubiana), Sušak/Sussak und Bakar/Buccari entstand die „Operationszone Adriatisches Küstenland“ unter Verwaltung des „Reichsstatthalters“ Friedrich Rainer.⁵³ Zu den besetzten Ländern in Südosteuropa kamen gegen Kriegsende noch Ungarn (Einmarsch dt. Truppen am 19. März 1944) und die Slowakei (Anfang Sept. 1944) hinzu.⁵⁴

6.4 DER „UNABHÄNGIGE STAAT KROATIEN“ (1941–1945)

Der „Unabhängige Staat Kroatien“ (USK; Nezavisna Država Hrvatska, NDH) war das problematischste Produkt der spontanen Entschlüsse zur „Neuordnung“ Südosteuropas, die Hitler nach dem Staatsstreich in Belgrad gefasst hatte. In Berlin hatte man den Führer der Kroatischen Bauernpartei, Vladko Maček, als neuen kroatischen Staatsherrn vorgesehen. Als sich dieser verweigerte, griff man mangels Alternativen und auf Anraten Mussolinis auf die kleine, aber bedingungslos kollaborationsbereite Gruppe der Ustaša unter Ante Pavelić zurück. Die „Ustaša-kroatische Freiheitsbewegung“ (skr. Ustaša = Aufständischer; Pl. Ustaše) war eine Anfang 1929 gegründete terroristische Geheimorganisation. Sie kämpfte für die Unabhängigkeit eines (groß)kroatischen Staates. Ihre Stützpunkte und Ausbildungslager hatte sie vor allem in Italien und Ungarn. Die Verabsolutierung der Nation war der Hauptinhalt des ideologischen Programms der Ustaša und die Errichtung eines „großkroatischen“ Staates war das zentrale Anliegen, das alle Mitglieder der Geheimorganisation vereinte. In vielen anderen politischen, ökonomischen und sozialen Fragen war die „Bewegung“ relativ heterogen und spaltete sich in unterschiedliche Gruppierungen auf, die sich teils am italienischen Faschismus, teils am Nationalsozialismus, teils an autochthonen populistischen Strömungen orientierten. Die Zahl der vereidigten Ustaša (im Exil u. in der Heimat) dürfte bis zu der von Mussolini und Hitler inszenierten „Machtergreifung“ nie 3.000–4.000 Personen (darunter Studenten, Professoren, Schriftsteller u. Juristen, ehem. k.u.k. Offiziere, Mitglieder kath. Vereinigungen sowie Angehörige

⁵¹ Die Weizsäcker-Papiere (Hg. HILL), Bd. 2, 248.

⁵² Vgl. zur italienischen Besatzungspolitik im konzisen Überblick etwa MANTELLI, Die Italiener auf dem Balkan; s. a. im Detail die Beiträge in DERS. (Hg.), *L'Italia fascista potenza occupante*, bzw. RODOGNO, *Fascism's European Empire*; RUZICIC-KESSLER, Italiener auf dem Balkan; SCHMID, Deutsche und italienische Besatzung.

⁵³ STUHLPFARRER, Die Operationszonen „Alpenvorland“ und „Adriatisches Küstenland“; KALTENEGGER, Operationszone „Adriatisches Küstenland“.

⁵⁴ RÁNKI, Unternehmen Margarethe, bzw. TÖNSMEYER, Das Dritte Reich und die Slowakei.

sozialer Randgruppen) überschritten haben.⁵⁵ Nach der Slowakei war Kroatien der zweite Staat, der seine Existenz der von Hitler diktierten „Neuordnung Europas“ verdankte. Bestand hinsichtlich seiner Gründung noch Einigkeit unter den Dreimächtepakt-Staaten, so legte bereits die territoriale Abgrenzung eine Reihe schwer überbrückbarer Gegensätze zwischen den beiden „Kernländern“ des neuen Europa (Deutschland u. Italien), zwischen „Kern“ und „Rand“ (Italien u. Kroatien) und zwischen den „Randländern“ untereinander (v. a. Kroatien u. Ungarn) offen. In Hitlers „Vorläufigen Richtlinien für die Aufteilung Jugoslawiens“ vom 12. April 1941 war an eine „ethnisch“ definierte Abgrenzung des kroatischen Territoriums gedacht worden. Bosnien wurde dabei ausdrücklich ausgeklammert und zu den „restlichen Gebieten“ gezählt, deren „politische Gestaltung“ Italien überlassen bleiben sollte.⁵⁶ Diese „kleine Lösung“ wurde jedoch stillschweigend fallengelassen, nachdem Mussolini die „großkroatische“ Zielsetzung Pavelićs (d. h. den Anspruch der Ustaša auf ganz Bosnien-Herzegowina) anerkannte, dafür aber umso entschiedener die dalmatinische Küste bzw. große Teile davon für Italien forderte. Das war der Beginn der Spannungen zwischen Italien und dem Ustaša-Regime, die sich in der Folgezeit weiter verschärften und auch das deutsch-italienische Verhältnis mehr und mehr in Mitleidenschaft zogen.⁵⁷

Dem USK wurde außer der vormaligen Banschaft Kroatien und Ostsyrmien ganz Bosnien-Herzegowina zugeschlagen. Das Territorium des neuen Staates umfasste rund 100.000 km². Mitten durch dieses Gebiet verlief die von Hitler festgelegte Demarkationslinie zwischen den Stationierungsräumen der deutschen und italienischen Truppen, die auch nach Gründung des USK nicht vollständig abgezogen wurden (im Sommer 1941 befanden sich in Kroatien noch knapp 8.000 dt. Soldaten, meistens Reservisten), sondern im weiteren Verlauf des Krieges wieder massiv verstärkt wurden. Obwohl sich der USK durch Abschluss internationaler Verträge den Anschein eines Völkerrechtssubjekts gab, blieb er ein de facto besetztes Gebiet (ständiger Vertreter der deutschen Wehrmacht war General Edmund Glaise v. Horstenau). Unter den knapp 6,5 Millionen Einwohnern des USK befanden sich schätzungsweise rund 3,3 Millionen Kroaten (51% der Bevölkerung), annähernd 2 Millionen Serben, ca. 900.000 Muslime, 175.000 Deutsche, 75.000 Ungarn, 35.000–39.000 Juden u. a. Die „Volksdeutschen“ unter ihrem „Volksgruppenführer“ Branimir Altgayter erhielten einen privilegierten Status als von Personalautonomie definierte Volksgruppe. Wie das zerschlagene Jugoslawien (und die frühere Habsburgermonarchie) war der neue „Unabhängige Staat Kroatien“, der weder Staat noch unabhängig noch kroatisch war, ein Vielvölkergebilde par excellence. Und dieser Vielvölkercharakter stand im eklatanten Widerspruch zum Konzept der Ustaša-Führung.⁵⁸

Unterstützt von Sympathisanten und allgegenwärtigen Opportunisten, darunter zahllose Beamte, sowie mit Hilfe der deutschen Besatzungsmacht errichtete der „Poglavnik“ (Führer) Pavelić ei-

55 SUNDHAUSSEN, Der Ustascha-Staat; s. mit weiteren Literaturangaben Anm. 58.

56 MICHELETTA, La resa dei conti, bzw. auch die Beiträge in CACCAMO/MONZALI (Hgg.), L'occupazione italiana della Jugoslavia; s. a. HOĐŽIĆ, Italienische Historiographie zur italienischen Besatzung.

57 Vgl. BURGWIN, Empire on the Adriatic; BARIĆ, Ustaše na Jadranu. Für eine konzise Zusammenschau über den USK in Bosnien s. BOUGAREL, Survivre aux empires, 95–127.

58 Vgl. für Gesamtdarstellungen zum USK: HORY/BROSZAT, Der kroatische Ustascha-Staat; LENGEL-KRIZMAN, Ustaše i Nezavisna Država Hrvatska; JELIĆ-BUTIĆ, Ustaše i Nezavisna država Hrvatska; KRIZMAN, Ustaše i Treći Reich.

Der „Unabhängige Staat Kroatien“ (1941–1945)

nen „Führerstaat“ nach deutschem und italienischem Muster. So wie das „Dritte Reich“ mit Blick auf die exponierte Stellung des Institutionengeflechts der SS als „SS-Staat“ bezeichnet worden ist, so war der USK ein „Ustaša-Staat“.⁵⁹ Die anfängliche Begeisterung vieler Kroaten (namentlich in den Städten) und der katholischen Kirche über die „Auferstehung“ Kroatiens wich jedoch schnell tiefer Ernüchterung, so dass es dem Regime nicht gelang, eine gefestigte Massenbasis zu gewinnen. Auch namhafte Vertreter des „Dritten Reiches“ vor Ort (mit Ausnahme des Gesandten Siegfried Kasche) gingen bald auf Distanz zu den neuen Machthabern. „Die schmale Basis, die wir der Regierung Pavelić bei der Gründung des Staates gaben, erweist sich immer mehr als Fehler“, schrieb General Glaise von Horstenau Anfang November 1941 an das Oberkommando der Wehrmacht.⁶⁰ Ende Januar 1942 fügte er hinzu:

[Einig sind] sich alle Volksteile mit verschwindenden Ausnahmen in der entschiedenen Ablehnung der Ustascha-Bewegung als staatstragender Einheitspartei. Der Haß gegen sie ist kaum mehr zu überbieten. Repräsentanten der Bewegung machen sich durch Überheblichkeit, Willkür, Raffsucht, Korruption stets aufs Neue unbeliebt. Zudem hören auch Untaten, Raub und Mord nicht auf.⁶¹

„Jeder Lausejunge, aber auch jedes kriminell evidentierte Individuum“, so ein Mitarbeiter Glaise-Horstenaus, „kann in diesem Staate Ustascha werden und als solcher so viel Waffen besitzen, als ihm nur beliebt.“⁶² Grund für die zunehmende Distanz zwischen dem Regime und einem Großteil der kroatischen Bevölkerung waren die Willkürherrschaft und Zügellosigkeit der irregulären Ustaša-Milizen (der sog. „wilden Ustaša“), die als Warlords einen Rache- und Beutekrieg auf eigene Faust führten, auf der einen sowie die territorialen Verluste in Dalmatien und die überaus fragwürdige „Souveränität“ des neuen „Staates“ auf der anderen Seite. Doch obwohl die Erosion des Ustaša-Regimes nicht zu verkennen war, hielt Hitler bis Kriegsende unbeirrt an Pavelić fest.⁶³

Unmittelbar nach der „Machtergreifung“ gingen die Ustaša an die Realisierung ihrer „großkroatischen“ Phantasien. Während die bosnischen Muslime zum „reinsten Teil“ der kroatischen Nation (als „Kroaten islamischen Glaubens“) deklariert wurden, sahen sich die Serben vielfältigen Diskriminierungen, Verfolgungen und schließlich einem Völkermord ausgesetzt. Zum Teil wurden sie als zwangsweise zur Orthodoxie bekehrte Kroaten betrachtet, die es nun zu „rekatholisieren“ galt, zum anderen Teil als „echte Serben“, d. h. als Eindringlinge, die auf „kroatischem“ Boden nichts zu suchen hatten. Die Konsequenz waren „ethnische Säuberungen“: Zwangskatholisierungen im ersten sowie Umsiedlung, Vertreibung und Völkermord im zweiten Fall.⁶⁴ Wie Hitler ein „judenfreies“ Europa anstrebte, so strebte Pavelić ein „serbenfreies“ „Großkroatien“ an. Ein „Masterplan“ dafür existierte freilich nicht, so dass die Verfolgungen häufig chaotische Züge an-

⁵⁹ SUNDHAUSSEN, Der Ustascha-Staat.

⁶⁰ Zitiert nach SUNDHAUSSEN, Geschichte Jugoslawiens, 120.

⁶¹ FRICKE, Kroatien, 69.

⁶² Ebd., 36.

⁶³ SUNDHAUSSEN, Wirtschaftsgeschichte Kroatiens.

⁶⁴ SIMON, Religion und Gewalt; BRONDICH, Religion and Nation in Wartime Croatia; ĐURIĆ, Prekrštavanje Srba; KRIŠTO, Sukob simbola.

nahmen, regional variierten und deutlichen Schwankungen in der Umsetzung ausgesetzt waren.⁶⁵ Das Regime gab mit dem Erlass von Gesetzen, der Errichtung von Konzentrationslagern, der Einführung von Sondergerichten und der Etablierung von Verfolgungsorganen, die dem deutschen „Reichssicherheitshauptamt“ nachgebildet waren, die Rahmenbedingungen vor und ermöglichte die Gewalteskalation, die stets mit Raub und Plünderung verbunden war und an denen sich viele bisher unbescholtene Bürgerinnen und Bürger (darunter auch zahllose Kroatien-Deutsche) beteiligten.⁶⁶ Die Hasskampagnen gegen Serben und Juden in den regimetreuen Medien sorgten für klare Feindbilder und förderten das Klima der Gewalt.⁶⁷ Zwar stellte das Wüten der irregulären Milizen das Gewaltmonopol des Regimes und die „staatliche“ Ordnung insgesamt in Frage, so dass sich Pavelić zu (halbherzigen) Gegenmaßnahmen gezwungen sah und sich bemühte, den Terror in „geordnete“ Bahnen zu lenken, doch fügte es sich ein in den angestrebten nationalen Homogenisierungsfuror und war dessen letzte Konsequenz. Hunderttausende von Serben aus Bosnien-Herzegowina oder den Gebieten der früheren kroatisch-slawonischen Militärgrenze flohen oder wurden vertrieben. Andere wurden von irregulären Ustaša-Banden an Ort und Stelle brutal ermordet.⁶⁸ Sehr viele wurden von den regulären Milizen in eines der zahlreichen Konzentrationslager des USK eingewiesen, unter denen das Lager Jasenovac (an der Einmündung der Una in die Save) traurige Berühmtheit erlangte.⁶⁹

Das Terrorregime Pavelićs trieb mehr und mehr Menschen in den Widerstand, zuerst die von Verfolgung und Vernichtung bedrohten Serben, dann oppositionelle Kroaten und schließlich Muslime, die bald zwischen die Mühlsteine des kroatischen und serbischen Nationalismus gerieten.⁷⁰ Zu den ethnischen Spannungen kamen ideologische Gegensätze (zwischen serbisch-royalistischen Četniks u. jugoslawisch-kommunistischen Tito-Anhängern, von denen weiter unten noch die Rede sein wird) sowie die divergierenden Eigeninteressen der beiden Besatzungsmächte. Das Ergebnis war ein Krieg an vielen Fronten, ein Krieg „aller gegen alle“, unter dem vor allem die ethnisch gemischte Bevölkerung in Bosnien-Herzegowina zu leiden hatte. Lange vor Kriegsende stand der USK nur noch auf dem Papier. Immer mehr Teile des Landes entzogen sich der Regierungsaufsicht und wurden entweder von einer der beiden Widerstandsbewegungen kontrolliert oder unterstanden der militärischen Exekutive durch die Besatzungsmächte.⁷¹ Dank des ver-

⁶⁵ KORB, Im Schatten des Weltkriegs; ADELI, Resistance to the Persecution of Ethnic Minorities.

⁶⁶ Vgl. für die Erlässe, Gesetze und Proklamationen Zbornik zakona i naredaba Nezavisne Države Hrvatske. Für die damit eihergehende rassistischen u. kulturpolitischen Zielsetzungen s. YEOMANS, Visions of Annihilation; BLAŽEVIĆ/ALIJAGIĆ, Antižidovstvo i rasno zakonodavstvo, 902–911.

⁶⁷ Vgl. für eine einsichtsreiche Fallstudie etwa GREBLE, Sarajevo.

⁶⁸ Vgl. DULIĆ, Utopias of Nation; ŠARAC, Kultura selektivnog sjećanja; ROKSANDIĆ, Spatial and Temporal Logics of Violence.

⁶⁹ GOLDSTEIN, Jasenovac; PARIS, Genocide in Satellite Croatia.

⁷⁰ Siehe zur Situation der bosnisch-herzegowinischen Muslime (bis 1950) samt Überblick zur Forschungsliteratur HOARE, The Bosnian Muslims.

⁷¹ Vgl. hierzu etwa GUMZ, Wehrmacht Perceptions of Mass Violence; KARAKAŠ-OBRADOV, Migracije srpskog stanovništva na području Nezavisne Države Hrvatske; JELIĆ-BUTIĆ, Četnici u Hrvatskoj; HUREM, Bosna i Hercegovina u Drugom svjetskom ratu; BERGHOLZ, Violence as a Generative Force.

stärkten Einsatzes von deutscher Wehrmacht und Waffen-SS konnte sich Pavelićs Schattenregime noch bis Mai 1945 behaupten. Mit den deutschen Truppen zogen sich schließlich auch die Ustaša-Milizen, die kroatische Armee (Domobranstvo) und viele Zivilisten nach Österreich zurück und ergaben sich den britischen Truppen, die sie an Einheiten der Volksbefreiungsarmee unter General Milan Basta auslieferten, die die Betroffenen aus Österreich nach Jugoslawien zurückführen sollten. Bereits an Ort und Stelle der Überstellung ist es zu Massenliquidationen gekommen („Tragödie von Bleiburg“). Die anschließenden „Todesmärsche“ von der österreichischen Grenze durch Slowenien und Kroatien in die Vojvodina waren begleitet von weiteren Erschießungen, Misshandlungen und Todesfällen wegen Erschöpfung oder Krankheit. Stellvertretend erwähnt sei das Massaker im Hornwald (Kočevski Rog) in der 1943 aus volkspolitischen Gründen und wegen Drucks durch die Partisanen ausgesiedelten deutschen Sprachinsel Gottschee (Kočevje) in Slowenien, wo es zu Massenhinrichtungen kam. Diejenigen, die die Bestimmungsorte der 500 km langen Märsche erreichten, wurden in einer Vielzahl von Lagern untergebracht und zu Zwangsarbeiten herangezogen. Verlässliche Angaben über die Opfer der „Tragödie von Bleiburg“ und der „Todesmärsche“ – beide werden kroatischerseits auch unter dem Begriff „Kreuzweg“ (križni put) zusammengefasst – gibt es bis heute nicht (schätzungsweise ist von 55.000 Toten die Rede).⁷²

Die Zahl der Opfer des Ustaša-Regimes gehört zu den umstrittensten Themen in der Nachkriegshistoriographie und hat seit Mitte der 1980er Jahre einen serbisch-kroatischen Propagandakrieg ausgelöst. Die im zweiten jugoslawischen Staat stereotyp verbreitete Behauptung, allein im KZ Jasenovac seien 500.000–700.000 Menschen ermordet worden, hält nüchterner Überprüfung nicht stand.⁷³ Realistischerweise wird man die Gesamtzahl der Kriegsoffer auf dem Territorium des USK (gemeint sind die Opfer *aller* am Krieg beteiligten Parteien) auf ca. 600.000 Menschen (Serben, bosn. Muslime, Kroaten sowie Juden u. Roma) beziffern können, davon deutlich weniger als 100.000 im KZ Jasenovac (mit ca. 50.000 Serben als stärkster Opfergruppe) – s. ergänzend Kap. 6.9: Bevölkerungsverluste.

6.5 ETHNO- UND RASSENPOLITIK

6.5.1 Umriss einer „völkischen Neuordnung“ Südosteuropas

Die *territoriale* „Neuordnung“ war eng verbunden mit den Vorstellungen von einer *ethnischen* „Neuordnung“ bzw. mit dem, was seit den 1990er Jahren als „ethnische Säuberung“ bezeichnet wird. Hitler erklärte am 6. Oktober 1939 vor dem deutschen Reichstag: Die „wichtigste Aufgabe“ einer „Sanierung“ Europas sei „eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse, das heißt,

⁷² Vgl. SABLJAK/SMOLJAN, *Povlačenje 1945*; für tiefgreifende und kritische Auseinandersetzungen mit bestehenden Opferzahlen siehe v. a. ŽERJAVIĆ, *Opsesije i megalomanije*; DERS., *Population Losses in Yugoslavia*.

⁷³ Dementsprechend unrealistisch sind die Angaben bei HEINSOHN, *Lexikon der Völkermorde*, 193f., 228. Vgl. für eine detaillierte Darstellung einer namentlichen Zählung von Opfern in Jasenovac: *Poimenični popis žrtava koncentracijskog logora Jasenovac* (Hgg. SMREKA/MIHOVILOVIĆ).

eine Umsiedlung der Nationalitäten so, dass sich am Abschluss der Entwicklung bessere Trennungslinien ergeben, als es heute der Fall ist“.⁷⁴ Die Idee, „to unmix populations“, war als ultima ratio zur Lösung von Konflikten zwischen Staaten mit ethisch gemischter Bevölkerung spätestens seit der griechisch-türkischen Konvention von Lausanne 1923 (s. die Beiträge PEZO, Kap. 3.5.2; MANER, Kap. 4.2.4) international akzeptiert – mit schlechtem Gewissen zwar, aber verstanden als „kleineres Übel“. Viele politische Akteure – von Hitler über Stalin bis Churchill – haben sich auf dieses „Modell“ berufen. Auch in Südosteuropa gab es zahlreiche Befürworter ethnischer Zwangs-umsiedlungen. Das Streben nach ethnisch homogenen Staaten (eine Nation – ein Staat) befand sich seit der modernen Nationalstaatsbildung auf der politischen Agenda und war bereits vor dem Lausanner Abkommen in vielfältiger Form (zumeist in Gestalt von Vertreibungen, Animation zur Flucht od. Massenmord) praktiziert worden – vgl. Beiträge CLEWING, Kap. 1.3.3; GRANDITS, Kap. 2.3.3 u. 2.4.2f.; PEZO, Kap. 3.6. Hitlers Forderung nach einer „ethnischen Flurbereinigung“ stieß daher nicht nur bei Verbündeten und Kollaborateuren, sondern auch bei vielen seiner Gegner auf unverhohlene Zustimmung (nur die anvisierten Opfer änderten sich).⁷⁵ Der Weltkrieg und die Umgestaltung der politischen Landkarte heizten die Phantasien zur „völkischen Neuordnung“ an. In Deutschland ging der im Herbst 1939 zum „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“ ernannte Heinrich Himmler mit „gutem“ Beispiel voran. Seine Dienststelle, die „Volksdeutsche Mittelstelle“ (VOMI), konzipierte und dirigierte die „Rückführung“, „Umsiedlung“ und „Ansiedlung“ derjenigen „Volksdeutschen“, die ihre bisherige Heimat verlassen sollten/mussten und zur Stärkung/Konsolidierung des Deutschtums in anderen Regionen benötigt wurden („Heim ins Reich“), unter ihnen die Deutschen aus der Nordbukowina, aus Bessarabien, aus der Südbukowina und der Dobrudscha (Herbst 1940) sowie später die Gottscheer Deutschen (aus Slowenien), die Deutschen aus Bosnien u. a. kleinere Gruppen. „Himmler verschiebt augenblicklich die Völker. Nicht immer mit Erfolg“ notierte Josef Goebbels in sein Tagebuch.⁷⁶ Gegen Kriegsende brach Himmlers Konzept, das lange vorher an die Grenzen der Machbarkeit gestoßen war und einen kumulativen Prozess der Radikalisierung ausgelöst hatte, endgültig zusammen. Die Umsiedlung ging in Evakuierung, Fluchtbewegungen oder Vertreibung über, wobei die Grenzen fließend blieben (Deutsche aus Transnistrien, Siebenbürgen, Syrmien u. Slawonien, teilweise Banat u. Batschka). Auf der Konferenz von Potsdam (17. Juli–2. Aug. 1945) griffen die Siegermächte Hitlers „Sanierungskonzept“ auf und erkannten im Abschlussprotokoll (Absatz XIII) an, „dass der Transfer deutscher Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muss“.⁷⁷

Die Machthaber in Südosteuropa hatten die NS-Umsiedlungspläne mit Begeisterung aufgegriffen. Bereits kurz nach Zerschlagung Jugoslawiens hatte Deutschland mit dem „Unabhängi-

⁷⁴ Reichstagsrede Adolf Hitlers, 6. Okt. 1939, zitiert nach BEER, Umsiedlung, Vernichtung, Vertreibung, 125.

⁷⁵ Einen Überblick zu Forschungsstand und bestehenden Plänen, der Umsetzung, den Folgen von Krieg und Zwangsmigration, mit Fokus auf Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien, Ungarn und die Jahre zwischen 1940 und 1950, gibt der Sammelband von BEER (Hg.), Krieg und Zwangsmigration in Südosteuropa; s. außerdem SCHWARTZ, Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne.

⁷⁶ Zitiert nach BEER, Umsiedlung, Vernichtung, Vertreibung, 127.

⁷⁷ Zitiert nach BRANDES, s. v. Konferenz von Potsdam.

gen Staat Kroatien“ ein „Umsiedlungsabkommen“ geschlossen. Kernstück der Vereinbarung war die geplante Deportation von 180.000 Slowenen aus den von Deutschland annektierten Teilen Sloweniens nach Kroatien sowie die Abschiebung von 200.000 Serben aus Kroatien nach Serbien.⁷⁸ Parallel zur Entfernung der Serben aus dem USK sollten Kroaten aus der Diaspora in ihr Herkunftsland zurückgeholt werden. Da das Ustaša-Regime aber nicht in der Lage war, die „Umsiedlung“ der Serben in vertraglich geregelter Form durchzuführen und die deutschen Besatzungsorgane in Serbien massiven Protest gegen die „wilden“ Deportationen erhoben, wurde die Ringvertreibung nach einigen Monaten abgebrochen.⁷⁹ „Das Deutsche Reich und Kroatien waren nicht die einzigen Staaten, die die Zerschlagung Jugoslawiens und die Grenzverschiebungen in der Region für die ethnische Homogenisierung nutzen wollten. Auch italienische, ungarische, bulgarische, albanische sowie serbische Behörden, Armeen oder Milizen sahen Vertreibungen als das richtige Mittel, um den Nationalstaat zu homogenisieren oder um Ansprüche auf neu erworbene Gebiete zu zementieren.“⁸⁰ Auch außerhalb Jugoslawiens erlebte die Ethnopolitik einen neuen Höhepunkt. Bei Beginn des Russlandfeldzuges erklärte Rumäniens Staatsführer Antonescu:

Ich weiß nicht, wann, nach wie vielen Jahrhunderten die rumänische Nation noch einmal diese völlige Handlungsfreiheit bekommen wird, mit der Möglichkeit einer völkischen Reinigung und nationaler Revision. Dies ist die Stunde, in der wir Herren in unserem eigenen Hause sind.⁸¹

Die Aussicht auf Raub fremden Eigentums wirkte bei der Entfernung unerwünschter Bevölkerungsgruppen überall stimulierend mit. Viele Menschen, die sich unter anderen Umständen vielleicht nie etwas hätten zuschulden kommen lassen, verhielten sich unter den gegebenen Bedingungen nach dem Sprichwort „Gelegenheit macht Diebe“ und lebten die ganze Palette menschlicher Niederträchtigkeiten aus.

Nicht nur Hitler und seine Verbündeten, sondern auch seine Gegner trugen sich mit Umsiedlungs- oder Vertreibungsplänen. Schon 1937 hatte der serbische Historiker Vasa Čubrilović einen detaillierten Plan zur Umsiedlung der Albaner („Arnauten“) ausgearbeitet.⁸² Im Jahr darauf war ein Abkommen mit der Türkei geschlossen worden, das die Umsiedlung von 40.000 „türkischen“

⁷⁸ Vgl. zum slowenischen Kontext, der am Ursprung dieser Vertreibungsdynamik stand und wo bald von den Okkupationsmächten eine besondere Gewaltdynamik in Gang gebracht wurde u. a. HARRIMAN, *Slovenia under Nazi Occupation*; FERENC, *Nacistička politika denacionalizacije*; JEZERNIK, *Struggle for Survival*; GRIESSER-PEČAR, *Das zerrissene Volk*; BLUMENWITZ, *Okkupation und Revolution*; JOGHEM/SEIDERER, *Entrechtung, Vertreibung, Mord*; PIRJEVEC, *Resistance, Suffering, Hope*; OSTI GUERRAZZI, *The Italian Army in Slovenia*.

⁷⁹ MILOŠEVIĆ, *Izbeglice i preseljenici*; KARAKAŠ-OBRAĐOV, *Migracije srpskog stanovništva na području Nezavisne Države Hrvatske*; DIES., *Novi mozaici nacija*.

⁸⁰ KORB, *Im Schatten des Weltkriegs*, 177.

⁸¹ Zitiert nach BURLEIGH, *Die Zeit des Nationalsozialismus*, 717, bzw. auch BEER, *Umsiedlung, Vernichtung, Vertreibung*, 129f.

⁸² Der Wortlaut des oft zitierten Referats, gehalten am 7. März 1937, findet sich bei ČUBRILOVIĆ, *Iseljavanje Arnauta*; zu Čubrilović und den serbischen Vertreibungsdiskursen der 1930er Jahre PEZO, *Zwangsmigration in Friedenszeiten?*, 275–279.

Familien aus Kosovo und Makedonien in die Türkei vorsah, aber infolge des Zweiten Weltkrieges nicht mehr umgesetzt werden konnte.⁸³ Während des Krieges trugen sich führende Mitglieder der serbischen Widerstandsbewegung – Četniks (s. u. Kap. 6.6.2) – mit dem Plan, innerhalb Nachkriegsjugoslawiens ein „Großserbien“ einzurichten und dieses von ethnischen Minderheiten, rund 2,7 Millionen Menschen, zu „säubern“. Soweit die Umstände dies zuließen, gingen Četniks während des Krieges bereits dazu über, diese Zukunftsvision im lokalen Maßstab umzusetzen.

Umsiedlung und Vertreibung waren nicht mit Massen- oder Völkermord identisch. Aber immer dann, wenn eine geregelte Entfernung der unerwünschten Bevölkerung auf – kurzfristig unüberwindbare – Hindernisse stieß (Versorgungsprobleme, logistische Engpässe, Aufstandslage oder Verweigerungshaltung der Staaten, die die Vertriebenen aufnehmen sollten), konnte Umsiedlung/Vertreibung zum Massenmord eskalieren.

6.5.2 *Der Holocaust*

„Den entscheidenden Sprung vom Verschwinden durch Vertreibung zum Verschwinden durch systematischen Massenmord“ stellte die Vernichtung der Juden dar.⁸⁴ Da der Holocaust verhältnismäßig gut erforscht ist, beschränken sich die nachfolgenden Ausführungen auf eine kurze Zusammenfassung. Nach der Wannseekonferenz am 20. Januar 1942, auf der die obersten Behörden des „Dritten Reiches“ vom Chef des Sicherheitsdienstes Reinhard Heydrich über die „Endlösung“ der Judenfrage in Europa unterrichtet worden waren, sah sich die jüdische Bevölkerung in den von Deutschland besetzten oder mit ihm verbündeten Ländern Südosteuropas von verschärfter Verfolgung bis hin zum Völkermord bedroht. Die Lage der Juden differierte allerdings von Land zu Land, mitunter von Region zu Region, beträchtlich. Der Grad ihrer Bedrohung richtete sich nach Stärke und Ausdrucksform des einheimischen Antisemitismus und der daraus resultierenden Kollaborationsbereitschaft mit den NS-Organen, nach dem Ausmaß des Druckes, den die deutsche Politik ausüben konnte, nach politischen Opportunitätserwägungen der jeweiligen Regierung (Rücksichtnahme auf die Alliierten für den Fall eines separaten Waffenstillstands) und nicht zuletzt nach der öffentlichen Meinung in den einzelnen Ländern.⁸⁵

Im deutsch besetzten Serbien und im jugoslawischen Banat hatte der Massenmord an den über 17.000 Juden bereits vor der Wannseekonferenz begonnen. Durch die kollektive Gleichsetzung von Juden, Kommunisten und Partisanen gerieten die Juden bei der Bekämpfung des Widerstands seit Spätsommer 1941 zunehmend in das Visier der Besatzungsmacht und wurden im Zuge von „Verteilungsmaßnahmen“ – sowie unabhängig davon – von Wehrmachteinheiten, der „Einsatzgruppe

⁸³ Siehe im Detail PEZO, *Zwangsmigration in Friedenszeiten?*, 164–189.

⁸⁴ BROWNING, *Die Entfesselung der „Endlösung“*, 614.

⁸⁵ Einen Überblick über das Geschehen in Südosteuropa bieten die Bde. 13–15 (Bd. 13: Slowakei, Rumänien, Bulgarien; Bd. 14: Besetztes Südosteuropa und Italien; Bd. 15: Ungarn 1944–1945) der jüngst publizierten Quellenedition „Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945“. Abgesehen von der Präsentation zentraler Quellentexte vermitteln die umfangreichen Bändeinleitungen einen Überblick über die Forschungsliteratur und geben sehr gute Einblicke in die Vorgänge vor Ort; s. a. VULESICA/KRÁLOVÁ/ANTONIOU (Hgg.), *Jewish Life in Southeast Europe*.

der Sicherheitspolizei und des SD“ oder von der Gestapo an Ort und Stelle oder in Lagern (v. a. im Belgrader Lager Sajmište) ermordet. Ende August 1942 erklärte der Chef der Zivilverwaltung in Serbien, SS-Gruppenführer Harald Turner, Serbien sei das „einzige Land“, in dem die „Juden- und Zigeunerfrage“ endgültig „gelöst“ sei.⁸⁶ Die Slowakei und der „Unabhängige Staat Kroatien“, die ihre Existenz der nationalsozialistischen „Neuordnung Europas“ verdankten, übernahmen die „Rassegesetzgebung“ des „Dritten Reiches“ nahezu wörtlich. Da es aber in beiden Ländern Juden gab, auf deren Qualifikation die Machthaber nicht verzichten konnten, wurden für die betreffenden Personen Sonderbestimmungen erlassen. Die Mehrheit der übrigen slowakischen Juden wurde ab Frühjahr 1942 in einheimischen Konzentrationslagern interniert und nach der deutschen Besetzung des Landes im Spätsommer 1944 ermordet.⁸⁷ Der größere Teil der kroatischen Juden kam im Lande selbst durch das Ustaša-Regime um (allen voran im KZ Jasenovac), die übrigen Opfer wurden den NS-Schergen ausgeliefert. Von den knapp 90.000 slowakischen und den 30.000–39.000 Juden in Kroatien und Bosnien-Herzegowina fielen ca. 65.000 respektive 30.000 Personen dem Massenmord zum Opfer.⁸⁸ Dagegen verzögerte sich die Vernichtung der Juden in den italienischen Besatzungszonen Griechenlands und Jugoslawiens bis zum Herbst 1943 bzw. erfolgte im albanischen Sonderfall angesichts von Widerständen aus Bevölkerung und Politik nicht – Albanien, das vor dem Krieg nur wenige Hundert Juden beheimatete, entwickelte sich zum Zufluchtsort von über 2.000 verfolgten Juden aus Mittel- u. Südosteuropa.⁸⁹ Grund für die Verzögerung war die Hinhaltetaktik der Italiener, die eine einheitliche Politik gegenüber den Juden im nationalsozialistischen Sinn unmöglich machte. Die Italiener setzten der Deportation von Juden in die NS-Vernichtungslager nachhaltigen Widerstand entgegen. Die Motive dafür sind in der Forschung umstritten. Die lange Zeit vertretene These, dass die Judenverfolgung den „humanitären“ Grundsätzen der italienischen Armee widersprochen habe und deshalb missachtet worden sei („Italiani – brava gente“), ist in jüngeren Forschungen stark relativiert worden.⁹⁰ Dagegen scheint die zunehmende Kluft zwischen den „Achsenmächten“ bzw. die italienische Opposition gegen den deutschen Bündnispartner sowie der

⁸⁶ Vgl. MANOSCHEK, „Serbien ist judenfrei“; DERS., Die Vernichtung der Juden; LEVENTAL (Hg.), Zločini fašističkih okupatora; ROMANO, Jevreji Jugoslavije 1941–1945; BROWNING, Wehrmacht Reprisal Policy; SUNDHAUSSEN, Jugoslawien; BROWNING, The Semlin Gas Van; RISTOVIĆ, U potrazi za uotočistem; SHELACH, Sajmište; FRIEDMANN, Die Vernichtung der Juden in Jugoslawien; BOŽOVIĆ, Stradanje Jevreja u okupiranom Beogradu; ČULIBRIK, History of the Holocaust; jüngst ALEKSOV, Jewish Refugees in the Balkans.

⁸⁷ Vgl. ROTHKIRCHEN, The Destruction of Slovak Jewry; LIPSCHER, Die Juden im Slowakischen Staat; MENSFELDT, The Tragedy of the Jews of Slovakia; BRANDMÜLLER, Holocaust in der Slowakei; KAMENEC, On the Trail of Tragedy.

⁸⁸ Vgl. KOSTICH, Holocaust in the Independent State of Croatia; GOLDSTEIN/GOLDSTEIN, Holocaust u Zagrebu; LENGEL-KRIZMAN, Genocid nad Romima; GOLDSTEIN, Judengenozid im Unabhängigen Staat Kroatien; LITUCHY (Hg.), Jasenovac and the Holocaust in Yugoslavia; GITMAN, When Courage Prevailed; McCORMICK, Croatia under Ante Pavelic; GOLDSTEIN/GOLDSTEIN, The Holocaust in Croatia; GOLDSTEIN, Jasenovac; VULESICA, Being a Jew in Zagreb; ALEKSOV, Jewish Refugees in the Balkans.

⁸⁹ Siehe zu Albanien die konzise Darstellung (samt weiterführenden Literaturangaben) in der Einleitung der Quelledition: Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, Bd. 14 (Bearb. BERGER u. a.), 78–88; als eindrucksvolle Egoquelle: JAKOEL, Izraelitët në Shqipëri.

⁹⁰ Vgl. RODOGNO, Italiani brava gente?; DERS., Il Nuovo Ordine mediterraneo; KNOX, Das faschistische Italien; SANTARELLI, Muted Violence; DI SANTE, Italiani senza onore, bzw. GOBETTI, L'occupazione allegra; FONZI, Oltre i confini; ALEKSOV, Jewish Refugees in the Balkans.

Dauerkonflikt mit dem Ustaša-Regime eine wichtige Rolle gespielt zu haben. Jedenfalls konnte die „Endlösung“ durch die Deutschen in der Regel erst nach der italienischen Kapitulation in Angriff genommen werden – sowohl in den Besatzungszonen Jugoslawiens wie auch Griechenlands. Allein aus Griechenland (insbes. Thessaloniki) wurden etwa 59.000 (der insges. über 70.000) Juden abtransportiert und ermordet (die überwiegende Mehrheit davon im KZ Auschwitz).⁹¹

Anders lagen die Verhältnisse beim deutschen Bündnispartner Bulgarien. Dort hatte der Antisemitismus nie eine herausragende Rolle gespielt, wenngleich es auch in Bulgarien unter deutschem Druck zu antijüdischen Gesetzen und Diskriminierungsmaßnahmen gekommen war. Während die rund 50.000 Juden (in den Grenzen Bulgariens bis 1940) ebenso wie die Juden in der Süddobrudscha, die die bulgarische Staatsangehörigkeit erhalten hatten, vom Holocaust verschont blieben, gab die Sofioter Regierung die Juden in den okkupierten Gebieten Makedoniens und Westthakiens (insges. über 11.000 Menschen) den NS-Verfolgern im Frühjahr 1943 preis. Bei der Opferung der makedonischen und thrakischen Juden kannten die Bulgaren offenbar keine Skrupel, da es sich nicht um ihre „eigenen“, sondern um „fremde“ Juden handelte.⁹² Auch die rumänische Regierung unter Marschall Ion Antonescu differenzierte zwischen den Juden in den ab Sommer 1941 zurückeroberten oder neu gewonnenen Gebieten (Bessarabien, Nordbukowina u. Transnistrien) und denen im übrigen Rumänien. Die überwiegende Mehrheit der mindestens 310.000 Juden im übrigen Rumänien (das unter ung. Herrschaft stehende Nordsiebenbürgen nicht mitgerechnet) überlebte den Zweiten Weltkrieg trotz gelegentlicher Pogrome. Dagegen wurden die Juden in der gesamten Bukowina und Bessarabien (soweit sie nicht schon von den sowj. Behörden verschleppt worden waren) seit Sommer 1941 nach Transnistrien deportiert. Die meisten von ihnen (etwa 100.000 Personen) bezahlten die Deportation mit dem Leben. Von den schätzungsweise 440.000 Juden, die in den Grenzen Rumäniens vom Frühjahr 1941 lebten (ohne die Juden in Nordsiebenbürgen u. ohne die von der Sowjetunion zwischen Sommer 1940 u. Sommer 1941 aus der Nordbukowina u. Bessarabien deportierten Juden), sind alles in allem etwa 120.000 dem Holocaust zum Opfer gefallen. Die Zahl der insgesamt in unter rumänischer Hoheit stehenden Gebiete ermordeten oder umgekommenen Juden wird auf 280.000–380.000 geschätzt.⁹³ In Ungarn, wo der sozial und politisch motivierte Antisemitismus seit Niederschlagung

⁹¹ Vgl.: ANTONIOU/MOSES (Hgg.), *The Holocaust in Greece*; In Memoriam (Hg. MOLHO), Bd. 3; AVNI, *Spanish Nationals in Greece*; MATSAS, *The Illusion of Safety*; SANTIN, *Der Holocaust*; German Foreign Office Documents on the Holocaust in Greece (Hg. DUBLON-KNEBEL); BOWMAN, *The Agony of Greek Jews*; SCHMINCK-GUSTAVUS, *Winter in Griechenland*; SALTIEL, *The Holocaust in Thessaloniki*; BENVENISTE, *Die Überlebenden*; KABALA (Hg.), *Νεότερος ελληνικός εβραϊσμός*.

⁹² MATKOVSKI, *The Destruction of Macedonian Jewry*; CHARY, *The Bulgarian Jews*; OSCHLIES, *Bulgarien*; RUCK-HABERLE/ZIESECKE (Hgg.), *Die Rettung der bulgarischen Juden*; TODOROV, *The Fragility of Goodness*; BAR-ZOHAR, *Beyond Hitler's Grasp*; NISSIM, *Der Mann, der Hitler stoppte*; RAGARU, *The Maddening Clocks of Local Persecution*; DIES., „Et les juifs furent sauvés ...“.

⁹³ Siehe die zwölfbändige *Quellenedition Documents Concerning the Fate of Romanian Jewry* (Hg. ANCEL); *Martiriul evreilor din România* (Hgg. ALEXANDRU u. a.); *Evreii din România*, Bd. 1 (Hgg. BENJAMIN u. a.); BUTNARU, *The Silent Holocaust*; DERS., *Waiting for Jerusalem*; BRAHAM (Hg.), *The Destruction of Romanian and Ukrainian Jews*; IOANID, *The Holocaust in Romania*; *Final Report* (Hgg. FRILING u. a.); HEINEN, *Rumänien, der Holocaust und die Logik der Gewalt*; BENZ/MIHOK (Hgg.), *Holocaust an der Peripherie*; GEISSBÜHLER, *Blutiger Juli*; GLASS, *Deutschland und die Verfolgung der Juden*.

der Räterepublik offizielles Programm war, blieben die rund 725.000 Konfessions-Juden (in den ung. Grenzen von 1941, d.h. einschließlich der Südslowakei, der Karpato-Ukraine, Nordsiebenbürgens, der Südbanaja u. der Batschka) trotz massiven deutschen Drucks bis zum Frühjahr 1944 von der Massenvernichtung verschont. Erst nach der deutschen Besetzung des Landes im März 1944 (Unternehmen „Margarethe“) konnten der für die Deportation der Juden in die NS-Vernichtungslager zuständige Referatsleiter im Reichssicherheitshauptamt Adolf Eichmann und seine Gehilfen mit dem Abtransport der Juden ins „Generalgouvernement“ beginnen. Insgesamt wurden rund 550.000 ungarische Juden bis Kriegsende ermordet.⁹⁴

Die Gesamtzahl der Holocaust-Opfer in Südosteuropa wird man mit allen quellen- und forschungsmäßig bedingten Vorbehalten auf mindestens 870.000 Männer, Frauen und Kinder beziffern können. Hinsichtlich der Dimension der Verbrechen war der Holocaust einzigartig. Nicht einzigartig waren die Verhaltensweisen der Akteure und Mitläufer. Diese können überall auftreten, wo die Regelwerke, die Menschen zum Schutz vor sich selbst ausgehandelt haben, außer Kraft gesetzt oder durch Regelwerke ersetzt werden, mit denen wir unsere Niederträchtigkeiten externalisieren: auf andere, die enthumanisiert und vernichtet werden sollen.

6.6 ESKALATION DER GEWALT IN DEN BESETZTEN GEBIETEN

6.6.1 *Besatzungsregime und Kollaboration*

Alle Okkupationsmächte gingen in den von ihnen kontrollierten Gebieten mehr oder minder rücksichtslos gegen die einheimische Zivilbevölkerung vor. In den annektierten oder zur Annexion vorgesehenen Territorien ergriffen sie zahlreiche Maßnahmen zur ethnischen und kulturellen „Unifizierung“ (Germanisierung, Rumänisierung, Magyarisierung u. Bulgarisierung) der jeweiligen Bevölkerung. Zu den längerfristigen Intentionen der Besatzungsmächte kamen die kurzfristigen Reaktionen auf den Widerstand, wobei – wie am Beispiel des Holocaust gezeigt wurde – Intention („Endlösung der Judenfrage“) und Reaktion (Antwort auf bewaffneten Widerstand) auch miteinander verknüpft werden konnten.⁹⁵ Politischer und insbesondere bewaffneter Widerstand wurden mit einer breiten Palette von Repressalien (Einweisungen in Konzentrationslager, Geiselnahmen, „Vergeltungsaktionen“, Vertreibungen u. ä.) beantwortet. Schon anlässlich der ersten

⁹⁴ Vgl. MARGITTAI, „Zsidókérdés“ a Délvidéken; BRAHAM, *The Politics of Genocide*; DERS., *The Hungarian Jewish Catastrophe*; DERS. (Hg.), *Studies on the Holocaust in Hungary*; DERS./VANDEN HEUVEL (Hgg.), *The Auschwitz Reports and the Holocaust*; BRAHAM, *Bibliography of the Holocaust in Hungary*; CESARANI (Hg.), *Genocide and Rescue*; GERLACH/ALY, *Das letzte Kapitel*; МИНОК (Hg.), *Ungarn und der Holocaust*; UNGVÁRY, *Deportation, Population Exchange and Certain Aspects of the Holocaust*; TÖNSMEYER, *Der Raub jüdischen Eigentums*.

⁹⁵ Dies konnte sich in ganz spezifischen lokalen „Logiken“ vollziehen; vgl. dazu (auch für konzeptionelle Forschungsüberlegungen) etwa BOUGAREL/GRANDITS/VULESICA (Hgg.), *Local Dimensions of the Second World War*. Für eine Einordnung der jüngsten Forschungsentwicklungen zum Zweiten Weltkrieg auf dem Balkan in den Historiographien der Länder Südosteuropas s. a. das von Sabine RUTAR (Hg.) verantwortete Sonderheft der Zeitschrift *Südosteuropa* 65 (2017), H. 2 (mit Länderüberblicken), unter dem Titel *The Second World War in Historiography and Public Debate*.

Unruhen in Jugoslawien sprach Hitler Ende Juli 1941 die „Erwartung“ aus, dass der zuständige deutsche Befehlshaber „durch brutales Einschreiten und schärfste Repressalien die Unruheherde ausbrennt“.⁹⁶ Durch den berüchtigten Befehl Nr. 888 des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) vom 16. September 1941 wurde die Hinrichtung von 50–100 Zivilpersonen für jeden aus dem Hinterhalt getöteten deutschen Soldaten angeordnet.⁹⁷ In Ausführung dieses Befehls kam es im Herbst 1941 in Serbien (v. a. in Kragujevac u. Kraljevo) zu mehreren Massensexekutionen. Am schärfsten und konsequentesten verfolgt wurden seinerzeit tatsächliche oder vermeintliche Kommunisten sowie Juden und angesehene Bürger. Keiner der rund 2.300 Zivilisten, die am 21. Oktober in Kragujevac als Vergeltung für einen in der Umgebung ausgeführten Partisanenüberfall exekutiert wurden, darunter Schüler und Lehrer des örtlichen Gymnasiums, stand zu den Vorfällen, die „gesühnt“ werden sollten, in irgendeiner Beziehung. Die deutsche Kreiskommandantur wies in ihrem Tätigkeitsbericht darauf hin, dass es in Kragujevac keinen einzigen Anschlag auf Wehrmachtsangehörige oder „Volksdeutsche“ gegeben habe, die Bürgerschaft sich vielmehr stets loyal und zur Zusammenarbeit (also zur Kollaboration) bereit gezeigt habe. „Eine Erschießung zum Teil völlig Unschuldiger aus hiesiger Stadt kann nach meinem Dafürhalten direkt verheerende Auswirkungen haben.“⁹⁸

Obwohl die Vergeltungsquote im Dezember 1941 um die Hälfte herabgesetzt wurde, nahmen die Zahl der Massenhinrichtungen und die Zwangseinweisungen in Konzentrationslager nur langsam ab. Nach Angaben der Wehrmacht hatte Serbien in den zwei Monaten von September bis November 1941 rund 35.000 Tote zu beklagen, die als Geiseln für 160 getötete und 370 verwundete deutsche Soldaten hingerichtet wurden.⁹⁹ (In anderen Berichten wird die Zahl der „Sühneopfer“ auf über 20.000 beziffert.) Im Prozess gegen die Südost-Generäle vor dem amerikanischen Militärtribunal V in Nürnberg stellte das Gericht 1948 fest, dass die Geiselnahme und Erschießung von Geiseln nach geltendem Kriegsrecht zwar erlaubt sei, dass aber „eine Sühnemaßnahme den Grad der verbrecherischen Handlung, die sie berichtigen soll, nicht überschreiten darf. Wenn solch ein Überschreiten wissenschaftlich begangen wird, so wird sie zum Verbrechen und kann bestraft werden.“¹⁰⁰ Mit anderen Worten: Das Militärgericht verurteilte nicht die Geiseler-schießungen an sich, sondern verurteilte die Unverhältnismäßigkeit bzw. das „Übermaß“ an Geiseler-schießungen als Verbrechen. Kriegsrechtlich sind Aktivitäten bewaffneter Partisanen nach der Kapitulation der regulären Armee tatsächlich illegal. Darauf haben sich die verantwortlichen Kommandeure der Besatzungsmächte bei ihren Vergeltungsmaßnahmen berufen. Zumindest in der Anfangsphase des Widerstands wiesen die Partisanen in der Tat nicht die kriegsrechtlich erforderlichen Merkmale auf, um als Kombattanten anerkannt zu werden. Das änderte sich im Verlauf des Krieges, wie

⁹⁶ Vgl. SUNDHAUSSEN, *Improvisierte Ausbeutung*; DERS., s. v. *Zweiter Weltkrieg*; s. a. *Europa unterm Hakenkreuz*, Bd. 6 (Hg. SECKENDORF); *Europa unterm Hakenkreuz*, Erg.-Bd. 1 (Hg. RÖHR); BREIT, *Devianz und Ordnung*.

⁹⁷ Siehe: *Hitlers Weisungen* (Hg. HUBATSCH), 149f.; vgl. auch SUNDHAUSSEN, *Jugoslawien*, 315; MANOSCHEK, „Gehst mit Juden erschießen?“, 39.

⁹⁸ Zitiert nach MANOSCHEK, *Kragujevac*; s. a. DERS., *Die Massaker*, bzw. JAKOVLJEVIĆ u. a., *Kragujevački oktobar*.

⁹⁹ Fall 7. *Das Urteil im Geiselmordprozeß* (Hgg. ZÖLLER/LESZCZYŃSKI), 45.

¹⁰⁰ Ebd., 97.

im Kapitel „Widerstand und Bürgerkrieg“ (6.6.2) noch zu zeigen sein wird. Diese Veränderung wurde auch auf deutscher Seite wahrgenommen. So heißt es in einem Bericht vom Oktober 1943:

Angesichts dieser Sachlage kann von einem Partisanenkrieg im landläufigen Sinne des Wortes nicht mehr gesprochen werden. Der Kampf, der hierbei ausgetragen wird, ist ein Kampf gegen reguläre feindliche Miliz, die uniformiert und mit guten Waffen versehen ist. Auch die Führung liegt in Händen von militärischen Fachleuten.¹⁰¹

Demgegenüber schienen viele Kommandeure auch weiterhin angenommen zu haben, „daß man jemanden bloß als Partisanen zu bezeichnen braucht, um ihn glattweg erschießen lassen zu können“, wie das Militärgericht im SS-Einsatzgruppenprozess („Fall 9“) 1948 bemängelte.¹⁰² Dieses Phänomen ist hinreichend bekannt: Ein Begriff oder Name – mag er noch so problematisch od. falsch sein – wird benutzt, um Eindeutigkeit zu suggerieren und entsprechend zu handeln.

In allen besetzten Gebieten gab es ein breites Spektrum von Kollaboration und Widerstand, wobei die Übergänge in vielen Fällen fließend blieben. Kollaboration bedeutet wörtlich „Zusammenarbeit“ und wurde ursprünglich positiv verstanden. Erst in der Formel „Zusammenarbeit mit dem Feind“ erhielt der Begriff seine negative Bedeutung. Doch die Grenze zwischen Kollaboration und Widerstand war nicht so starr und grundsätzlich, wie in der Historiographie der ersten Nachkriegsjahrzehnte behauptet wurde. Als Louis de Jong 1967 anlässlich einer Tagung über Probleme des Zweiten Weltkriegs gebeten wurde, ein Referat zum Thema „Zwischen Widerstand und Kollaboration“ zu halten, erklärte er:

Es dürfte schwer sein, vier Wörter zu finden, die mehr Probleme aufwerfen. Das einzige Wort, das für mich eindeutig ist, ist das Wörtchen „und“. Was heißt „Widerstand“? Was heißt „Kollaboration“? Selbst das Wort „zwischen“ ist in diesem Zusammenhang nicht ganz klar.¹⁰³

Und er fügte hinzu:

Kollaboration und Widerstand sind durch keine starren Grenzen getrennt. Die Grenze ist vielmehr äußerst beweglich. [...] Man könnte sogar sagen, daß – mit Ausnahme derer, die stets ausschließlich am Widerstand oder an der Kollaboration beteiligt waren – fast alle Menschen gleichzeitig Widerstand und Kollaboration leisteten.¹⁰⁴

Zwischen aktivem Widerstand und willfähriger Kollaboration bestand eine breite Skala von Abstufungen, Nuancierungen und Überschneidungen. Die Motive der Akteure konnten extrem unterschiedlich sein und entziehen sich den vereinfachten Schwarz-Weiß-Darstellungen. Die historische Diskussion schon seit den 1960er Jahren hat verdeutlicht, dass „Kollaboration“ eine ethisch und historisch schwer fassbare Kategorie politischen Handelns bezeichnet. Stellvertretend sei auf die 1979 publizierte Monographie von Werner RINGS „Leben mit dem Feind. Anpassung

¹⁰¹ Zitiert nach SUPPAN, Hitler – Beneš – Tito, Bd. 2, 1138.

¹⁰² Ebd.; vgl. hier auch HEHN, The German Struggle against the Yugoslav Guerrillas, bzw. KENNEDY, German Anti-guerrilla Operations, und zur rechtlichen Dimension der Massenexekutionen etwa KÄMMERER, Kriegsrepressalie oder Kriegsverbrechen?

¹⁰³ DE JONG, Zwischen Kollaboration und Résistance, 246.

¹⁰⁴ Ebd., 252.

und Widerstand in Hitlers Europa 1939–1945“ verwiesen. Rings unterscheidet acht Formen von Kollaboration und Widerstand: die „neutrale Kollaboration“, die „bedingungslose Kollaboration“, die „bedingte Kollaboration“ und die „taktische Kollaboration“ auf der einen sowie den „symbolischen Widerstand“, den „polemischen Widerstand“, den „defensiven Widerstand“ und den „offensiven Widerstand“ auf der anderen Seite. Aber auch diese Einteilung wirft große Schwierigkeiten in der Praxis auf. Die Entscheidung der Bevölkerung für Anpassung oder Ablehnung war von vielen Faktoren abhängig und variierte je nach konkreten Umständen. Besonders komplex war die Situation dort, wo die Besatzungsherrschaft zwar Anlass, aber nicht Ursache bzw. nicht alleinige oder primäre Ursache für unterschiedliche Verhaltensweisen der Bevölkerung war, wo sich kurz- und längerfristige Ziele (Befreiung von der Besatzungsherrschaft auf der einen u. Gestaltung der Nachkriegsordnung auf der anderen Seite), wo sich wechselseitig ausschließende Nationalideologien und gegensätzliche Weltanschauungen in schwer entwirrbarer Weise bei der Entscheidung der Bevölkerung für Kollaboration oder Widerstand überschneiden – kurz: wo die Entscheidung für die eine oder andere Verhaltensweise nicht allein von der Einstellung gegenüber der Besatzungsmacht, sondern von Prioritätssetzungen unterschiedlichster Art beeinflusst wurde. Grundsätzliche Gegnerschaft und zeitweilige Zusammenarbeit mit dem Feind sind durchaus miteinander vereinbar. Man kann in diesem Fall – mit Werner Rings – von „bedingter“ oder „taktischer“ Kollaboration (je nach konkreten Umständen) sprechen.¹⁰⁵ Man kann aber ebenso gut auch den Oberbegriff „Kollaboration“ in zwei gleichrangige Begriffe „Kollaboration“ und „Kooperation“ auflösen. „Kollaboration“ wäre dann die bedingungslose Zusammenarbeit mit dem Feind (d. h. eine Zusammenarbeit aus Überzeugung), während „Kooperation“ eine bedingte, taktische oder zeitweilige Zusammenarbeit bezeichnet, die den grundsätzlichen Gegensatz nicht aufhebt und unter Umständen auch in passiven, ja aktiven Widerstand umschlagen kann.¹⁰⁶

Krieg schafft einerseits Chaos und erzwingt Verhaltensweisen, die sich von denen im Frieden dramatisch unterscheiden. Andererseits stiftet er neue Abgrenzungen, die Klarheit beanspruchen und polarisieren sollen. Doch bis die Fronten von der Bevölkerung klar unterschieden werden, kann einige Zeit vergehen, in der viel Verwirrung und Unsicherheit herrschen: Wer kämpft auf welcher Seite und warum? Wem kann man trauen, wem nicht? Welche Informationen sind richtig, welche falsch? Welche Konsequenzen hat meine Entscheidung für mich, meine Verwandten, meine Freunde? Das sind Fragen, die der „kleine Mann“ im alltäglichen Überlebenskampf schwer beantworten konnte. Verlässliche Informationen gab es nicht. Dagegen kursierten viele widersprüchliche Gerüchte und Behauptungen. Noch aus der Rückschau und im Besitz einer Masse von Quellen, die den Zeitgenossen nicht zur Verfügung standen, fallen die Antworten mitunter schwer.

Am Anfang des Widerstands stand überall die Frage: Wer ist der Feind oder wer bestimmt, wer der Feind ist. Aus völkerrechtlicher Sicht war die Antwort klar: Der Feind ist der Aggressor (also im vorliegenden Fall das Deutsche Reich u. seine Verbündeten). Der Überfall auf Jugoslawien

¹⁰⁵ RINGS, *Leben mit dem Feind*.

¹⁰⁶ Vgl. hier auch TÖNSMEYER, *Besatzungsgesellschaften*.

stellte eine Verletzung des Kellogg-Briand-Pakts von 1928 dar, den auch Deutschland unterzeichnet hatte. Und die Zusammenarbeit mit dem Aggressor war Landes- oder Hochverrat. Sofern jedoch ein Staat bzw. dessen Legitimität von großen Teilen der eigenen Bevölkerung (im Falle Jugoslawiens z. B. von großen Teilen der nichtserbischen Bevölkerung, aber auch von vielen Serben) in Frage gestellt wird, erscheint derjenige, der diesen Staat zerschlägt, nicht als „Feind“, sondern (möglicherweise) als „Verbündeter“/„Befreier“ oder als „Türöffner“ für einen „Neuanfang“. Schließlich war es nicht „ihr“ Staat, der angegriffen worden war und dem sie Loyalität schuldeten. Entscheidend für das weitere Verhalten der Bevölkerung gegenüber dem formalrechtlichen Aggressor ist dann nicht die Zerschlagung des unakzeptierten, „illegitimen“ Staates, sondern die Frage, was dem äußeren Gewaltakt folgt. Je nach Betrachtungsperspektive und historischer Entwicklung verschieben sich die Feindbilder, und – sofern es mehrere Feinde (äußere u. innere) gibt – kann sich auch die Hierarchie der Feinde im Verlauf der Zeit grundlegend verändern. Die erbitterte Gegnerschaft zwischen konservativen und kommunistischen, royalistischen und republikanischen Widerstandsbewegungen (v. a. in Jugoslawien, Griechenland u. Albanien) rückte den Kampf gegen die Besatzungsmacht zunehmend in den Hintergrund (s. a. unten).

Werfen wir zunächst noch einen Blick auf die Kollaboration. Zu den „klassischen“ Vertretern bedingungsloser Kollaboration zählt der Ministerpräsident im besetzten Norwegen Vidkun Quisling (1942–1945), dessen Name zum Sinnbild des Landesverrats geworden ist.¹⁰⁷ Wo immer eine bedingungslose Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht nachgewiesen oder behauptet wird, ist daher von einem „Quisling-Regime“ die Rede. Bedingungslose Kollaboration aus Überzeugung war aber eher eine Ausnahme. Zu ihr gehörten jugoslawiendeutsche Funktionäre in den südosteuropäischen Staaten, ferner Ante Pavelić und die Ustaša in Kroatien oder Ferenc Szálasi und die Pfeilkreuzler im 1944 von Deutschland besetzten Ungarn.¹⁰⁸ Sofern jedoch die Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht erzwungener Natur war oder nur deshalb zustande kam, weil auf diese Weise „Schlimmeres“ verhütet werden sollte, haben wir es mit einer anderen Situation zu tun. Die vom NS-Regime eingesetzten Regierungschefs in den Besatzungsgebieten betrachteten die Zusammenarbeit mit der Okkupationsmacht oft als „notwendiges oder kleineres Übel“. Sie teilten nicht die NS-Ideologie, auch wenn sie ihr Lippenbekenntnisse zollten. Freilich blieb auch in diesen Fällen die Grenze zwischen Kollaboration und taktischer Kooperation fließend.

Fälle von bedingter Kollaboration und Kooperation finden wir in allen besetzten oder schein-souveränen Territorien Südosteuropas: im aufgeteilten Jugoslawien und in Griechenland ebenso wie (später) in Albanien, im besetzten Ungarn und der Slowakei. In allen Ländern gab es während des Krieges Regierungen, die unter Aufsicht der Besatzungsmacht (oder der Besatzungsmächte) beschränkte Hoheitsbefugnisse ausübten. Beginnen wir mit Serbien. Da der deutsche Besatzungsapparat in Serbien personell zunächst schwach besetzt war, schien es dem NS-Regime geboten, zur Durchführung notwendiger administrativer Maßnahmen einheimische Kräfte heranzuziehen.

¹⁰⁷ Vgl. zu seiner Person und Karriere etwa DAHL, Quisling.

¹⁰⁸ Vgl. etwa MICHAELIS, Die Volksdeutschen; HEINEMANN, Rasse, Siedlung, deutsches Blut; SUNDHAUSSEN, Der Ustascha-Staat; SZÖLLÖSI-JANZE, Die Pfeilkreuzlerbewegung.

Am 20. April 1941 wurde daher der „Kommissarische Rat im besetzten Serbien“ unter dem ehemaligen jugoslawischen Innenminister Milan Aćimović gebildet. Die geringe Autorität dieser „Regierung“, die um sich greifende Unruhe im Lande, die von der Besatzungsmacht durchgeführten Repressalien und die steigenden Besatzungskosten machten Aćimovićs Position bereits im August 1941 unhaltbar. An seine Stelle sollte eine „starke Persönlichkeit“ treten. Die Wahl fiel auf General Milan Nedić, der am 29. August die neue „Regierung der nationalen Rettung“ (Vlada narodnog spasa) bildete. Um Nedićs Stellung zu stärken, erhielt er den Titel eines „Ministerpräsidenten“, doch wurde gleichzeitig sichergestellt, dass „de facto das neue Regierungsgremium keine weiteren sachlichen Befugnisse erhält als die bisherige Kommissariatsregierung“.¹⁰⁹

Nedić (1941–1944) übernahm das Amt auf Drängen bekannter serbischer Persönlichkeiten. Einige Tage zuvor, am 13. August 1941, war in der Belgrader Zeitung *Novo vreme* (Neue Zeit) ein „Appell an die serbische Nation“ erschienen, in dem alle „wahren Patrioten“ zur Rettung des Vaterlands und zum Kampf gegen die Kommunisten aufgefordert wurden. Der „Appell“ trug 546 Unterschriften. Zu den Unterzeichnern gehörten drei Bischöfe der orthodoxen Kirche, vier Archimandriten, 81 Professoren der Belgrader Universität (einschließlich des Rektors), mehrere Armeegeneräle sowie Mitglieder früherer Regierungen, ferner Industrielle, Freiberufler und andere.¹¹⁰ Nedić verstand sich sowohl als serbischer Patriot wie als Realist; er war ein erfahrener Militär, der sich im Ersten Weltkrieg an der Saloniki-Front hervorgetan und am 26. August 1939 in der Regierung Cvetković-Maček (vgl. Beitrag MANER, Kap. 4.8.4) das Kriegsministerium übernommen hatte. Wegen Kritik an der unentschlossenen Bündniskonzeption der Regierung und ihren strategischen Konsequenzen war er bereits Anfang November 1940 aus dem Kabinett wieder ausgeschieden und unter Hausarrest gestellt worden. Er war ein erzkonservativer Populist, der gleich den faschistischen „Legionären“ in Rumänien und der serbischen „Zbor“-Bewegung des Dimitrije Ljotić auf das Dorf und die Orthodoxie setzte. Die militärische Niederlage im Aprilkrieg interpretierte er als „Strafe Gottes“, die „wir verdient haben“, da „wir unsere Tradition, unsere große Vergangenheit bespuckt haben, die uns eigentlich Kraft gibt, uns Heilung verspricht, die uns verteidigt und führt“.¹¹¹ Immer wieder beschwor er in seinen Reden und Appellen Gott und das serbische Bauernvolk: „Gott und die neue Zeit sind mit uns“, „Gott hat Erbarmen mit den Serben“, „Seid gute Christen und gute Serben“, „Ohne ihre Bauern sind die wahren Serben verloren“, die „Zukunft des serbischen Volkes sind das Dorf und die serbischen Bauern“. Nedić betrachtete sich als „Mann des Volkes“. In seinen Ansprachen an die Bevölkerung bediente er sich vorzugsweise einer patriarchalisch gefärbten Rhetorik: „Meine Kinder“, „Liebe Brüder“, „Brüder Serben“, „Brüder Bauern“, „Meine lieben Kinder, Söhne der Mutter Serbien“ usw. Scharf geißelte er die Verderbtheit der Stadt, die Zerstörung der patriarchalen Strukturen, die „materialistische Weltanschauung“ und die „Dekadenz“ des Westens, die den serbischen „Volksgeist“ zersetzt hät-

¹⁰⁹ Vgl. die Zusammenschau im Kap. „Serbien/Serben im Zweiten Weltkrieg (1941–1945)“ bei SUNDHAUSSEN, *Geschichte Serbiens*, 306–315, bzw. detailreich die Gesamtdarstellungen von LUKAČ, *Treći Rajh*, Bd. 3, od. v. PETRANOVIĆ, *Srbija u drugom svetskom ratu*, bzw. die Beiträge in ALEKSIĆ (Hg.), *Srbi i rat u Jugoslaviji*.

¹¹⁰ Liste der Unterzeichner bei COHEN, *Serbia's Secret War*, 32–34.

¹¹¹ Dies und die folgenden Zitate nach RISTOVIĆ, *General M. Nedić*.

ten. In einem Memorandum, das Nedić am 1. Januar 1943 dem deutschen Kommandierenden General und Befehlshaber in Serbien, Paul Bader, vorlegte, wies er darauf hin, dass „im Gegensatz zur jüdisch-marxistischen Mentalität den Serben, wie allen anderen arischen Völkern, ein natürlicher Rasseinstinkt zueigen ist, welcher Familie, Volk, Staat als höchste geistige und materielle Werte betrachtet“. Die „serbische Volkskultur“ speise sich aus drei „Hauptquellen“: der „völkischen Überlieferung“ der Familiengemeinschaft in einer patriarchalen Gesellschaft, den „Idealen der gesellschaftlichen Solidarität und Zusammenarbeit“ sowie den „Gesetzen der Autorität und der Rangordnung der Gefolgschaft“. Auf dieser ideologischen Grundlage hofften Nedić sowie eine Phalanx ultrakonservativer Intellektueller (namentlich an der Belgrader Universität), dem „neuen Serbien“ einen angemessenen Platz im künftigen Europa zu sichern.¹¹²

Seine „Regierung der nationalen Rettung“ stand allerdings auf schwachen Beinen. Sie stützte sich vor allem auf die Gendarmerie, die 1942 zur „Serbischen Staatswache“ (Srpska državna straža) aufgestockt wurde, auf das vom Führer der „Zbor“-Bewegung, Dimitrije Ljotić aufgestellte „Serbische Freiwilligenkorps“ (Srpski dobrovoljački korpus) und auf die in Südserbien operierenden („legalen“) Četniks des Kosta Pećanac. Zu den Hauptaufgaben der Nedić-Regierung gehörte die Niederschlagung der kommunistischen Aufstandsbewegung. Durch den Einsatz einheimischer Kräfte hoffte der General „zu retten, was zu retten war“: 1. durch die vereinte Gegenwehr aller serbisch-nationalen Kräfte (Nedić-, Ljotić-, Pećanac- u. Mihailović-Anhänger) eine Ausbreitung der kommunistischen Bewegung zu vereiteln, 2. eine Dezimierung der serbischen Bevölkerung durch „Vergeltungsmaßnahmen“ der Besatzungsmacht zu verhindern, 3. die serbischen Flüchtlinge bzw. Vertriebenen aus anderen Teilen Jugoslawiens (insbes. aus dem „Unabhängigen Staat Kroatien“) zu versorgen und gesellschaftlich zu integrieren sowie 4. einer Übergabe weiterer serbischer Gebiete an die bulgarische Okkupationsarmee zuvorzukommen. Doch keines der gesetzten Ziele sollte er erreichen. Die deutschen Vergeltungsmaßnahmen erlangten bald nach Nedićs Amtsantritt im Herbst 1941 unter dem Bevollmächtigten Kommandierenden General Franz Böhme mit den Massenhinrichtungen in Kragujevac und Kraljevo ihren Höhepunkt.¹¹³ Ende 1941 wurden ferner fünf Kreise in Ostserbien nach Aufforderung durch die militärische Führung des „Dritten Reiches“ vom I. Bulgarischen Okkupationskorps besetzt. Und auch eine umfassende Einigung aller „nationalen Kräfte“ in Serbien kam nicht zustande. Zwar bemühte sich Nedić, das Schicksal der Serben im USK zu erleichtern und die wirtschaftliche Belastung Serbiens durch die Besatzungsmacht zu mildern, erzielte aber auch dabei keine durchschlagenden Erfolge.¹¹⁴ Andererseits hat sich Nedić (im Unterschied zum Ustaša-Führer Pavelić) nicht mit der NS-„Neuordnung“ Europas identifiziert. Sein Handlungsmotiv war nicht die ideologische Übereinstimmung mit den Nazis (die bestenfalls partiell war), sondern das Bestreben zu retten, was noch zu retten war. Vermutlich war er auch bereits relativ früh von der Niederlage des „Dritten Reiches“ überzeugt. Bis dahin sollte ein modus

¹¹² Einzelheiten bei STOJANOVIĆ, Srpski civilni/kulturni plan, bzw. RISTOVIĆ, Nemački „novi poredak“.

¹¹³ Vgl. GLIŠIĆ, Der Terror und die Verbrechen des faschistischen Deutschland, bzw. ĐERS., Teror i zločini Nemačke.

¹¹⁴ Vgl. hierzu etwa das Kap. The Puppet Government in Serbia, in: TOMASEVICH, War and Revolution in Yugoslavia, Bd. 2, 175–232, bzw. im Detail BORKOVIĆ, Kontrarevolucija u Srbiji; PETRANOVIĆ, Revolucija i kontrarevolucija, bzw. JOVANOVIĆ, Nova vlast u Srbiji; KERKEZ, Društvo Srbije; BOZANICH, „For King and Fatherland“.

6. ZWEITER WELTKRIEG UND BESATZUNGSHERRSCHAFT IN SÜDOSTEUROPA

vivendi mit der Besatzungsmacht gefunden und eine künftige kommunistische Machtübernahme verhindert werden. Gelingen ist weder das eine noch das andere. Im Vergleich zum „Unabhängigen Staat Kroatien“ und dort insbesondere zu Bosnien-Herzegowina blieb die Lage in Serbien von Ende 1941, als deutsche Einheiten die Aufstandsbewegung niedergeschlagen hatten, bis weit in die zweite Jahreshälfte 1944 hinein aber relativ ruhig, so dass Serbien – gemessen an seiner Bevölkerungszahl – sehr viel weniger Kriegsoffer zu beklagen hatte als andere Teile Jugoslawiens. Ob dies auch ohne die Kooperation Nedićs möglich gewesen wäre, bleibt eine offene Frage.¹¹⁵

In Nachkriegsjugoslawien war eine sachliche Diskussion über die Nedić-Regierung unmöglich, weil der offensive (aktive) Widerstand der siegreichen Kommunisten als einzig legitimes Verhalten während des Krieges galt. Die serbische Regierung wurde daher als Quisling-Regierung gebrandmarkt und ihre Tätigkeit als bedingungslose Kollaboration gewertet. Nedić wurde nach dem Krieg als Kollaborateur in Belgrad vor Gericht gestellt und verübte am 4. Februar 1946 Selbstmord.¹¹⁶ Der Zusammenarbeit mit den Nazis hatte er zugestimmt und hatte sich aktiv an der Bekämpfung des Widerstands beteiligt, geleitet von der Hoffnung, er könne die Besatzungsmacht von den unmäßigen und willkürlichen Vergeltungsmaßnahmen an der serbischen Zivilbevölkerung abhalten. Viele frühere serbische Politiker und Beamte, auch wenn sie nicht prodeutsch eingestellt waren, sahen angesichts der verzweifelten Lage des Landes (der Serbenverfolgung im Ustaša-Staat, der riesigen Flüchtlingswelle u. der drastischen Vergeltungsmaßnahmen der Besatzungsmacht im Falle von Widerstandsaktionen) keinen anderen Ausweg, als sich den Deutschen zur Verfügung zu stellen. Sie hofften, damit Zeit zu gewinnen, um die angespannte Lage zu entschärfen, dem serbischen Volk ein Minimum an Sicherheit zu geben und Voraussetzungen zur Erhaltung der staatlichen Existenz Serbiens zu schaffen. Der deutsche Befehlshaber in Belgrad, General Heinrich Danckelmann, erklärte in einem Bericht an den Wehrmachtsbefehlshaber Südost Ende August 1941:

Der Ministerpräsident [Nedić] ist nicht im Unklaren darüber gelassen worden, daß er persönlich und mit seinem Kopf für eine legale Führung der Regierung haftet [und dass ein] [...] Versagen der von ihm gebildeten Regierung [...] die Vernichtung des serbischen Volkes bedeuten würde.¹¹⁷

Nicht grundlegend anders war die Situation in Griechenland und Albanien. Nach der Kapitulation der griechischen Armee wurde General Tsolákoglu von den „Achsenmächten“ als neuer Ministerpräsident (1941–1942) eingesetzt. Nach Ansicht deutscher Diplomaten war er „im Grunde der unpolitische Militär, der die Aufgabe, die Regierungskontinuität nach der von ihm veranlassenen Kapitulation der Armee sicherzustellen, als etwas Selbstverständliches ansah“. Er „folgte auf der historischen Linie Hindenburg-Pétain dem Rufe, sich im Unglück der Nation an die Spitze des Staates zu stellen“.¹¹⁸ Ähnlich wie Nedić hoffte Tsolákoglu aber auch, Griechenland einen

¹¹⁵ Siehe zur Frage der Kollaboration unter Nedić die Arbeit von JANJETOVIĆ, *Collaboration and Fascism*, oder auch RAMET/LISTHAUG, *The Collaborationist Regime*; zu Aufstand und Kriegsverlauf in Serbien s. a. MARJANOVIĆ, *Ustanak i narodnooslobodilački pokret*; DERS. (Hg.), *Srbija u ratu i revoluciji*, bzw. die bereits in Anm. 109 genannte Literatur.

¹¹⁶ SUNDHAUSSEN, s. v. Nedić.

¹¹⁷ Zitiert nach SCHLARP, *Wirtschaft und Besatzung in Serbien*, 143.

¹¹⁸ Zitiert nach DREIDOPPEL, *Der griechische Dämon*, 32.

Platz in der „Neuen Ordnung“ Europas zu sichern. Dass Hitler eine Aufteilung des griechischen Territoriums vor einem Friedensvertrag oder die Einrichtung eines italienischen „Protektorats“ ablehnte, verstand er als Bestätigung seiner Haltung.¹¹⁹ Die katastrophale Hungersnot im Winter 1941/1942 und die sich rapid verschlechternde Lage (s. u. Kap. 6.8) entzog ihm jedoch die anfängliche Unterstützung konservativer Kreise in Athen.¹²⁰ Im November 1942 räumte er seinen Posten für einen Interimspremier (Konstantinos Logothetópulos), der seinerseits im April 1943 von Ioannis Rallis, der vor dem Krieg mehrfach ein Ministeramt bekleidet hatte, abgelöst wurde. Mit dessen Ernennung verband das „Dritte Reich“ die Erwartung, dass es ihm gelingen könnte, eine antikommunistische Front aufzubauen und den sich ausweitenden Widerstand zu bekämpfen. In der Antrittserklärung der Regierung Rallis wurde als Hauptaufgabe formuliert, die Ordnung wiederherzustellen und das Regime zu schützen. Zu diesem Zweck wurden Gendarmerie und Polizei reorganisiert und zusätzliche „Schutzbataillone“ zur „Bandenbekämpfung“ aufgestellt.¹²¹ Obwohl Rallis in der Bekämpfung des Widerstands erfolgreicher war als seine Vorgänger, kam das Land nicht mehr zur Ruhe. Nach der Befreiung Griechenlands wurde er als Kollaborateur zu lebenslanger Haft verurteilt und ist 1946 im Gefängnis gestorben.¹²²

Nach der Besetzung Jugoslawiens durch die Achsenmächte war „Großalbanien“ entstanden, da die Italiener am 12. August 1941 ihr Besatzungsgebiet in Kosovo und Westmakedonien sowie die einst montenegrinischen Kreise Plav/Plavë-Gusinje/Guci und Ulcinj/Ulqin mit Albanien vereinigten. Damit vergrößerte sich das albanische Territorium von 28.700 auf 42.500 km² mit 1,7 Millionen Einwohnern.¹²³ Nach der italienischen Kapitulation (8. Sept. 1943) wurde Albanien von deutschen Truppen nahezu widerstandslos besetzt. Da aber die deutsche Truppenpräsenz nicht ausreichte, um das Land zu verwalten, suchte man auch hier nach Kollaborateuren. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem „Dritten Reich“ war insbesondere unter den Kosovo-Albanern groß, da diese – anders als ihre Landsleute in Vorkriegsalbanien – nichts so sehr fürchteten wie eine Wiederherstellung Jugoslawiens. Der Staat, der diesen Staat zerschlagen hatte, galt folglich nicht als Feind, sondern als Verbündeter.¹²⁴ Am 5. November 1943 wählte eine Nationalversammlung in Tirana den Kosovaren Rexhep Mitrovica zum Regierungschef. Ziel der neu-

¹¹⁹ Vgl. zur deutschen Okkupation und griechischen Kollaboration insbes. MAZOWER, *Inside Hitler's Greece*. Für die sich wandelnden Trends in wissenschaftlichen Deutungsansätzen s. etwa MARANTZIDIS/ANTONIOU, *The Axis Occupation and Civil War*, bzw. VOGLIS/NIOUTSIKOS, *The Greek Historiography*; KOUSOURIS, *Kollaboration und Geschichtsschreibung*; ANTONIU/MARANTZIDES, *Η εποχή της σύγχυσης*.

¹²⁰ Vgl. HIONIDOU, *Famine and Death in Occupied Greece*; LUKOS, *Η πείνα στην Κατοχή*; insges. über die gr. Gesellschaft unter der Besetzung BOGLES, *Η ελληνική κοινωνία στην Κατοχή*; PISIS/KARYDAS (Hgg.), *Die „Neue Ordnung“*.

¹²¹ Vgl. FLEISCHER, *Deutsche Besatzungsherrschaft*, bzw. im Detail DERS., *Im Kreuzschatten der Mächte*; PRIOBOLOS, *Εθνικιστική „αντίδραση“ και τάγματα ασφαλείας*.

¹²² PUCHNER, s. v. Rallis, bzw. auch LOULOS, *Politische, wirtschaftliche und soziale Aspekte der Kollaboration*; KUSURES, *Δίκες των Δοσιλόγων*.

¹²³ Vgl. FISCHER, *Albania at War*; s. a. Luca MICHELETTA, *La resa dei conti*.

¹²⁴ Vgl. KÜHMEL, *Deutschland und Albanien*; speziell zur Entwicklung in Kosovo, wo sich auch englandfreundlicher nationalalbanischer Widerstand entwickelte MALCOLM, *Kosovo*, sowie zur gesamtalbanischen Entwicklung der Kriegsjahre maßgeblich GURAKUQI, *Shqipëria dhe „Tokat e liruemë“*.

en Regierung war die Sicherung der Unabhängigkeit Albaniens in seinen „ethnischen Grenzen“. Aber lediglich Deutschland erkannte die Unabhängigkeit des Staates an. Zwar versuchten die albanischen Politiker, durch Betonung der „Neutralität“ Albaniens das Wohlwollen der Alliierten zu gewinnen, doch ging diese Taktik nicht auf. Anfang Oktober 1944 begannen die deutschen Truppen mit ihrem Rückzug.¹²⁵ Weite Teile des Landes wurden bereits von den kommunistischen Partisanen kontrolliert, die sich dank jugoslawischer und auch alliierter Unterstützung gegenüber nationalorientierten Widerstandsgruppen wie „Balli Kombëtar“ und „Legaliteti“ durchgesetzt hatten (s. u. Kap. 6.6.2).

Ein besonderes Kapitel der Zusammenarbeit mit dem „Dritten Reich“ waren die militärischen deutschen Verbände, deren Mannschaften sich aus Bürgern südosteuropäischer Länder zusammensetzten.¹²⁶ Zu nennen sind insbesondere die „volksdeutsche“ 7. SS-Freiwilligen-Gebirgsdivision „Prinz Eugen“, die 13. Waffengebirgsdivision der SS „Handschar“ (kroat. Nr.1) und die 21. Waffen-Gebirgsdivision der SS „Skanderbeg“. Nach den hohen Verlusten der Wehrmacht im Russlandfeldzug während des Winters 1941/1942 suchten Wehrmacht und Waffen-SS verstärkt nach Ersatz. Ins Blickfeld gerieten zunächst vor allem die „Volksdeutschen“ in den besetzten oder verbündeten Staaten, für die sich das SS-Hauptamt bereits seit 1939 interessiert hatte. Dieser Personenkreis, der für den Zugriff durch die Wehrmacht nicht offenstand, wurde auf diese Weise in den folgenden Jahren weitgehend ausgeschöpft. Lange vor Kriegsende übertrafen Angehörige der deutschen Minderheiten zahlenmäßig die in Deutschland Geborenen in der Waffen-SS.¹²⁷ Im Frühjahr 1942 genehmigte Hitler die Aufstellung der neuen SS-Division „Prinz Eugen“ unter dem Kommando des SS-Gruppenführers Artur Phleps. Insbesondere im jugoslawischen Teil des Banats, später auch im „Unabhängigen Staat Kroatien“, in der ungarischen Batschka und im rumänischen Teil des Banats wurden „volksdeutsche“ „Freiwillige“ angeworben, wobei die „Freiwilligkeit“ in vielen Fällen durchaus dubios war. Die Führer der Volksgruppen übten massiven Druck auf ihre Landsleute aus. Auf dem örtlichen Anschlag der Ortsgruppe Ruma (Syrmien) für die Musterung zur Waffen-SS am 2. und 3. Oktober 1942 stand in fettgedruckten Lettern: „Nichterscheinende werden zur Verantwortung gezogen“. Im Aufruf der Ortsleitung Zemun (Semlin) hieß es noch deutlicher: „Möge sich jeder darüber im Klaren sein, daß es heute bei uns Deutschen keine Frage mehr gibt ob freiwillig oder muß, sondern daß wir Deutschen heute nur noch Eines kennen und das ist unser Bekenntnis zur Pflicht!“¹²⁸ Von Oktober 1942 bis Kriegsende wurde die Division „Prinz Eugen“, die sich zu über 90 % aus Jugoslawiendeutschen zusammensetzte, in Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Kroatien eingesetzt und tat sich insbesondere durch die Brutalität gegenüber der Zivilbevölkerung im Kampf gegen den Widerstand hervor.¹²⁹

¹²⁵ Vgl. hier die konzise Zusammenschau in FISCHER, Kollaborationsregimes in Albanien, bzw. ausführlich NEUWIRTH, Widerstand und Kollaboration; KASMI, Die deutsche Besetzung in Albanien.

¹²⁶ Vgl. für die größere Einordnung solcher Verbände etwa BISHOP, Hitler's Foreign Divisions.

¹²⁷ Hierzu und zum Folgenden s. SUNDHAUSSEN, Zur Geschichte der Waffen-SS; s. als Überblicksdarstellung zum Agieren der Waffen-SS in Südosteuropa ZAUGG, Rekrutierungen für die Waffen-SS.

¹²⁸ Zitiert nach SUNDHAUSSEN, Zur Geschichte der Waffen-SS, 189.

¹²⁹ Vgl. hierzu insbes. CASAGRANDE, Die Volksdeutsche SS-Division „Prinz Eugen“, bzw. MICHAELIS, Die Volksdeutschen.

Bald aber reichte das Reservoir der „Volksdeutschen“ nicht mehr.¹³⁰ Anfang Februar 1943 entschied Hitler, dass die SS-Division „Prinz Eugen“ durch Freiwilligenwerbung eine neue Division aus kroatischen Wehrfähigen aufstellen solle. Himmler präzisierte diese Entscheidung dahingehend, dass die neue Division „tunlichst aus Bosniaken mohammedanischer Religion zu bestehen“ habe. Damit begann eine Wende in der Geschichte der Waffen-SS. Erstmals wurde jetzt das Bild der SS als kämpferische „Elite des Deutschtums“ aufgegeben. Unter völliger Missachtung der kroatischen „Souveränität“ und anknüpfend an die Tradition der bosnisch-herzegowinischen Regimenter aus der k.u.k Zeit sowie an bestimmte mit dem Nationalsozialismus sympathisierende Tendenzen im Islam (vertreten durch den „Großmufti von Jerusalem“ Muhamed Emin al-Husseini, einen notorischen Antisemiten) setzten Himmler und der Leiter des SS-Hauptamts, Gottlob Berger, ihren Plan gegen den erbitterten Widerstand der Zagreber Regierung und des dortigen deutschen Gesandten Siegfried Kasche durch. Der „Reichsführer-SS“ war von der Idee einer bosnisch-muslimischen SS-Division so fasziniert, dass er immer wieder seine Sympathien gegenüber den Muslimen bekundete. „Ich muss sagen, ich habe gegen den Islam gar nichts“, erklärte Himmler, „denn er erzieht mir in dieser Division seine Menschen und verspricht ihnen den Himmel, wenn sie gekämpft haben und im Kampf gefallen sind. Eine für Soldaten praktische und sympathische Religion.“¹³¹ Und Berger versuchte gar, den „völkischen u. weltanschaulichen Makel“ einer solchen Division wegzudiskutieren:

Durch die Aufstellung einer muselmanischen SS-Division dürfte erstmalig eine Verbindung zwischen Islam und Nationalsozialismus auf offener, ehrlicher Grundlage gegeben sein, da diese Division bluts- und rassemäßig vom Norden, weltanschaulich-geistig dagegen vom Orient gelenkt wird.¹³²

Dass Himmler mit den Werbungen in Bosnien auch ein politisches Ziel anvisierte, ließ er im internen Kreis durchblicken. „Später einmal“ müsse in Bosnien eine „SS-Wehrgrenze“ geschaffen werden, „etwas anderes käme nicht in Frage“.¹³³ Diese Pläne kamen führenden bosnisch-muslimischen Politikern im Streben nach Autonomie gegenüber Zagreb entgegen, die am 1. November 1942 im Namen eines muslimischen „Volkskomitees“ ein anonymes Memorandum an Adolf Hitler gesandt hatten, worin außer der Aufstellung einer bewaffneten Legion („Bosnische Wache“) die Gründung einer politisch-administrativen Einheit („Gespanschaft Bosna“) unter einem von Hitler zu ernennenden Gouverneur gefordert wurde. Es versteht sich von selbst, dass die Ustaša-Regierung, der diese Tendenzen nicht verborgen blieben, auf die Werbungen für die Waffen-SS besonders empfindlich reagierte und diese – ohne Erfolg – zu behindern suchte. Ende 1943 zählte die „Muselmanen-Division“ mehr als 21.000 Männer. Die Werbungen erfolgten zum großen Teil tatsächlich auf Freiwilligenbasis, wenngleich oft unter Vorspiegelung falscher Tatsachen. Es verwundert daher nicht, dass sich schon im Spätherbst 1944 starke Zersetzungerscheinungen in der „13. Waffengebirgsdivision der SS ‚Handschar‘ (kroat. Nr. 1)“ bemerkbar machten. Nach

¹³⁰ Vgl. hierzu etwa auch MILATA, Zwischen Hitler, Stalin und Antonescu; LUMANS, Himmler's Auxiliaries.

¹³¹ Zitiert nach LONGERICH, Heinrich Himmler, 697f.

¹³² Zitiert nach HORY/BROSZAT, Der kroatische Ustascha-Staat, 159.

¹³³ Zitiert nach: ebd., 157.

deutschen Berichten seien rund 2.000 Soldaten desertiert. Dennoch ging Berger in völliger Verkenntung der Lage in der zweiten Hälfte 1944 an die Aufstellung einer 2. Muslimischen Division der SS im „Unabhängigen Staat Kroatien“. Sie erhielt die offizielle Bezeichnung „23. Waffengrenadierdivision der SS ‚Kama‘ (kroat. Nr. 2)“, konnte jedoch nie ganz aufgestellt werden. Ende 1944 wurden die „kroatischen“ SS-Verbände im Raum Marburg-Cilli (Maribor-Celje) aufgelöst.¹³⁴

Analog zur Division „Handschar“, aber deutlich später, stellte die SS mit Unterstützung von Teilen der albanischen Regierung Anfang Mai 1944 in Kosovo die „21. Waffengebirgsdivision der SS ‚Skanderbeg‘ (alb. Nr. 1)“ unter dem Kommando von August Schmidhuber auf. Die Rekruten waren fast ausschließlich Kosovaren, die sich von der Feindschaft gegenüber den Serben und der jugoslawischen „Volksbefreiungsbewegung“ treiben ließen. Zwar galten die Albaner als „wertvolles Menschenmaterial“, aber ihre „Disziplinierung“ bereitete Schmidhuber große Probleme. Die Division „Skanderbeg“, die im Sommer 1944 in geringem Umfang in Kosovo und im Norden Makedoniens operierte, machte sich durch die Ermordung und Vertreibung von Serben einen Namen; ihr militärischer Nutzen war minimal. Infolge einer hohen Desertionsrate wurde schon im September 1944 beschlossen, die Reste der Division aufzulösen.¹³⁵

6.6.2 *Widerstand und Bürgerkrieg*

Wie „Kollaboration“, so ist auch „Widerstand“ ein Begriff mit vielen Facetten und gleitenden Übergängen. Diejenigen, die ihr besetztes Land befreit oder dazu einen Beitrag geleistet haben, verstehen sich als Widerstandskämpfer und neigen dazu, „den“ Widerstand als klar abgegrenzte Kategorie menschlichen Verhaltens der ebenfalls klar abgegrenzten Kategorie „Kollaboration“ gegenüberzustellen. Diese manichäisch anmutende Deutung hat die Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg jahrzehntelang bestimmt. In den ehemals sozialistischen Ländern (und nicht nur dort) kam zur Dichotomie von „Kollaboration“ und „Widerstand“ die weltanschauliche Gegenüberstellung von „Kommunisten“ versus „Antikommunisten/Faschisten“ sowie die Externalisierung der Gewalt hinzu: Kriegsverbrechen hatten stets nur die Anderen begangen. Und sofern es überhaupt im eigenen Lager zu „Fehlverhalten“ gekommen war, war dies ausschließlich einer Notwehrsituation oder dem unverantwortlichen Handeln Einzelner geschuldet. In den Nachkriegsnarrativen entstand so eine scharf gegliederte und leicht verständliche „Welt“, die freilich den Makel aufwies, dass sie so nie existiert hatte.

Die bewaffneten Auseinandersetzungen in Jugoslawien, die seit Mitte 1941 zunehmend weite Teile des Landes (insbes. den „Unabhängigen Staat Kroatien“ u. das dt. Besatzungsgebiet Ser-

¹³⁴ Für Forschungen zur SS-Division „Handschar“ bzw. muslimischen Rekrutierungen auf dem Gebiet des Unabhängigen Staates Kroatien s. etwa REDŽIĆ, *Muslimansko autonomaštvo*; LEPRE, *Himmler's Bosnian Division*; SULEJMANPAŠIĆ, *13. SS divizija „Handžar“*; ROCHAS, *La Handschar*; BOUGAREL u. a., *Muslim SS Units*; DERS., *La division Handschar*.

¹³⁵ Vgl. zur SS-Division „Skanderbeg“ etwa (mit Fokus auf Albanien) ZAUGG, *Albanische Muslime in der Waffen-SS; zu den Kosovo-Albanern in der SS-Division „Skanderbeg“* KASMI, *Marrëdhëniet shqiptaro-gjermane*, 342–355.

bien) erschütterten und scharfe Repressalien der Okkupationsmächte nach sich zogen, wurden in der jugoslawischen Historiographie nach 1945 ausschließlich als „Befreiungskrieg“ der jugoslawischen Völker gegen die Besatzungsmächte und ihre einheimischen „Kollaborateure“ dargestellt.¹³⁶ Die Kämpfe wiesen jedoch von Anfang an auch Elemente eines Bürgerkriegs auf, die im Verlauf des Krieges an Bedeutung gewannen. Hauptakteure des Widerstands waren zunächst jene serbischen Militärangehörigen, die sich der Kapitulation ihrer Armee entzogen hatten und sich in den Bergen der Ravna gora in Westserbien als „Četnici“ neu organisierten, auf der einen und die Kommunistische Partei Jugoslawiens (KPJ) unter Führung Josip Broz-Titos, die nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion (22. Juni 1941) den bewaffneten Kampf gegen die Besatzungsmächte aufnahm, auf der anderen Seite.

Freischärler von der Art der Četniks (Mitglieder einer četa = Freischar) waren ursprünglich in der Spätphase der osmanischen Herrschaft irreguläre Kämpfer, die vor allem im makedonischen und bulgarischen Raum gegen die Herrschaft der Hohen Pforte gekämpft und sich in nachfolgenden Kriegen als paramilitärische Formationen an der Seite regulärer Verbände betätigt hatten. Die serbischen Četniks (ihre gr. Entsprechungen zur osm. Zeit wurden als „Andarten“ bezeichnet) pflegten ihre Tradition als Freiheitskämpfer auch in der Zwischenkriegszeit (vgl. Beitrag MANER, Kap. 4.6.3). 1938 waren in Jugoslawien rund tausend Četnik-Vereinigungen mit ca. 50.000 Mitgliedern registriert.¹³⁷ Nach der Zerschlagung Jugoslawiens schlossen sich mehr und mehr Serben der neu auflebenden Četnik-Bewegung an.¹³⁸ Oberst Draža Mihailović, der 1939/1940 eine Theorie zur Verteidigung Jugoslawiens in der Tiefe des eigenen Landes entwickelt hatte und damit in Konflikt mit dem damaligen Kriegsminister Milan Nedić geraten sowie disziplinarisch bestraft worden war, beanspruchte die Führung dieser Verbände und bezeichnete seinen Stab als „Hauptquartier der militärischen Četnik-Abteilungen Jugoslawiens“. Seine (längerfristige) Strategie beruhte auf einer kombinierten Operation von nationaler Widerstandsbewegung und alliierter Großangriff auf dem Balkan und setzte – in Auswertung der Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg – die Neubildung einer Art Saloniki-Front voraus. Bis zu diesem Zeitpunkt sollte eine schlagkräftige Organisation aufgebaut und die Position der Besatzungsmächte durch Sabotageakte geschwächt werden. Offenen und breit angelegten Widerstand lehnte Mihailović in der Vorbereitungsphase wegen der zu erwartenden Repressalien der Okkupationsmächte ab. Als Monarchist erstrebte er die politische Restauration eines um einige Grenzgebiete vergrößerten Jugoslawien mit Serbien (Montenegro, Bosnien-Herzegowina, Syrmien, Banat u. Batschka eingeschlossen) als Mittelpunkt.¹³⁹ Auch wenn die konkreten politischen Ziele, darunter die angestrebte Umsied-

¹³⁶ Für einen rezenten Überblick über die jugoslawische Historiographie s. RISTOVIĆ, *The German Occupation Regimes in Southeastern Europe*.

¹³⁷ SUNDHAUSSEN, s. v. Četnici.

¹³⁸ Vgl. ERPENBECK, *Serbien 1941*, bzw. NIKOLIĆ, *Istorija ravnogorskog pokreta*; s. a. TREW, *Britain, Mihailović and the Chetniks*; CATHERWOOD, *The Balkans in World War Two*; BOZANICH, „For King and Fatherland“.

¹³⁹ Für die frühen Ziele und Strategien der von Mihailović geführten *Četnik-Bewegung* s. KARCHMAR, *Dražica Mihailović and the Rise of the Četnik Movement*; VESOVIĆ/NIKOLIĆ, *Ujedinjene srpske zemlje*. Besonders detailliert behandelt ist die Entwicklung der *Četnik-Bewegung* in der 16-bändigen Arbeit von SAMARDŽIĆ, *Dražica i opšta istorija četničkog pokreta*.

lung und Vertreibung von „nationalen Minderheiten“ und „anationalen Elementen“ (insges. rd. 2,7 Mio. Menschen) aus „Großserbien“ und Jugoslawien gegenüber der Öffentlichkeit kaschiert wurde, war die nationalserbische Stoßrichtung und das Verlangen nach Kollektivbestrafung der „Aggressoren und Kollaborateure“ (Kroaten, Albaner, bosn. Muslime u. Jugoslawiendeutsche) offensichtlich. „Großserbien“, „serbische Hegemonie auf dem Balkan“, „serbische Wiedergeburt“ und „Rache an den Verrätern“ waren Schlüsselbegriffe im Selbstverständnis der Četniks. Die Folge war eine weitere Verschärfung der nationalen Gegensätze zwischen Serben auf der einen und Kroaten, bosnischen Muslimen und Albanern auf der anderen Seite.¹⁴⁰

Mit seiner Taktik des „Attentismus“ geriet Mihailović, der im Januar 1942 von der Exilregierung zum Kriegsminister ernannt und von den Alliierten als Führer des „jugoslawischen“ Widerstands anerkannt worden war, bald in Konflikt zu der von der KPJ geführten zweiten Widerstandsbewegung im Lande. Die restaurative Zielsetzung und nationale Exklusivität der Četnik-Bewegung machte eine Verständigung mit dem kommunistisch und jugoslawisch orientierten Widerstandsflügel – trotz einer kurzen Zusammenarbeit im Herbst 1941 – aussichtslos. Zwischen der „Offensivtaktik“ der Kommunisten (Widerstand um jeden Preis u. ohne Rücksicht auf die Folgen) und der „Defensivtaktik“ Mihailovićs (Schutz des serb. Volkes vor Repressalien u. Warten auf den alliierten Großangriff) gab es ebenso wenig einen Kompromiss wie zwischen den Zielsetzungen Revolution und Restauration. Die tiefen Gegensätze zwischen den nationalen Konzepten und politischen Ideologien der beiden Widerstandsbewegungen rückten den Kampf gegen den gemeinsamen Feind – zumindest bei den Četniks – mehr und mehr in den Hintergrund.¹⁴¹

Da es keinen Grundkonsens über die Nachkriegsordnung gab, spielte der Konkurrenzkampf um die künftige Macht für beide Seiten eine zunehmend wichtige Rolle. Die Frontbildung innerhalb des Widerstands wurde seit Ende 1941 unüberbrückbar. Im Unterschied zur Mihailović-Bewegung nahm die „Volksbefreiungsbewegung“ Titos, die aus der bei Kriegsbeginn kleinen KPJ hervorgegangen war, die Vergeltungsmaßnahmen der Besatzungsmacht nicht nur als „unvermeidbares“ Übel in Kauf, sondern erblickte darin eine Möglichkeit zur Radikalisierung der Bevölkerung. Je unerträglicher die Lebensbedingungen und die „Sühnemaßnahmen“ wurden, desto leichter fiel es den Funktionären der KPJ, die Empörung in der Bevölkerung zu schüren. Schwerpunkt des kommunistischen Widerstands war zunächst Westserbien mit dem Zentrum in der Stadt Užice. Diese wurde jedoch am 29. November 1941 von deutschen Truppen zurückerobert. Tito und sein „Oberster Stab“ flohen Hals über Kopf nach Süden in den italienisch besetzten Sandžak. Ihr Vorsprung betrug nur wenige Minuten.¹⁴²

¹⁴⁰ Vgl. etwa Zbornik dokumenata i podataka o narodnooslobodilačkom ratu naroda Jugoslavije, Bd. 14,1; JELIĆ-BUTIĆ, Četnici u Hrvatskoj; MINIĆ, Četnici i njihova uloga u vreme NOB; DULIĆ, Utopias of Nation; KORB, Im Schatten des Weltkriegs; DIŽDAR, Četnički zločini; JAREB, Allies or Foes?, bzw. BARIĆ, Relations between the Chetniks and the Authorities of the Independent State of Croatia.

¹⁴¹ TOMASEVICH, War and Revolution in Yugoslavia, Bd. 1.

¹⁴² Vgl. etwa hierzu etwa HUREM, Kriza NOP-a u Bosni i Hercegovini; SCHMIDER, Auf Umwegen zum Vernichtungskrieg?; DERS., Partisanenkrieg in Jugoslawien; FREUDENBERG, Theorie des Irregulären; SHEPERD, Terror in the Balkans; TRIFKOVIĆ, Sea of Blood; MUHLE-SZUMSKI, Legenden über Dragoljub „Draža“ Mihailović.

Da sich beide Widerstandsbewegungen nicht auf ein gemeinsames politisches und militärisches Konzept einigen konnten, gingen sie gegen Ende 1941 zu einer Doppelstrategie gegen den äußeren wie inneren Gegner über – zu einer Doppelstrategie, die sowohl von der „titoistischen“ Historiographie wie von den Apologeten der Četnik-Bewegung bis heute gelehrt oder ignoriert wird. Neben dem Kampf gegen das Besatzungsregime und seine Helfer trat der innerjugoslawische Kampf um die künftige politische Macht. Und je mehr sowohl die KPJ wie Mihailović von der künftigen Niederlage der Dreimächtepakt-Staaten überzeugt waren, desto größere Bedeutung erhielt der innerjugoslawische Machtkampf.¹⁴³ Unterschiedlich blieben die Zielsetzungen. Während Četniks „großserbische“ und politisch-restaurative Ziele verfolgten, trat die kommunistisch geführte „Volksbefreiungsbewegung“ für die Gleichberechtigung aller jugoslawischen Völker in einem föderativen, sozialistisch umgestalteten Jugoslawien ein. Die politisch zerstrittene Exilregierung und die Alliierten (einschließlich der Sowjetunion) erkannten zunächst Mihailović als rechtmäßigen Repräsentanten des jugoslawischen Widerstands und damit als kriegführende Partei an. Infolge der abwartenden Taktik Mihailovićs entschlossen sich die westlichen Alliierten (allen voran Winston Churchill) jedoch Ende 1943 zur militärischen Anerkennung Titos und zur Aufgabe Mihailovićs – ein Schritt, der von den Četniks als „Verrat“ Großbritanniens gedeutet wurde. Die UdSSR folgte Anfang 1944 dem Kurswechsel ihrer Verbündeten.¹⁴⁴

Widerstand und Bürgerkrieg waren untrennbar miteinander verwoben und wurden durch ethnationale Gegensätze zusätzlich verschärft. Der Kampf zwischen kroatischen Ustaša, serbischen Četniks und bosnischen Muslimen (jenen, die sich nicht den Partisanen angeschlossen hatten) sowie die Konfrontation zwischen Kommunisten („Roten“) und Antikommunisten („Weißen“) drängten den Kampf gegen die Besatzungsmächte an die zweite Stelle.¹⁴⁵ Ein Teil der Četniks kollaborierte dabei offen mit den Italienern, was zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Hitler und Mussolini führte.¹⁴⁶ Erst im Frühjahr 1944 hob Hitler das Verbot zur Zusammenarbeit mit den Četniks auf. Der vormalige Feind wurde nun zum Verbündeten im Kampf gegen die „Kommunisten“. Das war für beide Seiten keine Entente cordiale, sondern ein Zweckbündnis, zusammengehalten durch einen gemeinsamen Gegner. (Selbst zwischen den „Erzfeinden“ Četniks u. Ustaša kam es auf lokaler Ebene zu Zweckbündnissen.) Ein anderer Teil der Četniks wechselte gegen Kriegsende die Seiten und lief zu Partisanenverbänden über. Umgekehrt haben auch die Partisanen der Vernichtung der Konkurrenzbewegung zeitweilig höhere Priorität beigemessen als dem Kampf gegen die äußeren Gegner.¹⁴⁷ Das gilt insbesondere für die erste Jahreshälfte 1943, als über eine zweite Front der Alliierten auf dem Balkan spekuliert wurde, womit sich das Kräfteverhältnis zugunsten Mihailovićs verschoben hätte.

¹⁴³ Vgl. etwa SIDOTI, *Partisans et Tchetsniks en Yougoslavie*, bzw. HOARE, *Genocide and Resistance*.

¹⁴⁴ Vgl. ROBERTS, *Tito, Mihailović and the Allies*; s. a. ĐURETIĆ, *Saveznici i jugoslovenska ratna drama*; LINDSAY, *Beacons in the Night*; WILLIAMS, *Parachutes, Patriots and Partisans*; TIMOFEEV, *Crveni i beli*.

¹⁴⁵ Vgl. hier etwa die Quellenedition *Genocid nad Muslimanima* (Hgg. DEDIJER/MILETIĆ), od. etwa DIZDAR, *Četnički zločini*.

¹⁴⁶ Vgl. DEAKIN, *Die brutale Freundschaft*; SALIMBENI, *Il collaborazionismo cetnico*.

¹⁴⁷ Vgl. hierzu etwa SOTIROVIĆ, *Saradnja Brozovih partizana i Pavelićevih ustaša*.

6. ZWEITER WELTKRIEG UND BESATZUNGSHERRSCHAFT IN SÜDOSTEUROPA

Dass die kommunistisch geführte „Volksbefreiungsbewegung“ (VBB) (skr. Narodnooslobodilački pokret, NOP) aus dem Krieg als Siegerin hervorgehen würde, hatte anfangs niemand ahnen können. Wie erklärt sich diese einzigartige Erfolgsgeschichte? Bei Kriegsbeginn war die illegale KPJ zahlenmäßig schwach gewesen. Mit der Entschlossenheit zum bewaffneten Widerstand und den pausenlosen Aktivitäten der Partisanen verschaffte sie sich Respekt in zunehmend größeren Teilen der Bevölkerung. Im Unterschied zu den Četniks stand die VBB Angehörigen aller jugoslawischen Nationen und Minderheiten offen.¹⁴⁸ Und sie stand auch Frauen offen, was in einer nach wie vor stark patriarchalisch geprägten Gesellschaft keine Selbstverständlichkeit war. Rund 100.000 Frauen sollen sich der VBB angeschlossen haben, von denen 25.000 gefallen und 40.000 verletzt worden seien.¹⁴⁹ Die VBB setzte sich aus einem militärischen und einem zivilen Flügel zusammen. Zum militärischen Teil gehörten die ersten Partisanen-Abteilungen (partizanski odredi Jugoslavije, POJ), zu denen ab Ende 1941 die ersten „Proletarischen Brigaden“ als Kern der im Aufbau befindlichen „Volksbefreiungsarmee Jugoslawiens“ (skr. Narodnooslobodilačka vojska Jugoslavije) hinzukamen.¹⁵⁰ Diese Brigaden (später: Divisionen) waren von „legalen“ Kampfverbänden nicht zu unterscheiden. Sie wiesen in Gliederung, Abstufung und Koordination einen deutlich über dem Minimum der „Verantwortlichkeit des Führers“ (gemäß Haager Landkriegsordnung) gelegenen Organisationsgrad auf. Dennoch wurden sie von den deutschen Kommandeuren weiterhin als „Banden“ eingestuft und dementsprechend behandelt.¹⁵¹ In den durch die Tito-Bewegung befreiten Gebieten wurde in Gestalt der „Volksbefreiungsausschüsse“ eine Zivilverwaltung eingerichtet, die sich um die Belange der Bevölkerung kümmerte. Die Tätigkeit dieser Ausschüsse trug wesentlich dazu bei, die Attraktivität der VBB zu erhöhen und ihr weiteren Zulauf zu verschaffen. Tito und seinen engsten Vertrauten war klar, dass eine Armee nicht im luftleeren Raum agieren konnte. So formulierte (vermutlich) Tito Ende 1942:

Es ist unbedingt notwendig, enge Beziehungen zwischen der Armee und der Zivilbevölkerung herzustellen, damit sich das Volk eins mit der Armee fühlt. [...] Die korrekte Arbeit selbst der kleinsten Regierungsorgane ist das A und O des Erfolges in einem Befreiungskrieg; ohne diese sind selbst die größten Siege im Feld auf Sand gebaut.¹⁵²

Der Aufbau einer regulären Armee, die Kombination von Kleinkrieg mit frontalem Krieg, der Aufbau einer funktionierenden Zivilverwaltung und ein Programm, das nationale Gleichberechtigung, soziale Gerechtigkeit und Gleichheit der Geschlechter verhielt (die „sozialistische Revolution“ dagegen verschwieg od. nur versteckt andeutete), waren die Erfolgsrezepte der VBB. In den

¹⁴⁸ Vgl. aus der Innenansicht zum Krieg der Partisanen die Memoiren des späteren Dissidenten Milovan ĐILAS, *Der Krieg der Partisanen*. Wenig aufgearbeitet sind die tatsächlichen oder vermeintlichen Integrationsbemühungen hinsichtlich nichtslawischer Minderheitenangehöriger in die Kampfverbände der Partisanen; s. hierzu aus offiziöser (militärhist.) Sicht zu den ersten Militäreinheiten der Minderheiten: Narodnooslobodilačka Vojska Jugoslavije (Hgg. ANIĆ/JOKSIMOVIĆ/GUTIĆ), 258–260.

¹⁴⁹ Siehe etwa WIESINGER, *Partisaninnen*, oder BATINIĆ, *Women and Yugoslav Partisans*.

¹⁵⁰ Vgl. etwa STRUGAR, *Der jugoslawische Volksbefreiungskrieg*; BAILEY, *Der Partisanenkrieg*; SCHMIDER, *Partisanenkrieg in Jugoslawien*; siehe v. a. auch die neuere Arbeit von TRIFKOVIĆ, *Sea of Blood*.

¹⁵¹ Siehe hierzu auch SCHMID, *Die völkerrechtliche Stellung der Partisanen im Kriege*.

¹⁵² Zitiert nach SUNDHAUSSEN, *Geschichte Jugoslawiens*, 134; s. zur Partisanenherrschaft BOUGAREL, *Kod Titovih partizana*.

in Nachkriegsjugoslawien legendären Schlachten an der Neretva in Bosnien-Herzegowina (Jan.–März 1943) und an der Sutjeska in Montenegro (15. Mai–16. Juni 1943) konnte sich die VBB in knappem Ringen gegen die Besatzungsmächte und Četnik-Verbände behaupten und die militärische Wende zu ihren Gunsten einleiten.¹⁵³ Auf der Konferenz von Teheran (28. Nov. – 1. Dez. 1943) wurde sie von den Alliierten als kriegführende Partei anerkannt. Und auf der zeitgleichen 2. Sitzung des „Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung Jugoslawiens“ (AVNOJ) am 29. November 1943 im bosnischen Jajce stellte sie die politischen Weichen für die Nachkriegsordnung. Ende 1944 belief sich die Zahl der Soldaten in Titos Armee auf rund 600.000 Männer und Frauen in 57 Divisionen.¹⁵⁴ Im Unterschied zu den kommunistischen Kämpfern der ersten Stunde (den „Prvoborci“), die ideologische Überzeugungstäter gewesen waren und von denen viele während des Krieges ihr Leben ließen, war ein Großteil derjenigen, die später hinzukamen, ideologisch unbedarft. Für die Bauern, die bei Kriegsende die Mehrheit der VBB (und auch gut die Hälfte der KPJ-Mitglieder) stellten und die häufig Analphabeten oder erst frisch alphabetisiert waren, stellte der Marxismus ein Buch mit sieben Siegeln dar. Sie schlossen sich der VBB an, weil sie der Armut im ersten jugoslawischen Staat entkommen wollten und sich nach einer neuen und gerechteren Welt sehnten oder weil sie bei Kriegsende einfach auf der „richtigen“ Seite stehen wollten.¹⁵⁵

Die Abrechnung der Kommunisten mit den innenpolitischen Gegnern zog sich noch über das offizielle Ende des Weltkriegs hinaus. Betroffen waren außer Četniks und Ustaša auch antikommunistische Kroaten, Slowenen, massiv die deutsche Minderheit u. a. Die Zahl der Bürgerkriegstoten ist ebenso umstritten wie die Zahl der jugoslawischen Kriegsofoper insgesamt und lässt sich häufig nicht eindeutig von anderen Opfergruppen abgrenzen.¹⁵⁶

Auch in Griechenland und Albanien kam es – etwas später als in Jugoslawien – zu einer politischen Spaltung des Widerstands und zum Bürgerkrieg. Am 9. September 1941 gründete der griechische Oberst Napoleon Zervas die „National-Republikanische Griechische Liga“ (Εθνικός Δημοκρατικός Ελληνικός Σύνδεσμος, EDES). In ihrem Gründungsstatut forderte die Liga eine republikanische Verfassung in „sozialistischer Gestalt“, die Aufklärung und Bestrafung des „Verrats“ von König Georg II. und des Metaxás-Regimes (s. zu diesem Beitrag MANER, Kap. 4.8.5), die „Reinigung“ von Armee, Polizei, Gerichten und Staatsapparat, soziale Gerechtigkeit sowie die Eliminierung von Unrecht und „krimineller Ungleichheit“, die das Land seit der Befreiung von osmanischer Herrschaft geplagt hätten. Als politischen Kopf der Bewegung benannte die Liga (ohne

¹⁵³ Vgl. hier für die britische/alliierte Unterstützung für den Widerstand im besetzten Jugoslawien bzw. dann für die Etablierung der Beziehungen zu den Partisanen etwa DEAKIN, *The Embattled Mountain*; WHEELER, *Britain and the War for Yugoslavia*; MCCONVILLE, *A Small War in the Balkans*; DEROC, *British Special Operations Explored*; FORD, *OSS and the Yugoslav Resistance*; zur Militärgeschichte im Detail TRIFKOVIĆ, *Sea of Blood*.

¹⁵⁴ Vgl. als Produkt der offiziellen Historiographie für alle wichtigen Ereignisse und Entwicklungen, die später auch aktiv Teil einer systematischen Erinnerungskultur an den Volksbefreiungskrieg wurden: *Leksikon narodnooslobodilačkog rata i revolucije* (Hg. PERIĆ); vgl. TRIFKOVIĆ, *Sea of Blood*.

¹⁵⁵ Vgl. hierzu etwa BOKOVOY, *Peasants and Communists*.

¹⁵⁶ Vgl. PORTMANN, *Kommunistische Abrechnung*; ŠARAC, *Metastaze jedne revolucije*; SUPPAN, *Hitler – Beneš – Tito*, Bd. 2; BETHKE, *Von der „Umsiedlung“ zur „Aussiedlung“*; FERHADBEGOVIĆ, *Zur Ahndung von Kriegsverbrechen in Jugoslawien*.

dessen Zustimmung) den im Exil weilenden venizelistischen General Nikólaos Plastéras, der 1935 in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden war. EDES nahm Verbindung zum britischen Hauptquartier in Kairo auf und bat um Unterstützung. Auf Druck der Briten, die an der griechischen Monarchie festhielten, verabschiedete sich Zervas im Frühjahr 1942 stillschweigend von seiner anti-monarchistischen Position und verfolgte anschließend einen zunehmend probritischen und monarchistischen Kurs.¹⁵⁷ Mit EDES in Griechenland und der Četnik-Bewegung in Jugoslawien hofften die Briten, den Widerstand gegen die „Achsenmächte“ im Mittelmeerraum organisieren und die Weichen für die Nachkriegszeit in ihrem Sinne stellen zu können. Die Widerstandsaktivitäten von EDES konzentrierten sich schwerpunktmäßig auf den Epirus, Mitte Juli 1943 zählte sie ca. 7.000 Kämpfer. Ähnlich wie in Jugoslawien wurde der „bürgerliche“ Flügel des Widerstands jedoch bald von kommunistischer Konkurrenz in den Hintergrund gedrängt. Am 27. September 1941, kurz nach Gründung von EDES, hatte die Kommunistische Partei Griechenlands (Κομμουνιστικό Κόμμα Ελλάδας, KKE) in Verfolgung der „Volksfront“-Taktik der Komintern zusammen mit anderen linken Parteien die Gründung einer „Nationalen Befreiungsfront“ (Εθνικό Απελευθερωτικό Μέτωπο, EAM) unter Führung von Georgios Siantos beschlossen.¹⁵⁸ Wie die Tito-Bewegung in Jugoslawien, so profitierte auch die EAM in Griechenland von den organisatorischen Erfahrungen und der Disziplin einer illegalen Partei. Als militärischer Arm der EAM wurde im Dezember 1941 die „Griechische Volksbefreiungsarmee“ (Ελληνικός Λαϊκός Απελευθερωτικός Στρατός, ELAS) ins Leben gerufen. Obwohl es zwischen den beiden Flügeln des Widerstands, EDES und EAM/ELAS, anfänglich zu einer Kooperation kam (so bei der spektakulären Sprengung der Gorgopotamos-Brücke auf der Bahnstrecke Athen-Thessaloniki in Mittelgriechenland, Ende November 1942), traten die Rivalitäten und die unterschiedlichen politischen Zielsetzungen immer stärker in den Vordergrund und mündeten schließlich in den offenen Bürgerkrieg.¹⁵⁹

Bereits im Herbst 1943 hatte Zervas erstmals Kontakt zur deutschen Besatzungsmacht aufgenommen, um eine Waffenruhe zu vereinbaren und die Bevölkerung vor Vergeltungsmaßnahmen der Wehrmacht zu schützen. Dies ermöglichte es den Deutschen, sich verstärkt auf die Bekämpfung der ELAS zu konzentrieren, die daraufhin die EDES der Kollaboration mit der Besatzungsmacht beschuldigte.¹⁶⁰ Die Parallelen zur Entwicklung in Jugoslawien sind auffallend, ungeachtet zeitlicher Verschiebungen und ungeachtet der Tatsache, dass die Zuspitzung in Griechenland zunächst weniger ausgeprägt war als in Jugoslawien (was nicht zuletzt auch damit zu tun hatte, dass Griechenland kein Vielvölkerstaat war). Hier wie dort sorgten erfolgreiche Widerstandsaktivitäten der Kommunisten und ihrer Bündnispartner, die Befreiung großer Gebiete von der Besat-

¹⁵⁷ RICHTER, Griechenland zwischen Revolution und Konterrevolution; HONDROS, Occupation and Resistance; KRÁLOVÁ, Das Vermächtnis der Besatzung; FONTAINE, De la résistance à la guerre civile; DREIDOPPEL, Der griechische Dämon; zu EDES: TZUKAS, Ο ΕΔΕΣ.

¹⁵⁸ ESCHE, Die Kommunistische Partei Griechenlands; NIOUTSIKOS, The EAM-ELAS Resistance; MAZOWER, Inside Hitler's Greece; FLEISCHER, The National Liberation Front.

¹⁵⁹ Vgl. TSOUTSOUMPI, A History of the Greek Resistance; s. a. KALYVAS, The Logic of Violence, bzw. CLOSE, The Greek Civil War; LYMPERATOS, Οι οργανώσεις της Αντίστασης.

¹⁶⁰ Vgl. etwa DORDANAS, Greeks against Greeks; DERS., The Blood of the Innocent; FLEISCHER, Kontakte zwischen deutschen Besatzern und griechischem Widerstand.

zungsherrschaft und die Etablierung einer Zivilverwaltung (in Griechenland unter dem Etikett „Laokratie“: Volksherrschaft) für zunehmende Unterstützung in großen Teilen der Bevölkerung. Hier wie dort versuchten die Briten, Einfluss auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse in der Nachkriegszeit zu behalten oder zu gewinnen: in Griechenland mit mehr, in Jugoslawien mit weniger Erfolg.¹⁶¹

Nach der italienischen Kapitulation hatte die deutsche Heeresgruppe E unter Generaloberst Alexander Löhr ab September 1943 die alleinige Verantwortung für die Sicherung des besetzten Griechenland übernommen.¹⁶² Im Spätsommer 1944 stand sie mit ca. 300.000 Mann auf dem griechischen Festland, den ionischen und ägäischen Inseln sowie auf Kreta.¹⁶³ Ihr stand die ELAS mit etwa 20.000 Partisanen gegenüber. Hinzu kamen etwa 8.000 Anhänger der monarchistischen EDES. Als die Kämpfe in Rumänien im Sommer 1944 sich zur deutschen Niederlage entwickelten (s. u. Kap. 6.7), begann die Heeresgruppe E im September mit dem Rückzug von den griechischen Inseln und dem Festland, wobei sie einen Teil ihrer leichten Waffen und Munition der EDES überließ. Am 26. September 1944, als die Befreiung Griechenlands in greifbare Nähe gerückt war, stimmten EDES, ELAS und die griechische Exilregierung im Abkommen von Caserta der Landung britischer Truppen in Griechenland und der Unterstellung ihrer Streitkräfte unter britischen Oberbefehl zu. Nach dem Einzug der Briten kam es im Dezember 1944 zu Konflikten über die Entwaffnung der Partisanenverbände und zu einem kommunistischen Aufstand in Athen und Piräus gegen britische Einmischungen (Dezember-Ereignisse: Δεκεμβριανά). Der Aufstand bildete den Auftakt zur Vernichtung der durch das Ausbleiben britischen Nachschubs sowie Verluste und Desertionen stark geschwächten monarchistischen EDES. Die Reste der EDES-Truppen wurden von der britischen Marine nach Korfu evakuiert, wo sie entwaffnet und aufgelöst wurden. Trotz des kommunistischen zeitweiligen Vorteils gegenüber der EDES konnten die Briten und die griechische Regierung sich schließlich durchsetzen. Doch der folgende „weiße Terror“ polarisierte das Land und leitete zur zweiten Runde des Bürgerkriegs über – vgl. Beitrag HACISALIHÖĞLU, Kap. 8.3.1.¹⁶⁴

¹⁶¹ Vgl. etwa AUTY/CLOGG (Hgg.), *British Policy Towards Wartime Resistance*; BARKER, *Britanska politika prema jugoistočnoj Evropi*; PAPASTRATIS, *British Policy Towards Greece*; HIGHAM, *Diary of a Desaster*; GEROLYMATOS, *Guerilla Warfare*; DERS., *Red Acropolis Black Terror*; BUCHANAN, *American Grand Strategy*.

¹⁶² Dies ging einher mit massiven Repressalien und Kriegsverbrechen, vgl. etwa SCHMINCK-GUSTAVUS, *Κεφαλλονια 1943–2003*; DERS., *Feuertrauch*; NALBADIDACIS, *Dynamics of Unrestrained Violence*; RONDHOLZ, „Schärfste Maßnahmen gegen die Banden sind notwendig“; FLEISCHER, *Deutsche „Ordnung“ in Griechenland*.

¹⁶³ Vgl. zum äußerst gewaltsamen Besatzungsterror in Griechenland etwa LOULOS, *Vergeltungsmaßnahmen der Besatzungsmächte*; NESSOU, *Griechenland 1941–1944*; RONDHOLZ, „Schärfste Maßnahmen gegen die Banden sind notwendig“; FLEISCHER, *Deutsche „Ordnung“ in Griechenland*. Zur Besatzung auf Kreta und anderen Inseln s. etwa XYLANDER, *Die deutsche Besatzungsherrschaft auf Kreta*; LECOEUR, *Mussolini's Greek Island*; GILBERT, *Das besetzte Kreta*; FONZI, *The Italian Occupation of Crete*.

¹⁶⁴ Siehe zu den sozialen bzw. militärischen Aspekten des Bürgerkriegs BOGLES, *Η αδύνατη επανάσταση*; MARGARITES, *Ιστορία του Ελληνικού Εμφυλίου Πολέμου: Ο Εμφύλιος Πόλεμος* (Hgg. NIKOLAKOPOULOS u. a.); außerdem SAKKAS, *Britain and the Greek Civil War*; WOODHOUSE, *The Struggle for Greece*; VOGLIS, *Becoming a Subject*; CLOGG, *Greece*; MARANTZIDES, *Δημοκρατικός Στρατός Ελλάδας*; RICHTER, *Griechenland 1940–1950*; VOGLIS, *Controlling Space and People*; CHATZIEIOSEPH, *Δεκέμβρης 1944*.

6. ZWEITER WELTKRIEG UND BESATZUNGSHERRSCHAFT IN SÜDOSTEUROPA

Im italienisch beherrschten „Großalbanien“ war der Widerstand gegen die Besatzungsmacht zunächst marginal geblieben.¹⁶⁵ Die Versuche der Briten, im „Rücken“ der von den „Achsenmächten“ besetzten Nachbarländer, Griechenland und Jugoslawien, eine royalistisch orientierte Widerstandsbewegung aufzubauen, zeitigten nur geringe Erfolge. Auch das „linke“ Lager konnte wenig ausrichten. Die zahlenmäßig schwachen kommunistischen Zellen waren heillos untereinander zerstritten. Erst nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion und dem Aufruf der Komintern zu Führung eines „Antifaschistischen Befreiungskampfes“ wurde am 8. November 1941 in Tirana – offenbar mit tatkräftiger Unterstützung der KPJ – die „Kommunistische Partei Albanien“ (Partia Komuniste e Shqipërisë, PKSh/KPA) gegründet. Die ersten von ihr aufgestellten Partisanengruppen (je 5–10 Mitglieder) führten Sabotageakte aus, doch sah sich die KPA zur Stärkung ihrer Position gezwungen, Kontakte zu nichtkommunistischen Freischaren aufzunehmen. Im Sommer 1942 rief sie zu einer Konferenz auf, an der sich alle Widerstandsgruppen beteiligen sollten. Deren Vertreter, insgesamt 20 Personen, trafen sich am 16. September im Dorf Peza, unweit von Tirana und gründeten die „Nationale Befreiungsfront“ (Fronti Nacionalçlirimtar, FNÇ), in der sich die KPA – u. a. vertreten durch Enver Hoxha – eine Führungsrolle sicherte.¹⁶⁶ Kurz nach der Konferenz von Peza formierte sich im November 1942 eine zweite Widerstandsbewegung, die „Nationale Front“ (Balli Kombëtar) unter Führung von Midhat Frashëri, des prominenten Diplomaten und Sohns von Abdyl Frashëri, der zu den Begründern der albanischen Nationalbewegung (Liga v. Prizren, 1878–1881) gehört hatte. Wie die FNÇ, verstand sich auch Balli Kombëtar als überparteiliche Organisation, die allen albanischen Patrioten offenstand. In ihrem Zehnpunkteprogramm (Dekalog) sprach sich die „Nationale Front“ für ein republikanisches Albanien in seinen „ethnischen Grenzen“ aus, also mindestens zum Erhalt der 1941 erweiterten Grenzen. Ihre sozialen Forderungen waren radikaler als die der kommunistisch dominierten „Nationalen Befreiungsfront“, so dass sich Balli Kombëtar zur ernsthaften Konkurrenz der Kommunisten entwickelte.¹⁶⁷ Dies veranlasste die KPA nach Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zu suchen. Auf einem Treffen im zentralalbanischen Mukje bei Kruja (1.–3. Aug. 1943) beschlossen beide Widerstandsbewegungen unter Vermittlung britischer Emissäre, ein „Komitee zur Rettung Albanien“ zu gründen, das aus je sechs Vertretern von Balli Kombëtar und FNÇ bestehen und als provisorische Regierung (ähnlich dem „Antifaschistischen Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens“, AVNOJ) fungieren sollte. Beide Seiten sprachen sich für den Fortbestand Albanien in seinen „ethnischen Grenzen“, für freie Wahlen und die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung nach Kriegsende aus. Kaum war das Treffen von Mukje beendet, kam es zu Auseinandersetzungen. Streitpunkt war die Forderung nach dem Beibehalt der 1941 gezogenen Grenzen, die von der KPA nun auf massiven Druck der KPJ zurückgewiesen wurde. Auf der zweiten Konferenz des FNÇ (4.–9. Sept. 1943) wurde daher die Zustimmung zum Abkommen von Mukje zurückgezogen, und die FNÇ, zu der auch Royalisten gehört hatten, löste sich auf. Damit standen sich auf Widerstandsseite zwei klar

¹⁶⁵ Vgl. zur Stellung Großalbanien im italienischen Herrschaftsrahmen etwa FONZI, *Oltre i confini*; VILLARI, *L'Italia in Albania*; BASCIANI, *L'impero nei Balcani l'occupazione italiana dell'Albania*.

¹⁶⁶ Vgl. HIBBERT, *Albania's National Liberation Struggle*.

¹⁶⁷ Vgl. die Zusammenschau bei BARTL, *Albanien. Widerstand*; GURAKUQI, *Shqipëria dhe „Tokat e lirume“*, bzw. im Detail NEUWIRTH, *Widerstand und Kollaboration*.

definierte Gegner, die „Ballisten“ auf der einen und die Kommunisten auf der anderen Seite gegenüber, und der Kampf gegen die Besatzungsmacht und die albanischen Regierungsinstitutionen mutierte zum albanischen Bürgerkrieg. Von Ende 1943 bis Anfang 1945 tobte in Kernalbanien ein erbitterter Krieg zwischen den beiden Widerstandsbewegungen.¹⁶⁸

Nach der Kapitulation Italiens am 8. September 1943 besetzten deutsche Truppen „Großalbanien“ und gaben ihm formal die von Italien aufgehobene „Unabhängigkeit“ zurück. Damit erfüllte Deutschland die nationalpolitischen Forderungen von Balli Kombëtar, so dass der Widerstand gegen die deutschen Truppen aus dieser Sicht seinen Sinn verlor. Zwar sorgten sich auch die „Ballisten“ um ihre Reputation bei den Alliierten, doch der innere Feind, die KPA, die allem Anschein nach das Ziel eines „ethnischen Albanien“ aufgegeben hatte, war nun bedrohlicher als die Besatzungsmacht, mit der man sich zu arrangieren versuchte. Dies bot den Kommunisten die Chance, sich gegenüber den Alliierten als alleiniger Kämpfer gegen die Deutschen zu präsentieren. Zeitgleich mit dem militärischen Kurswechsel gegenüber der Četnik-Bewegung in Jugoslawien zogen die Alliierten daher auch ihre Unterstützung für Balli Kombëtar zurück und setzten die kommunistischen Partisanen und die KPA. Diese hielt vom 24.–28. Mai 1944 in Përmet den „1. Antifaschistischen Kongress der Nationalen Befreiung“ ab und wählte ein provisorisches Parlament, das ein 13-köpfiges Befreiungskomitee als vorläufige Regierung mit Enver Hoxha an der Spitze einsetzte. Dank alliierter Hilfe und der sich abzeichnenden Niederlage Deutschlands gewannen die Kommunisten gegenüber den nunmehrigen „Kollaborateuren“ des Balli Kombëtar die Oberhand.¹⁶⁹ Letztere wurde insbesondere von ihren Anhängern in Kosovo unterstützt, die, anders als ihre Mitstreiter aus Albanien und im Unterschied zu den Kommunisten – deren Hochburg im toskischen Südalbanien war – unter allen Umständen den Anschluss ihres Gebiets an Jugoslawien verhindern wollten und den Kampf für dieses Ziel auch über das Kriegsende hinaus fortsetzten.¹⁷⁰

6.7 HITLERS VERBÜNDETE, OSTFELDZUG UND KRIEGSENDE

Hitlers Überfall auf die Sowjetunion (Unternehmen „Barbarossa“; s. o. Kap. 6.3) am 22. Juni 1941 hatte auch die Verbündeten in Südosteuropa vor weitreichende Entscheidungen gestellt. Während sich Bulgarien der Beteiligung am Ostfeldzug beharrlich entzog und bis zum Herbst 1944 sogar diplomatische Beziehungen zur UdSSR unterhielt, nahm Ungarn mit drei Divisionen am Vormarsch in die Ukraine teil.¹⁷¹ Rumäniens Staatschef Marschall Ion Antonescu erblickte in der deutschen Offensive eine willkommene Gelegenheit, nicht nur die im Gefolge des deutsch-sowjetischen Arran-

¹⁶⁸ Vgl. im Detail FISCHER, *Albania at War*.

¹⁶⁹ HIBBERT, *Albania's National Liberation Struggle*.

¹⁷⁰ Vgl. hierzu etwa SCHMITT, *Kosovo*, 212–227, bzw. FISCHER, *Albania at War*, 223–256. Für eine gute Übersicht über die Entwicklung der Historiographie zum Zweiten Weltkrieg in Albanien bis in die 2010er Jahre s. KERA, *Rethinking the Place of the Second World War*; s. zu Kriegsende und Nachkriegszeit in Kosovo: MALCOLM, *Kosovo*; STRÖHLE, *Aus den Ruinen der alten erschaffen wir die neue Welt!*

¹⁷¹ MILLER, *Bulgaria during the Second World War*; *Velikite sili, Balkanite i Bălgarija* (Hg. GREBENAROV); FENYO, *Hitler, Horthy and Hungary*.

6. ZWEITER WELTKRIEG UND BESATZUNGSHERRSCHAFT IN SÜDOSTEUROPA

gements von 1940 zwangsweise an die UdSSR abgetretenen Gebiete (Bessarabien u. Nordbukowina) zurückzugewinnen, sondern zusätzliche territoriale Gewinne zu erzielen. Am 19. August 1941 übernahm Rumänien Transnistrien in seine Zivilverwaltung, ohne es allerdings dem rumänischen Staat einzugliedern.¹⁷² Die Kriegswende in Russland traf Hitlers militärische Verbündete in voller Härte. Im Januar 1943 erlitt die an der Front am Don eingesetzte ungarische 2. Armee schwere Verluste und musste von der Front abgezogen werden. In der Schlacht um Stalingrad waren bereits im Winter 1942/1943 ein Ostkorps der kroatischen Armee sowie 18 rumänische Divisionen zerrieben worden. Die stark reduzierten Truppen konnten danach den Vormarsch der Roten Armee nicht mehr wirksam aufhalten. Im Verlauf des Jahres 1944 brach Hitlers Hegemonialsystem in Südosteuropa zusammen. Um einen separaten Waffenstillstand Ungarns mit den Alliierten zu verhindern, besetzten deutsche Truppen am 19. März das Land ihres Verbündeten (Unternehmen „Margarethe“).¹⁷³ Im August 1944 drangen sowjetische Truppen nach Rumänien ein. Am 23. August wurde Marschall Antonescu von König Michael I. gestürzt und verhaftet. Die neue Regierung unter General Constantin Sănătescu (Aug.–Dez. 1944) stellte den Kampf gegen die UdSSR ein und gewährte den deutschen Truppen freien Abzug.¹⁷⁴ Diese reagierten mit der Bombardierung Bukarests, was die rumänische Kriegserklärung an Deutschland auslöste (25. Aug.). Am 5. September erklärte die sowjetische Regierung Bulgarien den Krieg. Drei Tage später stießen sowjetische Truppen von Rumänien nach Bulgarien vor, das nun, nach dem Staatsstreich vom 8. auf den 9. September unter Führung der pro-kommunistischen Koalition der „Vaterländischen Front“ (Otečestven front), ebenso in den Krieg gegen Deutschland eintrat.¹⁷⁵ Ebenfalls im September rückte die Rote Armee auch in Ungarn ein. Hitler nahm nun den seit langem um einen separaten Waffenstillstand besorgten Reichsverweser Admiral Miklós Horthy in „Schutzhaft“ und übertrug die Macht dem Führer der faschistischen „Pfeilkreuzler“-Bewegung (nyilasok), Ferenc Szálasi (15. Okt.).¹⁷⁶ Eine im ostungarischen Debrecen gebildete Gegenregierung unter Béla Miklós Dálnoki erklärte Deutschland am 23. Dezember 1944 den Krieg. Die sowjetische Eroberung ganz Ungarns zog sich aber noch bis Anfang April 1945 hin.¹⁷⁷ Zuvor wurde ein in der Slowakei am 29. August 1944 ausgebrochener Aufstand gegen das Satellitenregime von deutschen Truppen niedergeschlagen. Doch zu Jahresbeginn 1945 begann die Rote Armee, die Slowakei in breiter Front zu besetzen.¹⁷⁸ Griechenland war auf Befehl Hitlers bereits Anfang November 1944 von der Heeresgruppe E geräumt worden und im Zuge dessen auch Albanien.¹⁷⁹

¹⁷² HILLGRUBER, Hitler, König Carol und Marschall Antonescu; FÖRSTER, Rumäniens Weg in die deutsche Abhängigkeit; BALTA, Rumänien und die Großmächte; SOLONARI, A Satellite Empire; BAUM, Varianten des Terrors; LEVČENKO, Nimec'ka ta rumuns'ka okupacijna polityka; s. zur Kollaboration der „Volksdeutschen“ in Transnistrien STEINHART, The Holocaust and Germanization of Ukraine; MILATA, Zwischen Hitler, Stalin und Antonescu.

¹⁷³ RÁNKI, Unternehmen Margarethe.

¹⁷⁴ DELETANT, Hitler's Forgotten Ally, bzw. DUȚU, Între Wehrmacht și Armata Roșie.

¹⁷⁵ GLANTZ, Red Storm over the Balkans; HATSCHIKJAN, Tradition und Neuorientierung, bzw. KALONKIN, Bălgarija vāv Vtořata svetovna vojna; VEZENKOV, 9 septemvri 1944 g.

¹⁷⁶ LACKÓ, Arrow-Cross Men, bzw. NAGY-TALAVERA, The Green Shirts, u. bes. SZÖLLÖSI-JANZE, Die Pfeilkreuzlerbewegung in Ungarn.

¹⁷⁷ UNGVÁRY, Die Schlacht um Budapest.

¹⁷⁸ HOENSCH, Grundzüge und Phasen der deutschen Slowakei-Politik.

¹⁷⁹ SCHÖNHERR, Der Rückzug aus Griechenland.

Am 9. Oktober 1944 hatte Winston Churchill dem Kremlchef in Moskau scheinbar beiläufig eine Verabredung über die Abgrenzung ihrer Interessensphären in Südosteuropa vorgeschlagen. Danach sollte die Sowjetunion in Rumänien, Großbritannien dagegen in Griechenland zu jeweils 90 % das Übergewicht erhalten. Bulgarien fiel zu 75 % in die sowjetische Interessensphäre; in Ungarn und Jugoslawien wollten sich beide Mächte den Einfluss paritätisch teilen. „Könnte man es nicht für ziemlich frivol halten, wenn wir diese Fragen, die das Schicksal von Millionen von Menschen betreffen, in so nebensächlicher Form behandeln?“, fragte der britische Premierminister scheinheilig.¹⁸⁰ Stalin ließ sich von dieser Frage nicht beeindrucken und akzeptierte den Vorschlag. Durch die Kriegsereignisse wurde die Vereinbarung aber weitgehend überholt. In Jugoslawien konnte die Tito-Bewegung das Land fast vollständig aus eigener Kraft befreien und half auch den ihrerseits in „Altalbanien“ am Ende erfolgreichen albanischen Kommunisten bei der Machtübernahme. Der Sieg war begleitet von Abrechnungen mit tatsächlichen oder vermeintlichen Kollaborateuren. Griechenland versank im Bürgerkrieg, während in den anderen südosteuropäischen Ländern die Rote Armee vollendete Tatsachen schuf. In den Moskauer Waffenstillstandsverträgen mit den vormaligen deutschen Bündnispartnern Rumänien (12. Sept. 1944), Bulgarien (28. Okt. 1944) und Ungarn (20. Jan. 1945) wurde zwar die Bildung Interalliiertes Kontrollkommissionen zur Überwachung der Vereinbarungen festgeschrieben, doch sicherte sich die Sowjetunion dank ihrer militärischen Präsenz überall die uneingeschränkte Vorherrschaft – s. zum Handeln der Sowjetunion gegenüber den Kontrollkommissionen Beitrag BRUNNBAUER, Kap. 7.2.1.

6.8 WIRTSCHAFT IM KRIEG

In den besetzten Ländern verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation rapid. In Griechenland war die Ernährungslage infolge kriegsbedingter Handelsstörungen (im Frieden deckte Griechenland rd. ein Drittel seines Weizenbedarfs im Ausland) bereits zum Zeitpunkt des Einmarsches der „Achsenmächte“ gespannt, und seit Okkupationsbeginn wurde das Land durch die britische Kontinentalblockade von überseeischen Zufuhren abgeschnitten.¹⁸¹ Zudem schrumpfte die einheimische Erzeugung. Die Requisitionen der Besatzungsmächte, der von ihnen erzwungene Export von Nahrungsmitteln und die Ausbreitung eines Schwarzmarkts verschärften die Versorgungskrise dramatisch. Im Winter 1941/1942 sollen 100.000 Menschen an Unterernährung gestorben sein.¹⁸²

Der Beitrag der mit dem „Dritten Reich“ verbündeten oder von ihm besetzten Länder in Südosteuropa zur NS-Kriegswirtschaft fiel – entgegen den hochgespannten Erwartungen bei Kriegsbeginn – äußerst ernüchternd aus. Das war nicht nur eine Folge des Aufstands in den besetzten Gebieten, sondern war vor allem zurückzuführen auf die strukturellen Schwächen der südost-

¹⁸⁰ CHURCHILL, *Der Zweite Weltkrieg*, 990; s. a. MARTIN, *The Web of Desinformation*.

¹⁸¹ DREIDOPPEL, *Der griechische Dämon*, 18.

¹⁸² Vgl. HIONIDOU, *Black Market*; DIES., *Relief and Politics*, bzw. im Detail DIES., *Famine and Death in Occupied Greece*; DIES., *Famine in Occupied Greece*; s. a. zur Rolle der Versorgung im Vergleich: FONZI/RUTAR/BOUGAREL (Hgg.), *Food, Scarcity and Power in Southeastern Europe*.

europäischen Volkswirtschaften. Die ursprüngliche Konzeption der „Großraumwirtschaft“ (ohne die westeuropäischen Staaten) hatte auf einer eklatanten Fehleinschätzung der Leistungsfähigkeit des Südostens beruht. Die meisten dortigen Staaten entwickelten sich während des Krieges zu Zuschussgebieten. Bereits 1942 wiesen Rumänien, Kroatien, die Slowakei und Bulgarien einen Importüberschuss auf. Der deutsche Aktivsaldo im Warenverkehr mit den Donau-Balkanländern und der Türkei wuchs von 62 Millionen im Jahr 1939 auf über eine Milliarde Reichsmark 1943 mit weiter steigender Tendenz. Ohne die hohen Importüberschüsse Deutschlands im Austausch mit den besetzten westeuropäischen Ländern wäre die deutsche Ausfuhr nach Südosteuropa in dem realisierten Umfang kaum möglich gewesen. Vereinfacht gesprochen fand während des Krieges per saldo ein gewaltiger Warentransfer von West- nach Südosteuropa statt, wenngleich dies nicht als direkter Gütertausch oder bloßer Reexport Deutschlands verstanden werden darf.¹⁸³

Die eigentlichen Gefahren für die südosteuropäischen Volkswirtschaften gingen aber weniger von der güterwirtschaftlichen als von der monetären Seite der deutsch-südosteuropäischen Beziehungen aus. Die zur Bezahlung von Dienstleistungen, Exporten und Stationierungskosten aufgebrauchten Clearingvorschüsse der Donau-Balkanländer – insges. knapp 5 Mrd. Reichsmark (ohne Kontributionen) – hatten verheerende Auswirkungen auf die wirtschaftliche Stabilität der ganzen Region. Die südosteuropäischen Kreditmärkte waren zu schwach, um diese vorgestreckten Summen ohne Bedienung der Notenpresse aufbringen zu können. Die inflationären Tendenzen, die die deutsche Clearingverschuldung auf diese Weise auslöste oder potenzierte, nahmen bereits Mitte 1942 ein Ausmaß an (s. Tab. 9), durch welches die NS-Konzeption eines multilateralen Clearings im „Großwirtschaftsraum“ zur Fiktion wurde.¹⁸⁴ Das galt insbesondere für Griechenland, Rumänien und Kroatien. In Griechenland war zu dieser Zeit der Endpunkt der Entwicklung bereits so gut wie erreicht. Hier gab es keinen legalen Markt und kein einheitliches Preissystem mehr, das zur Grundlage einer Stabilisierung und Reorganisation hätte dienen können. Das Heraufklettern der Preise und Löhne in der ab 1942 geltenden Hyperinflation (vgl. Tab. 10) hatte sich auch auf die Höhe der Besatzungs- und Stationierungskosten ausgewirkt, die ihrerseits wiederum neue Steigerungen verursachten und stellenweise, vor allem eben in Griechenland und auch in Kroatien, die gesamte Finanz- und Geldwirtschaft untergruben. Dadurch wurde nicht nur die Aufbringung der Stationierungskosten selbst in Frage gestellt, sondern auch die gesamte deutsche Verschuldung dort, wo die Leistungen des Auslands gegen RM-Gutschrift erfolgten, immer weiter in eine inflationsbedingte Höhe getrieben.¹⁸⁵

¹⁸³ Vgl. für eine allgemeine Einbettung in die deutsche Kriegswirtschaft etwa MILWARD, Die deutsche Kriegswirtschaft, od. KLEMMANN/KUDRYASHOV, Occupied Economies, bzw. die Beiträge OVERY, The Economy of the German „New Order“, und EICHHOLTZ, Institutionen und Praxis; s. a. TOOZE, Ökonomie der Zerstörung.

¹⁸⁴ Vgl. etwa FREYTAG, Deutschlands „Drang nach Südosten“; s. zur Finanzsituation während des Zweiten Weltkriegs auch den Beitrag aus dem Folgeband des Handbuchprojekts, online vorab veröffentlicht: LAMPE, Finance and Banking in Southeastern Europe, Kap. 2.

¹⁸⁵ Vgl. zu Griechenland etwa SECKENDORF, Ein einmaliger Raubzug, bzw. im Detail MAZOWER, Inside Hitler's Greece, bzw. ETMEKTSOGLU-KOEHN, Axis Exploitation, sowie BOGLES, Η ελληνική κοινωνία στην Κατοχή; zu Rumänien s. etwa GIURESCU, Romania in the Second World War, 113–136, bzw. MARGUERAT, Le III^e Reich et le pétrole roumain; BUZATU, România și Războiul Mondial, u. generell EICHHOLTZ, Deutsche Ölpolitik im Zeitalter der Weltkriege; zu Kroatien insbes. SUNDHAUSEN, Wirtschaftsgeschichte Kroatiens.

Mit einem „Führerbefehl“ vom 24. August 1943 wurde Hermann Neubacher, der als einer der besten Kenner des Südostraums galt, zum „Sonderbevollmächtigten des Auswärtigen Amtes für den Südosten“ ernannt. Er sollte die Politik in den besetzten Ländern im Kampf gegen Kommunismus und Widerstand koordinieren und den wirtschaftlichen Kollaps der Volkswirtschaften abwenden. Neubacher selbst ging davon aus, dass die Lage im Südosten nicht mehr zu „sanieren“, die Saat der zuvor begangenen Fehler schon aufgegangen war und er nur noch versuchen konnte, die Wehrmacht mit politischen Mitteln zu entlasten. Er war sich bewusst, dass einem solchen Vorhaben enge Grenzen gesetzt waren, da eine Totalrevision der deutschen Südostpolitik nicht in Frage kam.¹⁸⁶

Positiv aus NS-Sicht fiel der Einsatz südosteuropäischer Arbeiter und Arbeiterinnen im Reich aus, der entweder reinen Zwangscharakter hatte (z. B. der Einsatz von Kriegsgefangenen) oder zu Bedingungen erfolgte, die vielfach nicht eingehalten wurden und so de facto einer Zwangsarbeit nahe kamen. Angesichts des immensen kriegsbedingten Arbeitskräftebedarfs im „Dritten Reich“ griffen die zuständigen NS-Werbestellen in zunehmendem Maße zu verschiedenen Formen von Zwangsrekrutierungen: bei Kriegsgefangenen oder bei der Werbung in den besetzten und – soweit politisch realisierbar – den verbündeten Ländern Südosteuropas. Selbst wenn die Anwerbung auf vertraglicher Grundlage erfolgte, wurden die Zusagen von deutscher Seite oft nicht eingehalten. Schlechte Arbeits- und Wohnbedingungen sowie Probleme beim Lohntransfer in die Herkunftsländer sorgten für Unmut, ohne dass die Betroffenen ihre Arbeitsverhältnisse aufkündigen konnten. Die ursprünglich vereinbarte Verweildauer von einem Jahr wurde in vielen Fällen nicht eingehalten. Auch die „Bandenbekämpfung“ in den besetzten Ländern wurde zur Rekrutierung von Arbeitskräften genutzt. Ende Juli 1943 wurde z. B. der für den Zwangsarbeitseinsatz in Frage kommende Personenkreis im „Unabhängigen Staat Kroatien“ durch einen neuen „Führerbefehl“ erweitert. Danach sollten gefangene Partisanen zwischen 16 und 50 Jahren nicht mehr erschossen werden, sondern mussten – wie dies teilweise schon vorher praktiziert worden war – für den Produktionsprozess bereitgestellt werden. In den Tagesrapporten deutscher Einheiten wurde seit dieser Zeit regelmäßig von „Überstellungen zum Arbeitseinsatz im Reich“ oder von der Übergabe Gefangener an den „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“ berichtet. Auch aus den kroatischen Konzentrationslagern wurden Zwangsarbeiter, Männer wie Frauen, verschickt. Da die Grenzen zwischen freiwilliger und Zwangsarbeit im Verlauf des Krieges immer durchlässiger wurden, schwanken die Angaben über das Ausmaß der Zwangsarbeit erheblich. Nach deutschen Aufstellungen von Mitte und Herbst 1943 hielten sich rund 230.000 Arbeitskräfte aus den Ländern Südosteuropas im „Dritten Reich“ auf. Diese Zahl ist mit großer Wahrscheinlichkeit viel zu niedrig, da vermutlich nur diejenigen Arbeitskräfte erfasst wurden, die ursprünglich auf einer Vertragsbasis angeworben worden waren („Zivilarbeiter“), während zwangsverpflichtete Kriegsgefangene nicht erfasst wurden. Unter den Herkunftsländern der „Zivilarbeiter“ stand der „Unabhängige Staat Kroatien“ an erster Stelle, gefolgt von Serbien, der Slowakei, Ungarn, Bulgarien, Griechenland und Rumänien.¹⁸⁷ Insgesamt wurden die Südost-Arbeiter als „brauchbares Menschenmaterial“ be-

¹⁸⁶ Siehe SCHLARP, *Wirtschaft und Besatzung in Serbien*, 127. Die quellenkritisch zu lesende Erinnerungs- und Rechtfertigungsschrift von NEUBACHER, Sonderauftrag Südost, ist nach wie vor wichtig.

¹⁸⁷ Vgl. HODŽIĆ/SCHÖLZEL, *Zwangsarbeit und der „Unabhängige Staat Kroatien“*; JANJETOVIĆ, „U skladu sa nastalom potrebom ...“; ALEKSIĆ, *Privreda Srbije*; SCHMID/PISARRI (Hgg.), *Zwangsarbeit in Serbien*; LAPPIN-EPPPEL,

6. ZWEITER WELTKRIEG UND BESATZUNGSHERRSCHAFT IN SÜDOSTEUROPA

zeichnet. Die meisten stammten aus landwirtschaftlicher Umgebung. Vollwertige Industriearbeiter, so hielten deutsche Berichte fest, fehlten unter den ins Reich gehenden Arbeitskräften so gut wie völlig. Fast 30 % aller Arbeiter aus dem Donau-Balkan-Raum waren in der „Ostmark“ eingesetzt, zumeist unter menschenunwürdigen Bedingungen. Auch in den besetzten Gebieten Südosteuropas selbst wurden Arbeiter für kriegswichtige Bergwerke und Betriebe zwangsrekrutiert.¹⁸⁸

Tabelle 8: Salden im reinen Warenverkehr Deutschlands mit Südosteuropa 1942¹⁸⁹

Land	Salden	Land	Salden
Rumänien	+287	Serbien	-77
Kroatien	+100	Griechenland	-71
Slowakei	+25	Ungarn	-110
Bulgarien	+3		

Tabelle 9: Deutschlands auswärtige Verschuldung laut Stand der Konten bei der Verrechnungskasse, 1941–1944¹⁹⁰

Land	1. Okt. 1941	31. Dez. 1943	30. Juni 1944	Ende 1944
Südosteuropa				
Albanien	0	0	-1	-2,3
Bulgarien	-112	-112	-113	-758,2
Griechenland	-42	+69	+199	+261,9
Kroatien	-13	-563	-816	-1.051,6
Rumänien	-339	-722	-1.068	-1.126,4
Serbien	-33	-370	-436	-553,1
Slowakei	-178	-466	-561	-631,7
Ungarn	-104	-1.049	-982	-803,7
SOE zusammen	-821	-2.164	-3.778	-4.662,8
Westeuropa				
Belgien	-474	-3.883	-4.710	-4.976,2

Ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter, bzw. diverse Beiträge in: POHL/SEBTA (Hgg.), Zwangsarbeit in Hitlers Europa.

¹⁸⁸ Vgl. GRÜNFELDER, Arbeitseinsatz für die Neuordnung Europas; CSAPODY, Bori munkaszolgálatosok; KÁDÁR (Hg.), Zwangsarbeit, Todesmarsch, Massenmord; RUTAR, Arbeit und Überleben in Serbien; DIES., „Unsere abgebrochene Südostecke ...“.

¹⁸⁹ In Mio. RM; basierend auf SUNDHAUSEN, Wirtschaftsgeschichte Kroatiens, 368 (Tab. 1).

¹⁹⁰ In Mio. RM; mit Ausnahme der letzten Spalte entstammen die Angaben SUNDHAUSEN, Wirtschaftsgeschichte Kroatiens, 375 (Tab. 6).

Bevölkerungsverluste

Land	1. Okt. 1941	31. Dez. 1943	30. Juni 1944	Ende 1944
Dänemark	-321	-1.008	-1.233	-1.421,2
Frankreich	-562	-5.800	-7.902	-8.532,2
B+D+F zusammen	-1.357	-10.691	-13.845	-14.929,6
Insgesamt	-2.504	-14.251	-17.987	-19.645,3

Tabelle 10: Indexzahlen des Notenumlaufs in Südosteuropa, 1939–1944¹⁹¹

Land	1939	1940	1941	1942	1943	Sept. 1944
Griechenland	129	204	671	4.589	42.657	41,095.890
Kroatien	139	198	287	600	1.500	3.350
Bulgarien	148	228	471	662	1.000	1.420
Ungarn	113	161	230	342	508	874
Rumänien	130	172	258	314	428	566
Slowakei	114	136	166	225	289	389
Deutschland	147	174	237	295	399	498

6.9 BEVÖLKERUNGSVERLUSTE

Zur Zahl der Kriegstoten gibt es keine verlässlichen Angaben. Wie viele Menschen wann und wo infolge des Krieges umgekommen sind, lässt sich nur an Beispielen verlässlich rekonstruieren. Gesamtzahlen sind dagegen immer problematisch – mit einer hohen Fehlerquote nach oben oder unten. In der Regel wird zwischen gefallenen Soldaten und zivilen Opfern unterschieden. Während sich Erstere anhand der Militärakten ermitteln lassen, wirft die Berechnung der zivilen Verluste viele methodische und definitorische Probleme auf – von der oft lückenhaften Quellenüberlieferung ganz zu schweigen. In Ländern, in denen ein Bürgerkrieg geführt wurde, ist die Abgrenzung zwischen „Soldaten“ und „Zivilisten“ obendrein oft willkürlich oder unmöglich. Und diejenigen, die aus dem Bürgerkrieg als Sieger hervorgingen, haben gründlich nur ihre eigenen Toten gezählt. Schließlich werden die Opfer des Holocaust in einigen Fällen zur Gesamtzahl der Kriegstoten gezählt, während sie in anderen Fällen gesondert ausgewiesen werden. Das heißt: die Angaben über die Gesamtverluste werfen mehr Fragen auf als sie beantworten.

Die nachfolgenden Zahlen stellen daher bestenfalls Orientierungswerte dar. In Rumänien soll sich die Zahl der gefallenen Soldaten auf 378.000, in Ungarn auf 360.000, in Bulgarien auf 32.000 und in Griechenland auf 20.000 belaufen haben. Während es in Bulgarien und Rumänien

¹⁹¹ Januar–Juni 1939 = 100; hier unter Ausschluss der Türkei; s. ebd., 376 (Tab. 7).

6. ZWEITER WELTKRIEG UND BESATZUNGSHERRSCHAFT IN SÜDOSTEUROPA

(von Juden abgesehen) nur wenige Zivilopfer gab, fielen in Griechenland und Ungarn viele Menschen dem Besatzungsregime, oder dem Bürgerkrieg (Griechenland) respektive dem Holocaust (Ungarn u. in den vereinzelteren jüd. Gemeinden Griechenlands) zum Opfer. Exemplarisch für die Schwierigkeiten bei der Ermittlung der Kriegstopfer ist der Vielvölkerstaat Jugoslawien. Über Jahrzehnte hinweg wurde die Zahl der Toten amtlicherseits auf ca. 1,7 Millionen beziffert. Darunter sollen sich 305.000 Soldaten der „Volksbefreiungsbewegung“, 150.000 Soldaten der Kollaborationsformationen und 1,25 Millionen Zivilisten befunden haben. Das hätte insgesamt 11 % der Vorkriegsbevölkerung entsprochen. Damit gehörte Jugoslawien – nach der Sowjetunion u. Polen – nach diesen Angaben zu den Ländern, die gemessen an der jeweiligen Bevölkerung die größten Menschenverluste zu verzeichnen hatten. Bei ausländischen Demographen stießen diese Angaben jedoch bereits in den 1950er Jahren auf Skepsis, da sie mit den Daten zur Bevölkerungsentwicklung und den Ergebnissen der ersten Nachkriegszählung (1948) nicht kompatibel waren. Doch erst 1985 und 1989 legten die Bevölkerungswissenschaftler Bogoljub Kočović und Vladimir Žerjavić seriöse Berechnungen vor.¹⁹² Beide Autoren kamen auf unterschiedlichen Wegen zu dem Ergebnis, dass die Zahl der Kriegstoten auf ca. eine Millionen Menschen zu beziffern sei (6,4 % der Vorkriegsbevölkerung). Diese Angaben, die im zerfallenden Jugoslawien zu heftigen, teils skurrilen Kontroversen zwischen serbischen und kroatischen Historikern führten, sind insofern plausibel, als sie mit den demographischen Hochrechnungen (also Fortschreibung der Volkszählung von 1931 unter Zugrundelegung der natürlichen Zuwachsrate) übereinstimmen. Die Gliederung der Kriegstoten nach Nationalität und Teilregionen wirft dagegen nach wie vor Unsicherheiten auf.

Tabelle 11: Schätzung der Kriegstopfer in Jugoslawien, 1941–1945

Nationalität	B. Kočović	V. Žerjavić
Albaner	6.000	18.000
Juden	60.000	57.000
Kroaten	207.000	192.000
Makedonier	7.000	6.000
Bosn. Muslime	86.000	103.000
Roma	27.000	18.000
Serben	487.000	530.000
Slowenen	32.000	42.000
Ungarn	5.000	2.000
Deutsche	26.000	28.000
Andere	16.000	31.000
Gesamt	1,014.000	1,027.000

¹⁹² KOČOVIĆ, *Žrtve drugog svetskog rata u Jugoslaviji*; ŽERJAVIĆ, *Gubici stanovništva Jugoslavije*.

In absoluten Zahlen gerechnet hatten die Serben mit Abstand die meisten Opfer zu beklagen, gefolgt von den Kroaten. Bezogen auf die Zahl der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in Jugoslawien (gemäß den Daten der Volkszählung von 1931) stellten die bosnischen Muslime – nach den Juden – mit 11,8 % (nach Kočović) bzw. 14,1 % (nach Žerjavić) die relativ stärkste Opfergruppe, gefolgt von den Serben mit 8,2 % bzw. 8,9 %.

Insgesamt starben in Südosteuropa (unter Einschluss Ungarns u. d. Slowakei) infolge des Krieges schätzungsweise mehr als 2,3 Millionen Menschen, darunter mindestens 870.000 Juden.

6.10 ERINNERUNGSKULTUR: BEISPIEL JUGOSLAWIEN

In der „Erinnerung“ an den zweiten Weltkrieg nahm Jugoslawien unter allen südosteuropäischen Ländern eine Sonderstellung ein. Der „Volksbefreiungskampf“ war (vergleichbar nur mit dem Kampf der Partisanen in Albanien) der Gründungsmythos des zweiten, des sozialistischen Jugoslawien. Während die kommunistischen Parteien in anderen Ländern „nur“ den Wandel des Gesellschaftssystems „legitimieren“ mussten, musste die KPJ auch die Wiederherstellung des Vielvölkerstaats Jugoslawien begründen. Und dazu brauchte sie den „Volksbefreiungskampf“, eine große gemeinsame Anstrengung, an der angeblich Angehörige aller jugoslawischen Nationen entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil partizipiert hatten. Wohl in kaum einem anderen Land ist – gemessen an der jeweiligen Bevölkerungszahl – so viel über den Zweiten Weltkrieg geschrieben worden wie im ehemaligen Jugoslawien. In allen Republiken und Autonomen Provinzen des Bundesstaats wurden Institute zur Geschichte der Arbeiterbewegung gegründet, die sich mit der Geschichte der KPJ und dem „Volksbefreiungskampf“ beschäftigten. Bibliographien aus der zweiten Hälfte der 1960er Jahre listen bereits über 30.000 Monographien, Sammelbände und Aufsätze über den „Volksbefreiungskampf und die sozialistische Revolution“ auf. Bis Ende der 1980er Jahre dürfte sich diese Zahl verdoppelt oder verdreifacht haben. Zu jeder Region und zu jeder mehr oder minder bedeutenden Ortschaft in Jugoslawien existierte (mindestens) eine Publikation über deren Geschichte im „Volksbefreiungskampf“. Ergänzt wurde die Politik- und Militärgeschichte durch Arbeiten zur Sozial-, Mikro-, Alltags- und Frauengeschichte des „Volksbefreiungskampfes“. Kein Aspekt der Jahre 1941–1945 blieb unberücksichtigt, sofern er in das offizielle Geschichtsbild passte. Alles andere hingee blieb tabu.¹⁹³

¹⁹³ Vgl. hierzu ausführlich SUNDHAUSSEN, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten, 379; außerdem PAVLAKOVIĆ/PAUKOVIĆ (Hgg.), Framing the Nation; SUPPAN, Hitler – Beneš – Tito, Bd. 2, Kap. 12.

